



Foto (Mitte): Fred Schöllhorn

# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

## Schienenpersonennahverkehr:

# Bahnland Bayern

Neue Dachmarke von Freistaat und Bayerischer Eisenbahngesellschaft

Auf dem 6. Bayerischen Nahverkehrskongress enthielt die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) gemeinsam mit Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil und Vertretern der im Freistaat tätigen Eisenbahnverkehrsunternehmen ihre neue Dachmarke „Bahnland Bayern“. Die neue Marke für den bayerischen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) will Lust auf Bahnfahren machen und eine emotionale Verbindung zum Freistaat herstellen.

Im Frühjahr 2010 startet unter „Bahnland Bayern“ auch eine neue Werbekampagne der BEG, welche sich am bayerischen Selbstbewusstsein und Selbstverständnis orientiert. Parallel beginnt die begleitende PR-Kampagne mit dem Ziel, das komplexe System des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) zu erklären. Ziel: „Ein leistungsfähiges öffentliches Schienenverkehrssystem ist ein wichtiger Standortfaktor und ein wesentlicher Be-

standteil der Verkehrsinfrastruktur. Daher wendet die Bayerische Staatsregierung erhebliche finanzielle Mittel auf, um den SPNV auszubauen und weiter zu verbessern. So verfügt Bayern bereits heute sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Regionen über ein attraktives Verkehrsangebot im SPNV. Re-



Gemeinsam für das „Bahnland Bayern“: Verkehrsminister Martin Zeil, Fritz Czeschka, Geschäftsführer der BEG, Norbert Klimt, Vorsitzender der Regioleitung DB Regio Bayern, Gerhard Knöbel, Vorstand der Regentalbahn AG, Heino Seeger, Geschäftsführer der Bayerischen Oberlandbahn GmbH und der Bayerischen RegioBahn GmbH, Heidemarie Mähler, Geschäftsführerin der Erfurter Bahn GmbH, Dietmar Knerr, Geschäftsführer der agilis Verkehrsgesellschaft mbH & Co. KG sowie Rainer Weber, Betriebsleiter der Bayerischen Zugspitzbahn AG. □

wie das Bayern-Ticket im Mittelpunkt der BEG-Kommunikation. „Bahnland Bayern“ steht nun für alle Aktivitäten des Freistaats im bayerischen SPNV. Fritz Czeschka, Geschäftsführer der BEG: „Den bewährten Bayern-Takt oder das beliebte Bayern-Ticket schaffen wir damit aber nicht ab, sie bleiben wesentliche Bestandteile des Bahnlands Bayern.“ Gerade aufgrund der durch den Wettbewerb gestiegenen Zahl der Verkehrsunternehmen sowie der vielfältigen Angebote auf dem Markt war es notwendig, mit der neuen Marke „Bahnland Bayern“ ein Dach über dem bayerischen SPNV zu bilden.

Unter dem Motto „Bahnland Bayern - Zeit für dich“ will die Werbekampagne Bayern als sympathisches Bundesland mit einem attraktiven Bahnangebot positionieren. Anzeigen- und Plakativ sowie Radiospots und Flyer wie z. B. „Ausflugstipps im Bayern-Takt“ richten sich speziell an

aktive und potenzielle Bahnfahrer. Die Maßnahmen sollen die Attraktivität und Akzeptanz der Bahnen als Verkehrsmittel steigern. Eine moderne und verständliche Darstellung der Leistungen des

(Fortsetzung auf Seite 4)



Sportförderung ist ein wichtiges Thema, besonders auch auf kommunaler Ebene, wie jüngst auf dem Sportkongress in München betont wurde. Foto: Randy Son Of Robert/flickr.com

## Kongress zur Sportentwicklung:

# Starker Sport - starke Kommunen

Veranstaltung des Deutschen Städtetages, des DStGB und des Deutschen Olympischen Sportbundes

Die enge Zusammenarbeit von Kommunen und organisiertem Sport ist für die Sportentwicklung in Deutschland von großer Bedeutung. Aus diesem Grunde fand in München ein gemeinsamer Kongress des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und des Deutschen Olympischen Sportbunds mit dem Titel „Starker Sport - starke Kommunen! - Wege für eine zukunftsfähige Partnerschaft“ statt.

Vor mehr als 400 Vertretern aus dem organisierten Sport sowie der kommunalen Sportpolitik und -verwaltung wurden im Rahmen von Workshops die Kooperation zwischen dem Sport sowie den Kommunen bilanziert und Perspektiven für eine zukunftsorientierte Ausrichtung entwickelt. Hierzu griffen Experten zentrale Themen der Sportentwicklung sowie Handlungsfelder der Kommunalpolitik auf und illustrierten diese durch Beispiele aus der Pra-

nen im gleichen Maße steigert.

## Städte und Gemeinden mit hoher Lebensqualität

In seiner Eröffnungsrede wies der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes, Dr. Thomas Bach, darauf hin, „dass ein starker Sport Städte und Gemeinden stark und zu Orten mit hoher Lebensqualität macht“. Der Sport verkörpere vielfältige Potenziale für wichtige kommunale Themen und sei ein Politikfeld von zentraler Bedeutung. Im Interesse der Sportvereine und der Kommunen gleichermaßen brauche Deutschland eine demonstrative Sportfreundlichkeit vor Ort, hob Bach hervor.

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München und Vizepräsident des Deutschen (Fortsetzung auf Seite 4)

## Power für Bayerns Kommunen:

# GZ lädt zum Energie-Forum

Mehr Wissen setzt Energie frei. Am 24. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt in Zusammenarbeit mit Bayerischem Gemeindetag und Bayerischem Städtetag zum großen Info-Tag für Kommunen. Im Garchingener Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie sich den Termin schon heute vor. □



standteil der Verkehrsinfrastruktur. Daher wendet die Bayerische Staatsregierung erhebliche finanzielle Mittel auf, um den SPNV auszubauen und weiter zu verbessern. So verfügt Bayern bereits heute sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Regionen über ein attraktives Verkehrsangebot im SPNV. Re-

## 12. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung:

# Infrastrukturen auf dem Prüfstand

Entwicklungen wie Bevölkerungsrückgang und Überalterung, Strukturprobleme in der Landwirtschaft, die anhaltende Finanz- und Bankenkrise, Wirtschaftsrezession und Klimawandel stellen für die ländlichen Räume neue Anforderungen an die Infrastrukturen. Bei den diesjährigen Münchner Tagen der Bodenordnung und Landentwicklung, an denen wieder etwa 200 Gäste aus dem deutschsprachigen Raum und Nachbarländern teilnahmen, diskutierten Experten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft, welche Entwicklungen zu erwarten und welche Konsequenzen für die Entwicklung ländlicher Räume und insbesondere für die Ländliche Entwicklung zu ziehen sind.

Nachdem Univ.-Prof. Dr.-Ing. Holger Magel, Ordinarius am Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung der TU München, in die Thematik eingeführt hatte, wies Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel, MdL, darauf hin, dass „ganzheitliche Entwicklungen nur dann funktionieren, wenn es eine

abgestimmte Strategie gibt und alle an einem Strang ziehen“. Das Landesentwicklungsprogramm (LEP) sei ein Programm der gesamten Staatsregierung. Das neue LEP solle schlanker und effektiver sein.

Univ.-Prof. Dr. phil. Julian Nida-Rümelin, Lehrstuhl für Politische Theorie und Philosophie

(Ludwig-Maximilians-Universität München) sowie Präsident der Deutschen Gesellschaft für Philosophie, hob die Schwierigkeit hervor, Gleichwertigkeit zu messen. Schließlich gebe es nicht den einen Maßstab. Die Lebensformen seien unterschiedlich. „Vor allem Deutschland ist und war schon immer multikulturell, betrachten wir doch alleine die Vielfalt an Dialekten“, erläuterte Nida-Rümelin. Der ländliche Raum sei langsamer, bedächtiger, habe seinen eigenen Charme, den viele Menschen liebten. „Wenn wir diese Regionen erhalten wollen, und zwar als Lebensform und nicht nur als Urlaubsregion, dann müssen sie uns auch etwas Wert sein.“

## Lebensformen

Da pluralistische Lebensformen wichtig seien, macht es nach Rümelins Worten „nicht (Fortsetzung auf Seite 4)

xis. Dazu zählten Integration durch Sport, Mehrwert von Sportgroßveranstaltungen, bürgerschaftliches Engagement im und durch den Sport, Sportentwicklungsplanung, Leistungssport vor Ort, Sport und Gesundheit, Sport und Schulentwicklung, Lebensqualität für alle Generationen durch Sport, zukunftsorientierte Sportstätten, Engpass Lärmschutz sowie kommunale Sportförderung und -finanzierung.

In allen Arbeitskreisen wurde sehr deutlich, dass ein „Mehr“ an Kooperation und Partnerschaft die Handlungsfähigkeit der Sportvereine und auch der Kommu-



Schon lustig, was die Leute alles zu glauben bereit sind. Wie die Briten, denen die BBC einst einen Bericht über die Spaghetti-Ernte in der Schweiz vorsetzte. Doch auch im Büro des Rathauschefs staunten einige nicht schlecht, als der Bürgermeister jüngst seinen Rücktritt bekanntgab. Seite 19

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Bürgerrechte werden gestärkt	Seite 2
Im Namen der Wirtschaftlichkeit	3
<b>GZ-Kolumne Gerhard Weber:</b>	
<b>Verkaufsverbot von starkem Alkohol bei Nacht</b>	3
Die Demografie im Visier	4
<b>GZ-Fachthemen:</b>	
<b>Kommunale Umweltfragen</b>	5/6
<b>Kommunalfahrzeuge</b>	7-9
<b>Technik &amp; Ausstattung für die Kommunalverwaltung</b>	10-13
<b>Kommunale Rechtsfragen</b>	14
<b>Kommunale Finanzthemen</b>	15/16
Aus den bayerischen Kommunen	17-20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

## Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

# Nachtragshaushalt 2010 verabschiedet

CSU und FDP sehen Bayern auf dem besten Weg aus der Krise  
Die Opposition vermisst Zukunftsperspektiven durch verfehlte Steuerpolitik

Mit wenigen Veränderungen haben CSU und FDP im Landtag am 27. Januar eingebrachten Entwurf für Bayerns Nachtragshaushalt 2010 beschlossen. Die Regierungsfractionen stimmten mit Finanzminister Georg Fahrenschon überein, das Zahlenwerk weise mit 42,3 Mrd. Euro Ausgaben - nochmals ohne Neuverschuldung - den bestmöglichen Weg aus der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Opposition lehnte den Etat ab, weil er in entscheidenden Bereichen von der Kinderbetreuung über die Landesentwicklung bis zum Klimaschutz nicht die jetzt notwendigen Akzente setze. Der Nachtragshaushalt gehe nicht zuletzt auch für die Kommunen zu Lasten der Zukunft.

„Wir bauen auch in der Krise auf solide Haushaltspolitik“, versicherte der Minister. Es gelte, klare Prioritäten zu setzen, gezielt in Familien, Bildung und Infrastruktur zu investieren, wofür heuer dank Bundeszuschüssen aus dem Konjunkturpaket II die Rekordsumme von 5,77 Mrd. Euro (+ 2%) zur Verfügung stünden. Dem entspreche auch die gerechte und wachstumsorientierte Steuerpolitik der Münchner und Berliner schwarz-gelben Koalition. Bei der Opposition sei das trotz anerkannt konstruktiver Etatberatung im Haushaltsausschuss leider noch nicht angekommen. Auf den Freistaat entfielen nur 55 Mio. Euro Steuer-mindererinnahmen, auf die Kommunen gerade mal 3 Mio. Euro. Dass der Nachtragshaushalt wieder ohne neue Schulden ausgeglichen werde, sei den in Bayern gebildeten Rücklagen zu verdanken, die allerdings jetzt weitgehend aufgebraucht seien.

## Konstruktive Beratungen

Der durch Steuerausfälle vorgezeichnete Rückgang des kommunalen Finanzausgleichs werde durch zusätzliche staatliche Mittel von 62,1 Mio. Euro abgemildert. Damit lägen die reinen Landesleistungen heuer mit 6,3 Mrd. Euro nur um 0,8% unter dem Rekord-satz von 2009. Das werde der besonderen Bedeutung und Situation der Kommunen gerecht. Der Minister dankte den kommunalen Spitzenverbänden für die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit. Im gleichen Sinne berichtete der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Georg Winter (CSU)

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Siegfried Ramsauer  
94569 Stephansposching  
am 31.3.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Franz Schneider  
92665 Kirchendemenreuth  
am 4.4.

Bürgermeister  
Herbert Rubenbauer  
95683 Ebnath  
am 5.4.

Bürgermeister  
Max-Dieter Schneider  
96157 Ebrach  
am 23.3.

Oberbürgermeister  
Dr. Alfred Lehmann  
85049 Ingolstadt  
am 24.3.

Bürgermeister  
Albert Lettinger  
86441 Zusmarshausen  
am 24.3.

Bürgermeister  
Karl Heinz Stippler  
86738 Deinzingen  
am 26.3.

Bürgermeister  
Heinz Eichinger  
85256 Vierkirchen  
am 27.3.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Georg Schützinger  
83355 Grabenstätt  
am 5.4.

Bürgermeister  
Hermann Rupprecht  
86685 Huisheim  
am 5.4.

Bürgermeister  
Helmuth Griebhammer  
95183 Feilitzsch  
am 24.3.

Bürgermeister Rupert Monn  
82335 Berg  
am 25.3.

Bürgermeister Hermann Wehr  
96152 Burghaslach  
am 28.3.

Bürgermeister  
Dr. Peter Bergmair  
86316 Friedberg  
am 31.3.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Schlögel  
86678 Ehingen  
am 29.3.

Bürgermeister Karl Malz  
86660 Tapfheim  
am 29.3.

### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Franken  
85084 Reichertshofen  
am 25.3.

Halbleib das abgelehnte Paket von einer halben Milliarde entgegen.

## Abgelehnte Anträge

Auch aus Sicht der Freien Wähler übt Schwarz-Gelb Verrat an den Kommunen. Manfred Pointner erachtete die positive Darstellung des Finanzministers als trügerisch. Er verwies auf die abgelehnten Anträge seiner Fraktion zugunsten von Bildungsmaßnahmen, Breitbandausbau, Kinderbetreuung sowie Erhöhung der Schlüsselzuweisungen; dies im Rahmen eines

## 2. Kommunalkongress der Freien Wähler:

# Kommunen unter Druck

Lösungsvorschläge in schwierigen Zeiten  
Scharfe Kritik an Kurs der Staatsregierung

Welche Perspektiven ergeben sich für Städte und Gemeinden in Zeiten wachsender Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben? Wie kann dem Druck auf defizitäre kommunale Krankenhäuser begegnet werden, ohne sie sofort abstoßen zu müssen? Und sollten die Bürgermeister angesichts einer drastisch zurückgehenden Solarförderung überhaupt noch Flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ausweisen? Welche Handlungsoptionen stehen ihnen zur Verfügung? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des zweiten Kommunalkongresses der Freien Wähler im Bayerischen Landtag, zu dem rund 100 Kommunalpolitiker der Freien Wähler aus ganz Bayern gekommen waren.

Hubert Aiwanger, Vorsitzender der Freien Wähler betonte, die Kommunen seien das Fundament eines funktionsfähigen Staates, das durch politische Fehlentscheidungen zunehmend beschädigt werde. „Wir Freien Wähler fordern deshalb eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen, größtmögliche Selbstverwaltungsrechte sowie Planungssicherheit für die kommunale Ebene und weniger Überraschungseffekte durch landes- und bundespolitische Entscheidungen.“ Es sei nur noch grotesk, was gerade die CSU für eine Politik böte, ob Solarförderung, Gewerbesteuer, Kommunalfinanzen oder Gesundheitspolitik: „Seehofer sagt das Gegenteil der CSU im Landtag und diese wieder etwas anderes als die CSU im Bund.“

## Diskussion über Gewerbesteuer

Joachim Hanisch, MdL der Freien Wähler und Vorsitzender des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit beklagte, dass die Staatsregierung den Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler, die Gewerbesteuer nicht weiter auszuhöhlen, abgelehnt habe. „Zwar hat die Bundesregierung eine Gemeindefinanzkommission eingesetzt, die überprüfen soll, ob die Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer sowie einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer ersetzt werden kann.“ Das verheißt jedoch nichts Gutes, da sowohl Union als auch FDP bisher keine konkreten Vorstellungen hätten.

Der Einschätzung Aiwangers schloss sich auch Emil Schneider, Direktor des Bayerischen Landkreistages an: „Gegenüber 2008 summiert sich der Ausfall an Steuereinnahmen in den Jahren 2009 und 2010 in Bayern für die Städte und Gemeinden voraussichtlich auf rund 2,2 Milliarden Euro. Diese Belastung wird die Bezirke und Landkreise zeitverzögert in den Jahren 2011 und 2012 treffen - bei gleichzeitigem

kommunalen Rettungsschirmes. Thomas Mütze (Grüne) verwies auf die vergeblichen Anträge für den ländlichen Raum, für Klimaschutz und andere zukunftsweisende Aufgaben der Landes- und Bundespolitik, denen Schwarz-Gelb das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entgegengestellt habe. Mit den daraus entstehenden mehr als 300 Mio. Euro Mindererinnahmen hätte man auch für die Kommunen viel tun können. Christine Kamm verwies auf die von ihrer Fraktion geforderten, gezielten Mehrausgaben, wozu die 300 Millionen gut ausgereicht hätten. Statt dessen werde der Kommunale Finanzausgleich erstmals gekürzt. Ministerpräsident Seehofer und Bundeskanzlerin Merkel handelten gegen ihr Versprechen, nichts ohne Zustimmung der Kommunen zu tun.

Das Haushaltsgesetz wurde in namentlicher Abstimmung von CSU und FDP gegen das geschlossene Nein der Opposition angenommen. **rm**

# Bürgerrechte werden gestärkt

Neues Bayerisches Versammlungsgesetz erleichtert friedliche Kundgebungen

Einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Februar 2009 folgend, wird das Bayerische Versammlungsgesetz zum 1. Juni dieses Jahres mit der Tendenz geändert, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit zu stärken, ohne das Einschreiten gegen rechten und linken Terrorismus zu beeinträchtigen. Kommunale Genehmigungsbehörden und Polizei erhalten klare Richtlinien. Der gemeinsame Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CSU und FDP ist nach fast einjähriger Bedenk- und Beratungszeit vom federführenden Rechtsausschuss auch mit den Stimmen der Freien Wähler dem Plenum zur abschließenden Zweiten Lesung übergeben worden.

Zu den über 40 Gesetzesänderungen gehört, dass die Anzeigefrist für Versammlungen unter freiem Himmel von 72 auf 48 Stunden verkürzt wird. Die Anmeldung ist auch telefonisch möglich. Der Versammlungsleiter ist nicht mehr dafür verantwortlich, dass die Veranstaltung friedlich bleibt und muss sie nicht abbrechen, falls er sich nicht durchzusetzen vermag. Bild- und Tonaufnahmen der Polizei dürfen nicht mehr verdeckt gemacht werden und müssen nach kurzer Zeit gelöscht werden. In geschlossenen Räumen und Wohnungen dürfen polizeiliche Überwachungseinrichtungen nicht mehr heimlich installiert werden. Die Genehmigung ist Sache einer gerichtlichen Kammer, nicht des Einzelrichters.

Unverändert bleibt das Verbot von Neonaziaufmärschen an „historisch vorbelasteten Orten“. Das Militanzverbot wird auf paramilitärisches Auftreten beschränkt. Das Vermummungsverbot wird zur Ordnungswidrigkeit abgestuft. Jede Form der Gewalt wird unverändert strafrechtlich geahndet.

## Freiheitlicher Rechtsstaat

Jürgen Heike (CSU) und Dr. Andreas Fischer (FDP) bezeichneten die Liberalisierung des Bayerischen Versammlungsgesetzes von 2008 als guten Schutz des freiheitlichen Rechtsstaates. Fischer betonte, dass die Neufassung Ergebnis der Koalitionsvereinbarung vom Herbst 2008 war. Die Versammlungsfreiheit bekomme wieder den ihr zustehenden Wert, unbestimmte Rechtsvorschriften würden verdeutlicht,

## CSU und FDP gehen aufeinander zu:

# Mehr Mobilität für Asylbewerber

Nach langwierigen Koalitionsgesprächen haben sich CSU und FDP im Landtag auf einen Schritt zur Lockerung der Asylpolitik geeinigt: In Gemeinschaftsunterkünften lebende Asylbewerber sollen sich künftig wenigstens vorübergehend nicht nur am Ort sondern im ganzen Regierungsbezirk und angrenzenden Landkreisen frei bewegen können. Diese Aufforderung der beiden Fraktionen hat der Sozialausschuss der Staatsregierung und speziell des Innenministeriums erteilt.

Die FDP hatte unter Berufung auf den Koalitionsvertrag darauf gedrungen, dass die CSU sich in der Asylpolitik bewegt. Federführend war die Vorsitzende des Sozialausschusses, Brigitte Meyer. Gesprächspartner war ihr Stellvertreter Joachim Unterländer. Im Sozialausschuss wurde der kurzfristige auf die Tagesordnung gesetzte gemeinsame Antrag einstimmig angenommen. Meyer zeigte sich optimistisch, sich mit der CSU auch „in den anderen strittigen Positionen zur Asylpolitik annähern und verständigen zu können“.

## Erleichterung der Situation

SPD, Grüne und Freie Wähler begrüßten es, dass sich die CSU-Fraktion contra Innenminister Joachim Herrmann (CSU) und pro Sozialministerin Christine Haiderthauer (CSU) bewegt habe. Renate Ackermann (Grüne) missbilligte, dass die Ausschussvor-

sitzende Anträge ihrer Fraktion zur Erleichterung des Asylantenlebens seit einem Jahr bis zur jetzigen teilweisen Einigung mit der CSU liegen gelassen habe. Flüchtlinge, Initiativen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen warteten auf einen Kurswechsel.

Mitberichterstatte Bernhard Seidenath (CSU) wies die Kritik der Opposition zurück. Es gebe Initiativen zur Erleichterung der Situation von Asylbewerbern bis hin zur Einstellung von mehr Personal zur Betreuung der Menschen in den (von der Opposition abgelehnten) Gemeinschaftsunterkünften.

Im CSU/FDP-Antrag heißt es jedoch auch, die Ausländerbehörde könne die erweiterte Aufenthaltsgenehmigung einschränken, wenn Asylbewerber ihren verfahrensrechtlichen Mitwirkungspflichten nicht nachkommen oder behördliche Termine nicht wahrnehmen. **rm**

Für SPD und Grüne war das alte und ist das neue Gesetz in manchen Punkten zu bejahen: in anderen abzulehnen. Ausschussvorsitzender Franz Schindler (SPD) meinte, genau genommen hätte man weder das alte noch das neue Landesgesetz gebraucht. Das Bundesgesetz von 1953 sei in der ständigen Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht - die noch läuft - durchaus praktikabel. Ähnlich nahm Christine Stahl (Grüne) Stellung. Sie verwies auf den mit zur Beratung und Entscheidung stehenden Gesetzentwurf ihrer Fraktion. Die SPD habe sich mit einem Änderungsantrag zur Koalitionsvorlage begnügt.

Bernhard Pohl (FW) bewertete alle Vorlagen als handwerklich gut. Der Gesetzentwurf der Grünen sei jedoch zu einseitig auf das Versammlungsrecht ausgerichtet. Zum Vermummungsverbot hatte seine Fraktion einen Änderungsvorschlag, der jedoch von CSU und FDP nicht aufgegriffen wurde und im Ausschuss nicht mehr zur Debatte stand.

Bayerischer Qualitätspreis 2010:

# Im Namen der Wirtschaftlichkeit

**Auszeichnung für die Städte Aschaffenburg, Donauwörth und Mitterteich**

Zum 13. Mal wurde in der Münchner Residenz der Bayerische Qualitätspreis u. a. an „wirtschaftsfreundliche Gemeinden“ verliehen. Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr die Städte Aschaffenburg (Unterfranken), Donauwörth (Schwaben) und Mitterteich (Oberpfalz). Bei einer Feierstunde in der Münchner Residenz überreichte Wirtschaftsminister Martin Zeil den Siegern die Trophäe in Form einer gläsernen Pyramide.

Wie Minister Zeil erläuterte, „wollen wir mit dem Qualitätspreis auch Kommunen motivieren, noch kundenorientierter und bürgerfreundlicher zu handeln“. Effiziente und serviceorientierte Verwaltungsstrukturen seien ein wesentlicher Pluspunkt im Standortwettbewerb. Die Dienstleistungsorientierung einer Kommune entscheide maßgeblich mit darüber, ob sie selbst, aber auch die ansässigen Unternehmen oder neue Investoren erfolgreich sein können. Anders gesagt: „Nur wer einen qualitativ hochwertigen Service vom ersten Kontakt an bis über die Bestandspflege hinaus anbieten kann, der hat im Wettbewerb die Nase vorn.“

## Hochwertiger Service

Als Vertreter der wirtschaftsfreundlichen Gemeinde Aschaffenburg nahmen Oberbürgermeister Klaus Herzog und Anja Michel (Wirtschaftsförderung) einen der drei Qualitätspreise entgegen. Laut Würdigung ist die kreisfreie Stadt mit ihren rund 70.000 Einwohnern wirtschaftlicher Mittelpunkt und größte Stadt der Region Bayerischer Untermain. Die Stadtverwaltung von Aschaffenburg zeichnet sich durch eine hohe Effizienz der Verwaltungsprozesse bei einer gleichzeitig hohen Flexibilität aus. Hauptelemente hierfür sind die Neuausrichtung der Organisationsstrukturen, interdisziplinäre Projektgruppenarbeit und ein hoher Fortbildungset.

Auf Bürgernähe und wirtschaftliche Entwicklung legt die Stadt Aschaffenburg besonderen Wert. Ein Bürgerbüro mit flexiblen Öffnungszeiten, schlanke Verwaltungsstrukturen, das Motto „Service aus einer Hand“ sowie ein virtuelles Rathaus machen die Stadt für die Bürger und Unternehmen attraktiv.

## Stadtentwicklungsplanung

Die Stadt Aschaffenburg sieht Wirtschaftsförderung als einen entscheidenden Teil integrativer Stadtentwicklungsplanung. Zahlreiche Möglichkeiten zur Information sowie Einrichtungen zur wirtschafts- und bürgernahen Kommunikation stehen zur Verfügung. Eine rasche und unkonventionelle Behandlung der Anliegen von Unternehmen hat Priorität. Das sind

## CSU-Fraktion:

# Stärkere Förderung von Kleinkläranlagen

Die CSU-Landtagsfraktion setzt sich für eine stärkere Förderung von Kleinkläranlagen ein. Bei den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2010 wurden die entsprechenden Mittel auf Initiative der CSU-Fraktion um eine Million Euro auf 9,8 Millionen Euro erhöht, erklärte Dr. Otto Hünnerkopf, der Vorsitzende des Fraktionsarbeitskreises für Umwelt und Gesundheit.

Da die bisherige Förderrichtlinie für Kleinkläranlagen zunächst bis Ende 2010 befristet ist und viele der Betroffenen noch im Jahr 2010 die volle Förderung in An-

spruch nehmen möchten, sei in diesem Jahr mit einer deutlichen Zunahme von Förderanträgen zu rechnen, erläuterte Hünnerkopf.

Mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln könne dem steigenden Bedarf nun besser begegnet werden. „Ich freue mich über diese wirkungsvolle Unterstützung für den ländlichen Raum“, so Hünnerkopf. Kleinkläranlagen kommen besonders in dünn besiedelten Regionen zum Einsatz, wenn die Abwasserentsorgung durch Anschluss an eine große kommunale Kläranlage aus technischen, rechtlichen oder finanziellen Gründen nicht möglich ist.

deutliche Belege für das wirtschaftsfreundliche Klima und die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt. Weiterer Preisträger ist die Große Kreisstadt Donauwörth mit ihrem Oberbürgermeister Armin Neudert, begleitet von Heribert Kollmann, Leiter der Wirtschaftsförderung. International bekannt als Hubschrauberstandort und Käthe-Kruse-Stadt, ist Donauwörth mit seinen rund 18.200 Einwohnern sowohl ein bedeutender Wirtschaftsstandort als auch ein Zentrum für Bildung, Behörden und die Bundeswehr. Als Mittelzentrum erfüllt Donauwörth zentralörtliche Funktionen für den Landkreis Donau-Ries und darüber hinaus.

Die Stadtverwaltung von Donauwörth zeichnet sich durch eine hohe Effizienz der Verwaltungsprozesse bei einer gleichzeitig hohen Flexibilität aus. Hervorzuheben sind erfolgreiche Maßnahmen zum Bürokratie-Abbau sowie zum E-Government, die sich in einem sehr gut angenommenen virtuellen Rathaus sowie einer gesamtheitlichen Sachbearbeitung „aus einer Hand“ widerspiegeln.

## Vorreiterrolle

Des Weiteren nimmt Donauwörth auch eine Vorreiterrolle im Bereich Umweltschutz und Energiemanagement ein, die sich in der Teilnahme am „European Energy Award“ und der Errichtung eines Forums für Bildung und Energie (FBE) widerspiegelt.

Last but not least erhielt die Stadt Mitterteich, vertreten durch 1. Bürgermeister Roland Grillmeier und 2. Bürgermeister Karl-Heinz Ernstberger, den begehrten Preis. Mitterteich, das in diesem Jahr sein 850-jähriges Bestehen feiert, liegt mit seinen rund 6.900 Einwohnern verkehrsgünstig direkt an der Grenze zwischen Deutschland und Tschechien. Neben der Glas-

und Porzellanindustrie hat das dortige Handwerk eine lange Tradition.

Die laufende Verbesserung interner Verwaltungsabläufe und eine intensive Zusammenarbeit mit externen Partnern ermöglichen es der Stadt Mitterteich, in kurzer Zeit neue Handlungsfelder zu erschließen und Projektideen zügig umzusetzen. Beispiel hierfür ist der neue Internetauftritt, der als zentrales Informations- und Kommunikationssystem im Sinne eines Virtuellen Rathauses fungiert.

## Neuansiedlungen

Die Stadt Mitterteich hat sich in den vergangenen Jahren ganz besonderen Herausforderungen erfolgreich gestellt. Im Jahr 2005 meldete die Porzellanfabrik nach vergeblichen Rettungsversuchen Insolvenz an. Heute ist es gelungen, den Wegfall der Fabrik zur Chance werden zu lassen. Zukunftsfähige Nutzungskonzepte wurden entwickelt, die sich teilweise bereits in der Realisierungsphase befinden. Diese Herausforderungen haben Mitterteich nicht daran gehindert, in vielen weiteren Bereichen eine erfolgreiche wirtschaftsfreundliche Politik zu betreiben. Zahlreiche Betriebsweiterstellungen und die Neuansiedlung zukunftsfähiger Firmen von überregionaler Bedeutung belegen, so die Würdigung, die hervorragende Gewerbspolitik dieser Stadt. **DK**

## Tag der Archive:

# Dem Verborgenen auf der Spur

**Menschen hinterlassen Spuren, auch schriftliche. Diese sind vielfältig wie das menschliche Leben - vom Meldebogen bis zum Liebesbrief. Zu finden sind sie in Archiven unterschiedlichster Art. Beim 5. Tag der Archive luden über 300 Archive an 134 Orten in Deutschland die Bürgerinnen und Bürger ein, Unbekanntem auf die Spur zu kommen.**

Mit Magazinführungen, Ausstellungen, Vorträgen und Mitmachprogrammen für Kinder wurden nicht alltägliche Einblicke in die Arbeit der Archive geboten. Die Archive präsentierten dabei sowohl Schatzkammern der Geschichte als auch Dokumente zum Alltagsgeschehen. Diese Spuren erwiesen sich als Bausteine der Identität einer Region und boten daher spannende Aspekte für die eigene Orientierung.

Das Spektrum der sich beteiligenden Archive reichte vom Bundesarchiv über Landes- und Kommunalarchive, Kirchenarchive, Spezialarchive in Hochschulen und Wirtschaftsbetrieben, über Archive von Rundfunk- und Medienanstalten, von politischen Parteien und Parlamenten bis hin zu Adelsarchiven. Besonders groß war heuer die Beteiligung in Köln, wo sich 35 Archive präsentierten, um nach dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs fast auf den Tag genau vor einem Jahr am 3. März 2009 zu dokumentieren, dass das Gedächtnis der Region vielfältig ist und auch im Stadtarchiv vieles gerettet werden kann.

## 50 Kilometer Materialieneinheiten

In der Landeshauptstadt München ließen sich die Mitarbeiter von 20 Archiven über die Schultern schauen, darunter jene des Bayerischen Hauptstaatsarchivs,

## Liebe Leserinnen und Leser,

Während die Zahl der gemeldeten Straftaten in Bayern im Jahr 2009 um 2,5 Prozent gesunken ist, stieg die Zahl der Straftaten unter Alkoholeinfluss um 3,7 Prozent. Vor allem bei jugendlichen Straftätern spielt der Alkohol eine immer größere Rolle. Mehr als jeder sechste jugendliche Täter ist alkoholisiert gewesen, bei den heranwachsenden Tätern war es sogar etwa jeder dritte.

Alkohol spielt vor allem bei Gewaltdelikten eine große Rolle. Der Zusammenhang zwischen Gewaltdelikten und Alkohol ist klar erwiesen, denn knapp die Hälfte dieser Verbrechen wird unter Alkoholeinfluss verübt. Koma-Saufen und

## Verkaufsverbot von starkem Alkohol bei Nacht

Flatrat-Partys sind zwei Begriffe, die mittlerweile eine traurige Berühmtheit erlangt haben.

Besorgniserregend ist auch, dass im Jahr 2008 bundesweit 25.700 Kinder und Jugendliche wegen einer Alkoholvergiftung im Krankenhaus gelandet sind, darunter mehr als 5.000 in Bayern.

Landauf landab wird berichtet, dass die Zustände in Stadtvierteln mit hohem Gastronomiebesatz immer bedenklicher werden. Nächtliche Ruhestörungen, Urinieren in Hauseingänge und lautstarke Auseinandersetzungen machen den Bewohnern von Innenstadtbereichen das Leben oft zur Qual. Die Städte und Gemeinden können aber nicht hinnehmen, dass ihre zentralen Bereiche, die oft auch ihre Schmuckkästchen sind, in der Wohnqualität herabsinken. Aber auch die anständigen Restaurant-, Kino- und Theaterbesucher haben einen Anspruch darauf, vor Übergriffen und Aggressionen Betrunkener geschützt zu werden.

Die Ursachen für diese bedenklichen Tendenzen liegen in einer Reihe von schwerwiegenden



## Kolumne Gerhard Weber

Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft. Deshalb muss auch die Bekämpfung dieser Fehlentwicklung breit angelegt werden. Hier sind sowohl Polizei und Justiz, aber auch die Kommunen und die Zivilgesellschaft gefordert.

Einen sehr sinnvollen Vorschlag hat kürzlich der Bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, vorgelegt. Er schlug vor, hochprozentige Alkoholika nicht mehr rund um die Uhr über die Straße verkaufen zu lassen. Dabei geht es ihm

nicht um ein Verkaufsverbot für eine Flasche Bier oder eine Flasche Wein, sondern um ein Verkaufsverbot von Schnaps und schnapshaltigen Getränken.

Die Möglichkeit, hochprozentige Alkoholika zu jeder Tages- und Nachtzeit zum Beispiel an Tankstellen oder an Kiosken kaufen zu können, ist unzweifelhaft mit einer Ursache für den zunehmenden Alkoholkonsum von Jugendlichen, aber auch von Erwachsenen. An vielen Tankstellen und Imbissbuden kann man zur nächtlichen Stunde beobachten, wie sich ältere und jüngere Leute ihren alkoholischen Nachschub besorgen.

Der Freistaat Bayern bereitet derzeit den Erlass eines Bayer. Gaststättengesetzes vor, zu dem er seit der Föderalismusreform I berechtigt ist. Im Rahmen der Regelungen zum Straßenverkauf muss deshalb meiner Meinung nach ein Verbot des Verkaufs von hochprozentigen Alkoholika ab 22 Uhr erlassen werden. An diesem Punkt wird es sich exemplarisch zeigen, ob unserem Staat und unserer Gesellschaft der Kampf gegen Alkoholmissbrauch, der Schutz unserer Jugend und die Wohnbarkeit unserer Innenstädte wichtiger sind als geschäftliche Interessen von Tankstellenbesitzern und Imbissbudenbetreibern. Auch wenn eine solche Vorschrift sicherlich kein Allheilmittel darstellt, würde sie einen wichtigen ersten Schritt auf einem langen Weg darstellen.

Fangen wir endlich an, es gibt viel zu tun!

Ihr Gerhard Weber

stituts für Physik und das Historische Archiv des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie gaben in Ausstellungen spannende Einblicke in den reichen Schatz ihrer Bestände.

Der Historische Verein bayerischer Genossenschaften e.V. beteiligte sich wieder mit der Sonderausstellung „Das Erscheinungsbild der bayerischen Genossenschaften im Wandel der Zeit“ in den Räumen der IHK München. Das Thema wurde aus vier unterschiedlichen Perspektiven betrachtet: Der Bankangestellte als zentrale Figur des Unternehmens, das Bankgebäude als funktionaler und repräsentativer Ort, das Firmenlogo als markantes Erkennungszeichen und die Werbung als Instrument der Kommunikation. Zu sehen waren originale Dokumente, Fotos und Exponate aus der Sammlung des Historischen Vereins bayerischer Genossenschaften e.V. **DK**

## Unfallvorbeugung:

# EU verbessert Sicherheit für Kinder im ÖPNV

Die Europäische Union sorgt sich weiter um die Sicherheit der Kinder bei der Benutzung des ÖPNV. Nachdem jüngst durch eine Rechtsvorschrift aus Brüssel das Benutzen von Rolltreppen mit Kinderwagen verboten wurde, sieht eine jetzt veröffentlichte Richtlinie 2010/1.4/EG vom 1. April 2010 (AbI EG Nr. L14 S.14) vor, dass ab 1. April 2011 Kinder unter 14 Jahren in Omnibussen und Straßenbahnen nur noch angeschnallt befördert werden dürfen. Ausnahmen gelten übergangsweise für Schulbusse, die so mit Schülerinnen und Schülern überfüllt sind, dass die Kinder sich ohnehin nicht bewegen können; hier reichen zusätzliche Schaumstoffmatten als Prallschutz. Unklar ist, ob die deutschen Verkehrsbetriebe diese neuen Anforderungen rechtzeitig werden umsetzen können. Die großen Hersteller von Bussen und Trambahnen halten sich derzeit noch bedeckt, in welcher Weise sie in ihrem Firmenprogramm reagieren wollen. Nur der italienische Fahrzeugbauer Aprilia, eigentlich auf Motorräder spezialisiert, ist schon vorgeprescht: Ab Mai wird das Unternehmen einen preiswerten Nachrüstsatz für Omnibusplastiksitze anbieten - mit einem Beckengurt zum Knoten. **□**

Deutscher Landkreistag:

## Winterfeste kommunale Finanzausstattung

Der Deutsche Landkreistag hat sich mit Blick auf die Gemeindefinanzkommission dafür ausgesprochen, die kommunale Finanzausstattung systematisch und problemorientiert zu stärken.

Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sagte: „Statt Schlaglochprämien für kaputte Straßen brauchen wir insgesamt eine ‚winterfeste Finanzausstattung‘. Löchrige Straßen sind nur das Symptom, nicht aber das Problem. Noch immer sind die Kommunalhaushalte strukturell unterfinanziert und unter ständig steigendem Druck. Die Lösung kann daher nicht in punktuellen Finanzspritzen von Bund oder Ländern bestehen. Das Problem ist tiefgehender und bedarf einer grundsätzlichen und systematischen Lösung. Schließlich haben die Kommunen gegenüber ihren Bürgern eine große Verantwortung, der sie aus eigener Kraft mit der dafür notwendigen finanziellen Mittelausstattung gerecht werden müssen.“

Die Kommission könne nur dann ein Erfolg werden, wenn die kommunale Steuerbasis verbreitert und verstetigt werde und es auch auf kommunaler Ebene zu einer aufgabengerechteren Finanzausstattung komme. „Zuerst muss es hierbei um die Schließung der kommunalen Finanzlücke von jährlich mittler-

weile bereits 12 Mrd. Euro gehen. Zudem muss die sich weiter öffnende Schere zwischen armen und reichen Kommunen wieder geschlossen werden.“ Hier müsse eine Lösung nicht bei den Kommunen insgesamt, sondern vielmehr dort ansetzen, wo die Probleme liegen.

### Stärkere Beeinflussbarkeit kommunaler Einnahmen

„Bezogen auf die Kreise bedeutet dies, dass es unbedingt zu Entlastungen kommen muss, da in den Kreishaushalten mittlerweile 70 bis 80 % der Ausgaben für soziale Leistungen gebunden sind. Das nimmt uns die Luft zum Atmen!“ Rund zwei Drittel der Sozialausgaben tragen Landkreise und höhere Kommunalverbände, 30 % kreisfreie Städte und nur knapp 5 % die kreisangehörigen Gemeinden.

Notwendig sei auch in diesem Zusammenhang eine stärkere Beeinflussbarkeit kommunaler Steuereinnahmen, eine geringere Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung sowie bezo-

gen auf die Landkreise eine Beteiligung etwa an der Umsatzsteuer. „Vor allem die Landkreise mit ihren hohen sozialen Lasten für Alte, Kranke und Behinderte benötigen dringend eigengestalt-

bare und zuverlässige Einnahmequellen.“ Die Gemeindefinanzkommission sei der richtige Ort, in diesen Fragestellungen ein Stück voran zu kommen, so Duppré abschließend. □

Dorferneuerung und Städtebauförderung:

## Wichtiges Signal für strukturschwächere Gebiete

Bayern hat eine neue Sonderförderung bei Dorferneuerung und Städtebauförderung beschlossen. Konkret wird der strukturalpolitische Ansatz der bisherigen Instrumente mit einem neuen Struktur- und Härtefonds ausgebaut. Ab 1. Juni 2010 können finanzschwächere und von Abwanderung besonders betroffene Kommunen in ganz Bayern von der neuen Sonderförderung profitieren.

Innenminister Joachim Herrmann und Landwirtschaftsminister Helmut Brunner: „Mit einer neuen Sonderförderung setzt die Staatsregierung ein starkes Signal für strukturschwächere Gebiete im Freistaat. Die Erfolge der bisherigen Sonderförderung in Hochfranken und den ostbayerischen Grenzlandkreisen sind unübersehbar. Mit der Nachfolgeregelung wird es jetzt landesweit finanzschwächeren Gemeinden erleichtert, kritische Investitionshindernisse zu überwinden. Das ist auch ein wichtiger Impuls für die Unterstützung der regionalen Bauwirtschaft und des Handwerks.“

Die verbesserte Förderung soll auch in Zukunft großteils dem strukturschwächeren ländlichen Raum, insbesondere in Nord- und Ostbayern, zu Gute kommen. In-

nenminister Herrmann: „In besonders struktur- und finanzschwachen Gemeinden wollen wir dadurch erreichen, dass trotz notwendiger Haushaltskonsolidierung Maßnahmen in Angriff genommen werden können. Beispielsweise dann, wenn umfangreiche private Investitionen zu scheitern drohen, weil sich die Gemeinde kommunale Anstoßmaßnahmen nicht leisten kann. Auch Projekte, die in besonderem regionalen oder Landesinteresse liegen und die die betreffende Gemeinde eindeutig überfordern, können jetzt besser gefördert werden. Dazu zählt zum Beispiel die Umstrukturierung von Kasernen oder großen Gewerbebrachen.“ Nach den Worten von Landwirtschaftsminister Brunner berücksichtigt die neue Förderung in besonderem Maße die Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum. „Mit der Einbeziehung der demographischen Entwicklung wollen wir dem Bevölkerungsrückgang in allen Landesteilen entgegenwirken. Attraktivere Kommunen sind hierfür ein entscheidender Schlüssel“, so Brunner. □

## Infrastrukturen...

(Fortsetzung von Seite 1)

unbedingt Sinn, überall industrielle Zentren oder die gleiche Infrastruktur aufzubauen“. Er nannte es eine „Herausforderung der Raumordnungspolitik“, sich der Demokratie zu stellen. Sie könne nicht allein auf die Eigendynamik der Ökonomie setzen. Der Markt alleine reiche nicht, sei er doch „nicht demokratieverträglich“.

### Viel Lyrik und wenig Verbindlichkeit

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Abensbergs Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, kennzeichnete das Landesentwicklungsprogramm als mit „viel Lyrik und wenig Verbindlichkeit“ ausgestattet. „Muss es Kennzahlen vorschreiben? Muss es Selbstverständliches regeln? Muss es beinhalten, was bereits zum Beispiel das kommunale Baurecht regelt?“ lauteten seine Denkanstöße. Es gelte, die Begriffe Entbürokratisierung, Deregulierung und Kommunalisierung endlich ernst zu nehmen. „Allerdings“, so räumte Brandl ein, „haben wir ein Exekutivproblem, wenn es an die Umsetzung unliebsamer Dinge geht, insbesondere vor Kommunalwahlen.“ Hierzu sei eine Portion Mut erforderlich.

Laut Dr. Birgit Seelbinder, Oberbürgermeisterin von Marktreutitz und Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, muss sich das LEP mit den Grenzen des Wachstums und den Chancen des Schrumpfens auseinandersetzen. Der Bayerische Städtetag sei ausdrücklich für die Beibehaltung des LEP. Die Teilräume könnten allerdings nicht mehr jeweils sämtliche Funktionen vorhalten. „Wir wollen klare Abgrenzungen zwischen den ländlichen Teilräumen und spezifische Förderungen für die jeweilige Kategorie“, so Seelbinder.

Die Sicht der oberösterreichischen Wirtschaft brachte Ing. Mag. Werner Kreis, Leiter der Abteilung Wirtschaft, Land Oberösterreich, den Tagungsgästen näher. Seine Maxime lautete: „Wir wollen Arbeit zu den Menschen bringen!“ Oberösterreich sei flächendeckend mit leistungsstarkem Breitband-Internet versorgt. Alle 444 Gemeinden seien

an Top-Datenautobahnen angeschlossen. Zudem hätten sog. Interkommunale Betriebsbaugemeinschaften zum Ziel, die Zusammenarbeit der Gemeinden bei der Betriebsansiedlung zu fördern sowie für eine Konzentration der Ressourcen auf die Sicherung, Entwicklung und Vermarktung gut geeigneter Betriebsstandorte zu sorgen. Kreis zufolge „haben wir ein dichtes Netz an Technologie- und Impulszentren im ganzen Land geknüpft und damit perfekte Einflugschneisen für innovative Geister geschaffen“.

Die Regionalentwicklung in Oberösterreich wird nach Kreis Angaben seit 2005 ganz wesentlich vom Regionalmanagement OÖ GmbH (RMOÖ) unterstützt. Diese verbinde die sechs Regionalvereine und ihre Gemeinden. Die Regionalmanager kümmern sich um die Umsetzung von nationalen und EU-Förderprogrammen, wie z.B. Ländliche Entwicklung, INTERREG oder LEADER, Nahversorgungsprogramm, territorialer Beschäftigungspakt, Dorf- und Stadtentwicklung und Agenda 21. Vernetzung sei wichtig: Das wertvolle Know-how, das sich die RMOÖ-Regionalmanager erarbeitet hätten, geben sie an andere Initiatoren und Projektträger weiter.

### Full-Service-Dienstleister

Für Kreis ist Kooperation die Voraussetzung für eine sinnvolle Regionalentwicklung. Durch die RMOÖ als Service- und Unterstützungsangebot des Landes werde der ländliche Raum nicht alleine gelassen. Sie trete als „Full-Service-Dienstleister“ mit Bürostandorten in den Regionen auf.

Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) meinte: „Die Krise ist kein Grund, nicht mehr auf Industrie und Export zu setzen. Die Industrie hat uns stark gemacht! Mit einer modernen, an der Unternehmensstruktur angepassten Infrastruktur ist dies auch weiterhin der Weg. Unternehmen, die wachsen wollen, brauchen Innovation und Internationalität.“

Der Ländliche Raum habe eigene Chancen, er müsse sie nur zum Tragen bringen statt zu ver-

suchen, Städte nachzuahmen, erklärte Brossardt. Alleine schaffe er es aber nicht. Eine an den Menschen angepasste Infrastruktur sei wichtig. Entwicklung könne aber nicht nur darin bestehen, Defizite beseitigen zu wollen. Der Erfolg einer Region hänge vom Erfolg der Nachbarregion ab. Die Vernetzung untereinander müsse neu definiert werden. Ein Regionalplanungsverband, der nur von Kommunen beherrscht wird, laufe Gefahr, von Einzellösungen aufgefressen zu werden.

### Teilweise modernere Strukturen auf dem Land

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie im Bayerischen Landtag Erwin Huber, MdL, verwies darauf, dass Infrastruktur im ländlichen Raum zuweilen sogar moderner, weil neuer sei. Ein Kripfenplatz sei auf dem Land leichter zu bekommen als in der Stadt. Regenerative Energien böten den ländlichen Räumen neue Möglichkeiten, sich unabhängig zu machen. Zudem könnten Forschungszentren und Regionalentwicklung einander ergänzen.

Wie der Leiter der Abteilung Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Geoinformation im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg, Ministerialdirigent Dipl.-Ing. Hartmut Alker schließlich hervorhob, hat die Landesregierung Baden-Württemberg im Sommer 2006 einen ressortübergreifenden Kabinettsausschuss Ländlicher Raum unter Vorsitz des Ministers für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz eingesetzt.

Ziel sei, für die verschiedenen Themenbereiche - Ausbau und Erhaltung des Straßennetzes und der Erreichbarkeit mit dem ÖPNV, Innenentwicklung, Mobilität ländlicher Grundstücke, flächendeckende Breitbandinfrastruktur, ortsnahe medizinische Versorgung und interkommunale Zusammenarbeit - konkrete Lösungsvorschläge und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und diese in Modellprojekten zu erproben. DK

Regierungspräsidenten-Tagung:

## Die Demografie im Visier

Die kommunalen Haushalte, der Breitbandausbau und der demografische Wandel standen im Mittelpunkt eines Treffens der sieben bayerischen Regierungspräsidenten in Neuburg vorm Wald im Landkreis Schwandorf.

Die Regierung der Oberpfalz sieht einem Sprecher zufolge vor allem den ländlichen Raum von einem Bevölkerungsrückgang betroffen, der sich in Kindergärten, Schulen und Vereinen niederschlagen wird. Um die Menschen in den ländlichen Regionen zu halten, sei es wichtig, Arbeitsplätze zu schaffen und z. B. die Breitbandversorgung auszubauen.

### Gleichwertige Lebensverhältnisse aufrechterhalten

Die Oberpfälzer Regierungspräsidentin Brigitta Brunner will den Bezirk trotz teilweise rückläufiger Bevölkerungsentwicklung als attraktive Region für junge Menschen wie für ältere Mitbürger erhalten. Es gelte dafür zu sorgen, dass junge Familien nicht wegziehen und ältere Menschen einen unbeschwerten Lebensabend verbringen können. Dazu müsse man gute Ausbildungsmöglichkeiten sowie innovative Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, gleichzeitig aber auch dafür sorgen, dass die ärztliche Versorgung oder die dezentralen Einkaufsmöglichkeiten im ländlichen Raum erhalten blieben. Das Thema demografischer Wandel könne man nicht wegschieben, „aber wir müssen für unsere Region als interessanten Wirtschaftsstandort mit tüchtigen Arbeitnehmern werben“, betonte die gastgebende Regierungspräsidentin.

Brunner zufolge haben sie und der Amtschef im Bayerischen Innenministerium regelmäßige Beratungen zu diesen Themenfeldern vereinbart. Bislang sei man gewohnt gewesen, mit ständigem Wachstum zu rechnen, jetzt müsse man sich der Frage stellen, wie man mit einer schrumpfenden Bevölkerungszahl umgehe. Dafür gebe es noch kein Patentrezept. Ziel aber bleibe es, in ganz Bayern gleichwertige Lebensverhältnisse aufrechtzuerhalten. DK

## Bahnland...

(Fortsetzung von Seite 1)

Freistaats und der BEG für den bayerischen Schienenpersonenverkehr stehen im Mittelpunkt der Kommunikationsstrategie. Unter dem Motto „Wir bewegen das Bahnland Bayern“ zeigt sie die BEG und den Frei-

staat als Weichensteller bei der Planung, Qualitätssicherung und Finanzierung des SPNV. Die BEG setzt dabei auf einen persönlichen Dialog mit Presse, Politikern und Partnern.

### Innovative Projekte

Außerdem zeichnete Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil auf dem Kongress innovative Projekte und Maßnahmen mit dem Bayerischen ÖPNV-Preis aus. Die drei Preise gingen nach Günzburg, Cham und Unterfranken. Passend zum Motto des Kongresses „Eisenbahnverkehr in Deutschland - wo knieft's?“ waren Projekte und Maßnahmen gefragt, die strukturelle Herausforderungen im Gesamtsystem Nahverkehr vorbildlich und nachhaltig lösen konnten. Von insgesamt 18 Einreichungen wurden die drei besten Bewerbungen mit dem Bayerischen ÖPNV-Preis 2010 ausgezeichnet.

### Kooperation wichtig

Die drei gleichwertigen Preise gingen an die Projekte „Mobilitätsdrehscheibe am Bahnhof Günzburg“, „Kinder entdecken den ÖPNV/SPNV“ sowie an die Erfurter Bahn und DB Regio Unterfranken für die vorbildliche Kooperation in der Region. „Dort, wo die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure reibungslos funktioniert und sich alle Beteiligten über die Maße im Sinne des Kunden engagieren, knieft es nicht!“ lobte Zeil in seiner Rede die mit dem ÖPNV-Preis ausgezeichneten Projekte.

### Verkehr bündeln

Die „Mobilitätsdrehscheibe am Bahnhof Günzburg“ wurde als beispielhaftes Modell der Bahnhofsentwicklung ausgezeichnet: Der Kommune gelang es gemeinsam mit dem privaten Betreiber BBS Brandner Grundstücks-gesellschaft, Eisenbahnverkehr, ÖPNV, Individualverkehr und Taxiverkehr zu bündeln und das Bahnhofsumfeld durch eine dynamische Architektur deutlich aufzuwerten. Dadurch erhält auch das Thema Mobilität einen neuen Stellenwert im Leben der Stadt. Insbesondere lobte Zeil dabei die Zusammenarbeit der Stadt Günzburg, der BBS und der Deutschen Bahn. □

## Starker Sport...

(Fortsetzung von Seite 1)

Städtetages, Christian Ude, betonte den elementaren Beitrag des Sports für das Gemeinwohl. „Sport ist ein unverzichtbares Element unserer Gesellschaft, wenn es beispielsweise um Bildung, Gesundheit und Integration geht. Die Kommunen fördern den organisierten Sport jährlich mit über 3 Milliarden Euro, das sind rund 80 Prozent der öffentlichen Sportförderung insgesamt. „Wir brauchen eine gemeinsame Vorwärtsstrategie und mehr Kreativität in der Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik, Verwaltung und Sportorganisationen“, so Ude weiter. Das im Titel genannte Doppel „Starker Sport - starke Kommunen“ sei angesichts der finanziellen Realität „kein Zustand, sondern eine Forderung“, räumte der Münchner OB ein.

„Die Städte wissen, dass sie starke Vereine brauchen“, so Ude, „und der Sport weiß, dass die Städte nicht absaufen dürfen.“ Und: „Unsere Integrationsaufgaben sind ohne Sport nicht zu lösen. Die Vereine sind das erste und oft einzige Instrument der Integration“, dank gemeinsamer Sprache und gemeinsamer Regeln.

### Sanierungsstau

Dass die Lebensqualität in vielen Teilen des Landes leidet, darauf verwies Andreas Klages, stellvertretender Direktor für Sportentwicklung im DOSB. Der öffentlichen Hand, speziell den Kommunen, gehe es schlecht. „Wir sind vom Weltmeister des Sportstättenbaus in den siebziger und achtziger Jahren zum Verbandsligisten geworden“, monierte Klages. Es gebe einen „gigantischen Sanierungs- und Modernisierungsstau“, weshalb Sportstätten vom Katalysator des Sporttreibens zum Engpass geworden seien. Die Folge: „Die alte Aufgabenteilung - Kommune baut, Verein nutzt - funktioniert

so nicht mehr. Die Vereine müssen einen höheren Anteil an den Sportstätten übernehmen.“ Eine Krise der Finanzen stelle immer auch eine Krise des Sports dar.

Mit Blick auf die Ausweitung der Schulzeiten in den Nachmittagen, die zu Engpässen bei Hallenzeiten der Klubs und zu schrumpfender Freizeit bei Schülern führe und damit oft zu Lasten des Vereinssports gehe, meinte Klages, dass solche vermeintlich kleinen, in der Summe der Gesellschaft aber gewaltigen Probleme und die Versuche, sie zu lösen, in der großen Öffentlichkeit nicht sehr präsent seien. Dem Sport an der Basis fehle es an Aufmerksamkeit in der politischen Dimension.

### Schaufenster Olympia

Zuletzt erhielt die Sportförderung durch den Bund eine Plattform durch die Medaillen der zahlreichen Staatssportler aus Bundeswehr oder Bundespolizei bei den Winterspielen in Vancouver. Wie OB Ude feststellte, sei weitaus weniger bekannt, „dass achtzig Prozent der öffentlichen Sportförderung - über drei Milliarden Euro im Jahr - von den Kommunen kommen“. Der große Sport sei an der Basis und Olympia nur das große Schaufenster.

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Heinrich Haasis, meinte schließlich: „Sport begeistert die Menschen. Wer sportlich aktiv ist, tut etwas für seine Gesundheit. Wer Kinder und Jugendliche im Sportverein trainiert, leistet einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung und Teamfähigkeit junger Menschen“. Haasis zufolge sind die Sparkassen der größte nichtstaatliche Sportförderer in Deutschland. Er würdigte die Olympiapartnerschaft der Sparkassen-Gruppe, die seit Herbst 2009 auch Nationaler Förderer der Olympiabewerbung München 2018 ist. DK

## Tue Gutes mit Deinem alten Handy – entsorge es richtig!

Mobilfunkanbieter verbinden Recycling von Alt-Handys mit einem guten Zweck

Jahr für Jahr steigt die Anzahl der produzierten Elektronikprodukte weiter. Die Absatzmärkte in Europa für Handys, Rechner, Festplatten, MP3-Player und andere Elektronikprodukte wachsen in den Himmel, denn die Produkte bieten bei konstanten Preisen immer mehr Leistung und sind mittlerweile auch einfacher zu bedienen. Der Blick auf das zurückliegende Weihnachtsgeschäft zeigt, dass das Herz der deutschen Konsumenten für IT in allen Facetten schlägt. Die Frage, die sich zwar wenige stellen, aber einige Vertreter von Politik, Wirtschaft und Verbänden dennoch umtreibt, lautet: „Was passiert mit dem Elektroschrott?“

40 Millionen Tonnen Elektrogeräte landen pro Jahr im Abfall - und mit ihnen gigantische Mengen Edelmetalle: Schon 41 Handys enthalten so viel Gold wie eine Tonne Gold-Erz. Eine Tonne hochwertiges Gold enthält rund 5 Gramm des Edelmetalls. Eine Tonne PC-Leiterplatten enthält 250 Gramm Gold.

Nach neuesten Studien des Uno-Umweltprogramms UNEP landen derzeit weltweit 40 Millionen Tonnen Elektronik-Schrott pro Jahr auf dem Müll. Einen erheblichen Anteil daran haben Mobilfunkgeräte.

### Immense Umweltschäden

Leider landet aber nur ein sehr geringer Prozentsatz der Geräte wieder im Recyclingkreislauf. Auch wenn in den letzten Jahren viele Recyclingunternehmen entstanden sind und Politik und Umweltverbände das Bewusstsein schärfen: Nach wie vor landen zu viele wertvolle Rohstoffe auf der Müllkippe und im Hausmüll, wo sie definitiv nicht hingehören. Die daraus resultierenden Schäden für die Umwelt sind immens. Die in Geräten enthaltenen Metalle und Schadstoffe vergiften bei unsachgemäßer Entsorgung Flüsse, Grundwasser und bei Verbrennung entstehende Dämpfe können zu schweren Erkrankungen bis hin zum Tod führen.

### Den Kunden sensibilisieren

Weltweit 15 Prozent der jährlichen Kobalt-Produktion, 13 Prozent des gewonnenen Palladiums und drei Prozent des jährlichen Gold und Silberabbaus werden für die Produktion von Handys verwendet. Der Großteil landet schließlich auf dem Müll oder versauert in den Schubladen von Nutzern, die längst ein neues Gerät in Nutzung haben.

Diesen Umstand wollen die deutschen Netzbetreiber ändern. Durch Recycling-Programme und Aufrufe an die Kunden sensibilisieren sie die Nutzer und tragen

dazu bei, dass mehr Alt-Geräte in den Wiederverwertungs-Kreislauf gelangen. Meist sind die Recyclingaktionen mit einem guten Zweck verbunden. So spendet die E-Plus Gruppe den Erlös der recycelten Altgeräte dem Malteser Hilfsbund. „Wir möchten unsere Kunden auf den Mehrwert des Recyclings aufmerksam machen. Zum einen alte Geräte nachhaltig entsorgen und zum anderen dabei Gutes tun“, so CSR-Manager Martin Reinicke. „Wenn man davon ausgeht, dass jährlich mehrere Millionen Handys in Deutschland verkauft werden, müsste der Rücklauf an Altgeräten ähnlich hoch ausfallen. Doch leider stimmen hier die Relationen nicht“, erläutert Hilmar Möhlmann, Umweltpolizeiter des Unternehmens weiter. Lediglich etwa ein Prozent der ausrangierten Geräte geht zurück an die Recyclingpartner der Mobilfunk-Unternehmen.

### Ungenutzte Handys

Größter Verursacher des Phänomens „Handyschwund“ sind die Nutzer selbst: Fachleute des Bundesverbands für Sekundärstoffe und Entsorgung (BVSE) gehen davon aus, dass bereits genauso viele inaktive Handys in den Schubladen verstauben, wie aktiv in allen vier Mobilfunknetzen Deutschlands genutzt werden. 40 bis 50 Millionen Handys liegen Schätzungen zufolge ungenutzt in Schränken.

Wer aktiv etwas für die Umwelt tun will und ressourcenschonend moderne Technik nutzen möchte, sollte erst einmal in seiner Schublade schauen, was da so schlummert. Wenn dann ein neues Gerät auf der Wunschliste steht, sollte man das alte Handy direkt beim Kauf des neuen im Shop des Netzbetreibers seines Vertrauens abgeben und in den Recyclingkreislauf zurückgeben. Bei allen Netzbetreibern kann man in den Shops sein Gerät inklusive Zubehör entsorgen. Wem das zu umständlich ist, schreibt

eine E-Mail an seinen Netzbetreiber und erhält dafür eine freigegebene Tüte zur Entsorgung: Einfach das Gerät mit Akku und Ladegerät hinein und in den Briefkasten damit. Das alte Handy landet dann direkt bei einem zertifizierten Entsorger.

### Datenmüll

Aber alte Handys und Smartphones sind nicht nur Sondermüll, sondern auch Datenmüll. Die Geräte sind nicht nur Kommunikationsmittel, sondern auch Datenspeicher. Daher ist es mit dem Entfernen der SIM-Karte vor der Entsorgung oft nicht getan. Mobile Endgeräte enthalten im großen Umfang personenbezogene Daten. Dazu gehören nicht nur das Telefonbuch, Adressverzeichnisse, Aufgaben und Kalender. Viele Geräte enthalten auch Browser mit einem Cache,

### Landshuter Umweltmesse:

## Für eine lebenswerte Zukunft

Rundum zufrieden haben sich die Veranstalter der Landshuter Umweltmesse, der größten Fachmesse im Süd-Ost-Bayerischen Raum gezeigt. Insgesamt hätten die Umweltmesse mit ihren mehr als 190 Ausstellern an den vier Tagen mehr als 35.000 Menschen besucht.

Die bereits zum 5. Mal durchgeführte Landshuter Umweltmesse versteht sich als Lernort und will einer breiten Basis ermöglichen, sich Wissen und Kompetenzen anzueignen, die für eine lebenswerte Zukunft und eine positive gesellschaftliche Entwicklung nötig sind. Nicht zuletzt deshalb wurde sie mit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet.

Über 190 Aussteller aus allen Branchen präsentierten in der Sparkassenarena, im Messezelt und am Freigelände innovative Produkte und Dienstleistungen aus den Bereichen Bauen und Wohnen, Natur und Technik, Energie und Mobilität sowie Gesundheit und Ernährung. Die Besucher der Landshuter Umweltmesse erfuhren aus erster Hand den neusten Stand aus allen Bereichen der Umwelttechnik. Schirmherren der diesjährigen Umweltmesse waren Oberbürgermeister Hans Rampf und der ehemalige Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Michael Müller.

### Schlüsselfrage

Angesichts des einsetzenden Klimawandels und zunehmender Versorgungsproblematik bei herkömmlichen Energieträgern wird die Ausgestaltung und Sicherung einer nachhaltigen, umweltverträglichen und finanzierbaren Energieversorgung zu einer zentralen Schlüsselfrage für die Zukunft dieser und nachfolgender Generationen. Wie OB Hans Rampf betonte, „wird das Thema Klimaschutz uns die nächsten Jahrzehnte mit zunehmender Brisanz begleiten und grundlegende Auswirkungen auf unseren Lebensstil und das wirtschaftliche Handeln haben - nicht nur global, sondern ganz konkret auch an unserem Lebens- und Arbeitsmittelpunkt Landshut“.

Die vom Stadtoberhaupt eingesetzte Arbeitsgruppe „EnergieForum“ hat bereits vor rund vier Jahren ein Energiekonzept erarbeitet, das 2007 vom Stadtrat beschlossen wurde. Es beinhaltet ein Bündel an Maßnahmen zur Energieeinsparung, zur Steige-

der besuchte Webseiten speichert, einen E-Mail-Client, gesammelte Fotos und private Dokumente und Listen. Diese Daten sind oft auf Flash-Speichern oder Speicherkarten abgelegt. Daher ist es nicht damit getan, die SIM-Karte zu entnehmen.

### Wichtige Tipps

Dieser Umstand stellt vor allem die Datenschützer von Unternehmen und Verwaltungen vor einige Herausforderungen. Bevor Privatpersonen oder Unternehmen ihre alten Geräte in die Entsorgung geben, sollten folgende Punkte beachtet werden:

- Datenbackup anfertigen
- SIM- und Speicherkarte entnehmen
- Daten der internen Speicher löschen
- Das Betriebssystem oder Spezialsoftware nutzen.

Informationen dazu findet man in der Regel in der Bedienungsanleitung oder auf der Webseite des Herstellers. Wurden alle diese Punkte beachtet, steht einem Recycling der „alten Möhre“ nichts mehr im Wege, und man kann seinen Beitrag zur Entlastung der Umwelt beitragen. □



Messe München  
International

www.ifat.de

## NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DIE UMWELT

ONLINE-REGISTRIERUNG FÜR BESUCHER:  
[www.ifat.de/tickets](http://www.ifat.de/tickets)



WELTLEITMESSE FÜR WASSER-,  
ABWASSER-, ABFALL- UND  
ROHSTOFFWIRTSCHAFT

13.-17. SEPTEMBER 2010  
IN MÜNCHEN

DAS INTERNATIONALE ANGEBOT FÜR  
DIE ABFALL- UND ROHSTOFFWIRTSCHAFT

- Alle Anwendungsfelder, alle Produkte, alle Dienstleistungen
- Technologieführer, Spezialisten und Newcomer aus aller Welt
- Für jede Anwendung und jeden Einsatz die passende Lösung
- Erstklassiges Rahmenprogramm für Information und Networking
- Sehr breites Leistungsspektrum für die Abfall- und Rohstoffwirtschaft

Ausführliche Informationen und Vortragsprogramm unter: [www.ifat.de](http://www.ifat.de)

Nehmen Sie auch an der IFAT CHINA teil.  
Mehr unter: [www.ifat-china.com](http://www.ifat-china.com)

Neue Messe München  
81823 München  
Tel. (+49 89) 9 49 - 1 13 58  
Fax (+49 89) 9 49 - 1 13 59



A WORLD OF ENVIRONMENTAL SOLUTIONS

## Beitritt des Bayerischen Städtetags zur Klima-Allianz

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs OB Hans Schaidinger, und Staatssekretärin Melanie Huml haben den Beitritt des Bayerischen Städtetags zur Klima-Allianz unterzeichnet. Zahlreiche Städte und Gemeinden pflegen bereits eigene Initiativen – vom kommunalen Energiemanagement, Investitionen in erneuerbare Energien bis hin zu Klimakonferenzen und Aktionsprogrammen. Dies sind nur einzelne Aktionsfelder. Schaidinger: „Städte und Gemeinden bekennen sich mit dem Beitritt zur Klima-Allianz zu ihrer Schlüsselrolle bei der Entwicklung und Steuerung von Klimaschutzkonzepten... Klimaschutz braucht einen Schulterschluss zwischen allen politischen Entscheidungsebenen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren“.

Allerdings stellen sich Hürden auf - die erste Hürde ist die Finanzkrise: Die knappen kommunalen Kassen setzen den Bemühungen um Klimaschutz Grenzen. Schaidinger: „Wir brauchen mehr Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden“. Die Staatsregierung hat dem Städtetag zugesagt, sich um die Fortführung der Förderprogramme zur energetischen Sanierung von Gebäuden einzusetzen. Laut Schaidinger ist der Gebäudebestand von Wohngebäuden aus den 50er, 60er und 70er Jahren ein großes „Sorgenkind der städtischen Klimapolitik“. Von 2,8 Millionen Wohngebäuden in Bayern sind derzeit insgesamt 1,8 Millionen energetisch ineffizient. Der Wohnungsbestand würde ein großes Einsparpotenzial bieten; allerdings liegt dieses Potenzial brach. Da der größte Teil der Wohnanlagen in privaten Händen liegt, können Städte und Gemeinden kaum Einfluss nehmen. Damit diese Gebäude saniert werden, müsste der Bund zusätzliche Anreize für die privaten Eigentümer schaffen. □

Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

## Ökoeffizienz und Urban Mining

Müll ist heute zu großen Teilen Energie- und auch Rohstofflieferant. Dazu ist allerdings ein aufwändiges Abfallmanagement erforderlich, in das der Staat regulierend erheblich eingreift. Um sich über neueste technische und rechtliche Entwicklungen zu informieren, kamen knapp 300 Fachleute bei den 11. Bayerischen Abfall- und Deponietagen im Landesamt für Umwelt (LfU) in Augsburg zusammen.

An zwei Tagen standen zahlreiche Fachvorträge auf dem Programm. 14 Unternehmen waren auf einer Begleitausstellung im Foyer vertreten. Veranstaltet wurde die Tagung vom Augsburger Kompetenzzentrum KUMAS gemeinsam mit den Partnern AU Consult GmbH, bifa Umweltinstitut GmbH sowie LfU.

### Abfallhierarchie

Die Abfallwirtschaft steht vor zwei Herausforderungen: der Umsetzung der Europäischen Abfallrahmenrichtlinie in nationales Recht und der obligatorischen Umstellung auf das elektronische Verfahren bei der Überwachung der Entsorgung von gefährlichen Abfällen. Die neue fünfstufige Abfallhierarchie stellt letztlich auf die Ökoeffizienz des jeweiligen Umgangs mit den Abfällen ab. Deshalb wurde am ersten Tag die konkrete Bedeutung der „Ökoeffizienz in der Abfallwirtschaft“ aus der Sicht der kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe und als Steuergröße für Abfallentsorgungsunternehmen vorgestellt und ausführlich diskutiert. Danach stand das elektronische Abfallnachweisverfahren (eANV) bei den Fachbehörden und der Entsorgungsbranche im Fokus der Betrachtungen.

### Neue Leitfäden

Am zweiten Veranstaltungstag wurden die Fachthemen „Deponierückbau/Urban Mining“ und „Verwertung mineralischer Abfälle“ neben den aktuellen Entwicklungen im Deponierecht und der Betrachtung der Deponiesituation in Bayern aufgegriffen. Anschließend wurde die Verwertung von mineralischen Abfällen vor dem Hintergrund der neuen Leitfäden für „Recycling-Baustoffe“ und „Verfüllung von Gruben und Brüchen“ aus Sicht der Verwaltung und bayerischer Verbände beleuchtet und ein Erfahrungsaustausch initiiert.

Zu Beginn der Tagung wies

LfU-Präsident Albert Göttele darauf hin, dass die Abfallwirtschaft die Grundlage für gesunde Arbeits- und Wohnverhältnisse bildet. Eröffnet wurden die Abfall- und Deponietage von Umweltstaatssekretärin Melanie Huml. Sie sprach sich gegen einen Konkurrenzkampf zwischen der Verbrennung und der Rohstoffnutzung aus, da Müllrecycling und thermische Verwertung gleichermaßen geeignet seien, die Emission von klimaschädlichen Treibhausgasen zu vermindern. Ein besonderes Anliegen war der Politikern die zum 1. April anstehende Einführung des elektronischen Nachweises der Entsorgung gefährlicher Abfälle. Huml kündigte an, hier Druck zu machen. Erst 1500 von 5800 in Frage kommende Unternehmen hätten sich dafür registriert.

### Münchener Strategie

„Zu einer ökoeffizienten Abfallwirtschaft gehören nicht nur möglichst hohe Umwelteffekte, sondern auch die effiziente Aufgabenerledigung durch die kommunalen Betriebe“, machte Helmut Schmidt vom Abfallwirtschaftsbetrieb München deutlich. Der Abfallwirtschaftsbetrieb München habe sich dieser Herausforderung gestellt und im Zeitraum April 2008 bis Januar 2009 die mittelfristige Strategie für die Münchner Abfallwirtschaft weiterentwickelt.

### Beitrag zum Gemeinwohl

Mit einer am Citizien Value ausgerichteten Unternehmenssteuerung sei in der Abfallwirtschaftsbranche erstmals eine Nachhaltigkeitsstrategie in einem kommunalen Unternehmen umgesetzt worden. Bei der Entwicklung des Zielsystems wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass der AWM als kommunales Unternehmen nicht in erster Linie auf Steigerung des Unternehmenswertes auszurichten ist, sondern im Bereich der Daseinsvorsorge die Aufgabe hat, einen Beitrag zum Gemeinwohl

zu leisten. „Obwohl wir das Ziel der letzten Bundesregierung, bis zum Jahr 2020 alle Siedlungsabfälle stofflich oder energetisch zu verwerten, bereits vor zehn Jahren realisiert haben, wird die ökoeffiziente Optimierung der Münchner Abfallwirtschaft weiterhin unsere Maxime im AWM bleiben“, stellte Schmidt fest.

### Qualität hat ihren Preis

Für den Präsidenten des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen VBS, Otto Heinz (Heinz GmbH & Co. KG, Moosburg) ist Ökoeffizienz

### bvse Landesverband Bayern:

## Stabil in der Krise

Ganz im Zeichen der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland stand der diesjährige Neujahrsempfang des bvse, der heuer vom Landesverband Bayern in München ausgerichtet wurde. Persönlichkeiten aus dem gesamten Bundesgebiet waren der Einladung gefolgt.

bvse-Landesvorsitzende Christiane Neuhaus bezeichnete das vergangene Jahr als „schwierig“, erwartet aber, dass sich die Unternehmen im neuen Jahr aus der Krise herausarbeiten werden. Es werde sicher nicht „steil bergauf“ gehen, da erhebliche konjunkturelle Risiken vorhanden seien, aber laut Neuhaus „ergeben sich auch wieder neue Chancen und es liegt an uns selbst, diese zu ergreifen und unsere Unternehmen erfolgreich auszurichten“.

### Wichtiger Mittelstand

In ihrer Grundsatzrede verwies Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel darauf, dass gerade auch die mittelständischen Unternehmen der Recycling- und Entsorgungswirtschaft für Deutschland und einen High-Tech-Standard wie Bayern immer wichtiger werden. Der ressourcensparende, technische Fortschritt gehe von der Wirtschaft aus und nicht vom Staat.

Hessel verwies auf den Umstand, „dass der Verbrauch und die Preise von Rohstoffen weltweit schon wieder steigen“. Die natürlichen Rohstoffvorkommen seien vielfach begrenzt. „Unser Rohstoffmanagement muss daher die Sicherung der Rohstoffversorgung mit dem Umweltschutz und

„grundsätzlich der richtige Ansatz“. Es müsse darum gehen, einen hohen ökologischen Standard zu einem wirtschaftlichen Preis darzustellen. Klar sei aber auch: „Qualität hat ihren Preis, gerade auch in der Abfallwirtschaft.“ Wenn das Ziel der Wirtschaftlichkeit seitens der Auftraggeber in eine „Geiz ist geil“-Mentalität ausarte, sei Ökodumping fast schon vorprogrammiert, so Heinz.

### Klare Rahmenbedingungen vonnöten

Effizienz erziele man am besten durch einen Wettbewerb mit klaren Rahmenbedingungen. Eine Fokussierung rein auf die beiden Punkte Wirtschaftlichkeit und Ökologie greife in der Abfallwirtschaft etwas zu kurz. Wichtig seien auch die

Qualität der erbrachten Dienstleistung sowie die Einhaltung gewisser sozialer bzw. tariflicher Mindeststandards. Billiglöhne, die insbesondere in den neuen Bundesländern bislang in der Abfallwirtschaft nicht unüblich waren, sowie die Ersetzung von Stammpersonal durch Leiharbeiter führten häufig zu einer minderen Qualität in der Leistungserbringung und hätten dem Image der gesamten Branche sehr geschadet.

### Deponierückbau

„Urban Mining – Wertstoffgewinnung aus Abfalldeponien“ lautete das Vortragsthema von Dr.-Ing. Matthias Franke und Dr. Mario Mocker, ATZ Entwicklungszentrum, Sulzbach-Rosenberg. Sie kamen zu dem Schluss, dass der Rückbau von Deponien grundsätzlich machbar ist. Allerdings fehlten aus reichend belastbare Daten in nahezu allen Themenfeldern, die für Entscheidungsträger ausschlaggebend sind.

Es wurde empfohlen, auf Basis einer umfassend validierten Datensammlung, ggf. mit Vervollständigung der Daten durch ergänzende Analysen und Messungen, eine Analyse der Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken durchzuführen. Auf dieser Basis könnten Konzeptionen zum Deponierückbau, differenziert nach unterschiedlichen Deponietypen und -sicherheitsstandards, entwickelt werden.

### Altdeponie Marquartstein

Über konkrete Erfahrungen mit dem Rückbau der Altdeponie Marquartstein aus Sicht der Gemeinde berichtete Geschäftsleiter Florian Stephan. Neben den Problemen einer kleinen Gemeinde wie der Einarbeitung in eine relativ unbekannte Rechtsmaterie und der Pflicht, oft hohe Anforderungen der jeweiligen Fachbehörden umsetzen zu müssen, stellte Stephan auch die Auswirkungen für die Gemeinde dar. Dazu zählten die Bindung von erheblicher Arbeitskraft für die zeitintensive Einarbeitung und Umsetzung, insbesondere wegen eines hohen Koordinierungsbedarfs schon im Vorfeld der Maßnahmen (zielgerichtete Vorkundungen und Sanierungsplanung) und während der Ausführung (Beispiel: wöchentliche Jour-Fixe-Teilnahme inklusive der daraus sich ergebenden Aufgaben).

Zudem fehle die Arbeitskraft nicht nur bei anderen Projekten und Maßnahmen, sondern bereits im laufenden Geschäft. Last but not least entstünden trotz der fast deckenden Förderung hohe personelle Kosten

In seinem Ausblick zeigte sich der Hauptgeschäftsführer vorsichtig optimistisch, dass die Branche das Schlimmste überstanden habe. Die Krise sei jedoch noch nicht vorbei. Der bvse habe sich im vergangenen Jahr „gut geschlagen“. Der Verband stehe äußerst stabil da und habe sich inzwischen zum mitgliederstärksten Verband der Branche entwickelt.

### Politische Aufgaben

Mit Blick auf wichtige politische Aufgaben nannte Rehbock abschließend die Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, die Neuordnung der Verpackungsentorgung in Deutschland und zudem auf europäischem Parkett den End-of-Waste-Prozess für Schrotte und Altpapier sowie die Beratungen zur neuen WEEE-Richtlinie. Er versprach, dass der bvse die Interessen seiner Mitglieder auch 2010 mit der gewohnten Zuverlässigkeit und Durchschlagskraft vertreten werde. **DO**

durch die Bindung von Arbeitskraft.

### Mineralische Abfälle

Mit der Verwertung mineralischer Abfälle in Bayern aus Sicht des LfU beschäftigte sich schließlich Christian Daehn. Allein in Bayern fallen Daehn zufolge jährlich ca. 40 Mio. Tonnen mineralische Abfälle aus dem Baubereich an. Dabei handelt es sich zu knapp drei Vierteln (28 Mio. Tonnen) um Bodenaushub. Der Anteil des Bauschutts (8 Mio. Tonnen) macht ca. ein Fünftel aus. Außerdem fallen jährlich noch ca. 3 Mio. Tonnen Straßenaufbruch an.

Verglichen mit rund 6,3 Mio. Tonnen Hausmüll und 3,1 Mio. Tonnen Sonderabfällen machten die „mineralischen Abfälle“ somit den Löwenanteil des bayerischen Abfallaufkommens aus. Bei den Mengen sei es verständlich, dass hierfür wirtschaftliche Möglichkeiten für die Verwertung oder Entsorgung gefragt sind, die aber auch nicht zu Beeinträchtigungen der Umwelt führen dürften, bemerkte Daehn.

### Mögliche Engpässe

Insbesondere beim Bauschutt und Straßenaufbruch gebe es Möglichkeiten für ein Recycling, d. h. eine erneute Verwendung, wodurch Neumaterial ersetzt und Rohstoffe eingespart werden können. Eine weitere Möglichkeit der Verwertung sei die Verfüllung von Gruben, Brüchen und Tagebauen, für die 2001 im Umweltpakt Bayern Eckpunkte vereinbart worden seien.

Zusammenfassend stellte Daehn deshalb fest, „dass die Entsorgung der anfallenden gering belasteten mineralischen Abfälle aus dem Baubereich solange als gesichert angesehen werden kann, solange die derzeitigen Wege für Verwertung und Beseitigung weiterhin zur Verfügung stehen. Sollte es allerdings zu Einschränkungen bei der Verwertung in technischen Bauwerken und der Verfüllung von Gruben und Brüchen kommen, könnten schon recht kurzfristig zumindest regionale Engpässe auftreten.“

### Schutz des Grundwassers berücksichtigen

Es bleibe zu hoffen, „dass bald Klarheit über die künftigen rechtlichen Regelungen herrscht, damit sich alle Beteiligten darauf einstellen können“, betonte Daehn. Aus abfallwirtschaftlicher Sicht sollten die bisherigen Möglichkeiten für die Verwertung mineralischer Abfälle aus dem Baubereich künftig nicht zu stark eingeschränkt werden. Selbstverständlich müsse der Schutz des Grundwassers angemessen berücksichtigt werden. **DK**

### Asbestmülldeponie genehmigt

Die Regierung von Oberbayern hat die Betriebsgenehmigung für eine Asbestmüll-Deponie in Bruck im Landkreis Altötting erlassen. Das Chemie-Unternehmen InfraServ kann damit nun wie beantragt 50.000 Kubikmeter des früher zu Brandschutz-Zwecken verbauten krebserregenden Materials einlagern.

Einer Prognose des Unternehmens zufolge ist damit die Entsorgung von Asbest für rund 30 Jahre gewährleistet. Danach dürften demnach nur noch geringe Mengen an Asbestmüll anfallen, weil der Stoff nicht mehr verwendet wird. **KI**

### Ingolstadt:

## Vergären vor Kompostieren

Unter dem Motto „Vergären vor Kompostieren“ errichten die Ingolstädter Kommunalbetriebe eine Anlage zur energetischen Aufbereitung von Bioabfall. Dafür wird eine eigene Gesellschaft, die BioIN GmbH gegründet, die im Rahmen einer öffentlich-privaten Zusammenarbeit zwischen den Kommunalbetrieben und einem Entsorgungsunternehmen aus Ingolstadt den Betrieb organisieren wird.

Zur Zeit wird der anfallende Hausmüll im Stadtgebiet über ein flächendeckendes Drei-Tonnen-System gesammelt. Mit den serviceorientierten Abfallsystemen, ergänzt um die Abfallsammelstellen, hat Ingolstadt die niedrigste Restmüllquote unter den bayerischen Großstädten erreicht.

### Getrennte Erfassung auch von Biomüll

Neben Papierabfall und Restmüll wird Biomüll getrennt erfasst und von den Kommunalbetrieben eingesammelt. Gartenabfälle können zusätzlich an zwei Annahmestellen angeliefert werden. Auch im Bereich des Gartenamtes entsteht Biomasse. In Ingolstadt fallen so

insgesamt rund 18.000 Jahrestonnen an. Diese wurden bisher kompostiert und als Kompost weiter verwertet. Der Inhalt an regenerativer Energie dieses Rohstoffes Bioabfall blieb bisher ungenutzt.

### Reduzierung des CO2-Ausstoßes

Die neue Bioverwertungsanlage ändert dies. Etwa die Hälfte der Menge des bei der Vergärung entstehenden Biogases kann in brennbares Gas umgesetzt und zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt werden. Durch die Umstellung auf die Vergärungstechnologie und dem damit erzeugten elektrischen und thermischen Ertrag können aus dem Ingolstädter Biomengenau-

kommen rund 250 Einfamilienhäuser mit Energie versorgt werden. Mit der neuen Bioverwertungsanlage werden 3.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr eingespart.

Insgesamt ergeben sich dadurch Kosteneinsparungen in Höhe von rund 834.000 Euro pro Jahr; diese werden auch in die Abfallgebühren eingerechnet, die die Ingolstädter Bürger zahlen.

### Dem ehrgeizigen Ziel ein Stück näher gekommen

Die Ingolstädter Kommunalbetriebe als Tochterunternehmen der Stadt stärken mit der Bioverwertungsanlage langfristig die Versorgungssicherheit in Ingolstadt und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz.

Die Stadt realisiert damit erneut ein Projekt, das sie den Zielen aus ihrem 20-Punkte-Programm zur Minderung des CO2-Ausstoßes näher bringt. **DK**



Staatssekretärin Katja Hessel. □

Absatz seien regelrecht abgestürzt. Am schlimmsten betroffen sei die Exportwirtschaft gewesen. Andere Bereiche seien glimpflicher davon gekommen. Dazu gehörte auch der Markt für Entsorgung und Sekundärrohstoffe. Der massive Produktionsrückgang sei aber auch hier nicht ohne Folgen geblieben.

Katja Hessel zeigte sich erfreut darüber, dass die Wirtschaftspolitik im Bund und in Bayern schnell, energisch und wirksam Maßnahmen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise ergriffen habe. Die Konjunkturpakete auf Bundesebene, das bayerische Investitionsbeschleunigungsprogramm sowie der Mittelstandsschirm seien wichtige geld- und fiskalpolitische Impulse zur richtigen Zeit gewesen.

### Eindeutiges Plädoyer

bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock begrüßte das „eindeutige Plädoyer“ der Staatssekretärin. Gerade auch der finanzielle Schutzschild werde den mittelständischen Unternehmen im laufenden Jahr eine wichtige Unterstützung sein.

In seinem Rückblick auf das vergangene Jahr hob Rehbock die intensiven Gespräche und die Zusammenarbeit zwischen seinem Verband und dem Freistaat Bayern hervor: „Dieser fachliche Austausch ist dem bvse sehr wichtig.“

Innenminister Herrmann:

## Vorrang für die Sicherheit

Massive Katastrophenschutz-Investitionen in den nächsten zehn Jahren  
Innenminister übergibt 48 Krankentransportwagen an die Hilfsorganisationen

„Normale Zeiten“ wird es im Bevölkerungsschutz nach Meinung der Experten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht mehr geben. Verantwortlich hierfür ist der drohende Anstieg dramatischer Schadensereignisse. Wie sehen die Gefahren aus? Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels und der damit einhergehenden Wetterextreme könnten zunehmen; die Globalisierung und die damit verbundene hohe Mobilität lässt die Wahrscheinlichkeit von Epidemien steigen; es drohen Anschläge auf unsere Sicherheit.

Um den erreichten hohen Sicherheitsstandard halten zu können, sind große Anstrengungen erforderlich. Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb – beginnend mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 – für die nächsten 10 Jahre ein Bayerisches Investitionsprogramm für den Katastrophenschutz mit einem Gesamtvolumen von 40 Mio. beschlossen.

### Gewaltige Herausforderung

Aus diesem Programm finanzierte das Bayerische Innenministerium nunmehr 30 hochmoderne Krankentransportwagen für den Katastrophenschutz, der Bund stellte darüber hinaus weitere 18 baugleiche Fahrzeuge zur Verfügung. „Wir stehen angesichts bestehender und zukünftiger Bedrohungsszenarien vor gewaltigen Herausforderungen. Vom bayerischen Selbstverständnis her ist Sicherheit ein eminent wichtiges Gut und hat für mich auch in Zeiten knapper Kassen oberste Priorität!“ bekräftigte Innenminister Joachim Herrmann bei der Übergabe der ins-

gesamt 48 Fahrzeuge an die bayerischen Hilfsorganisationen am 20. März 2010 in Eichstätt.

Die für die Beschaffung der Fahrzeuge zur Verfügung gestellten Mittel von mehr 2,5 Millionen Euro bedeuten die größte Einzelinvestition im Katastrophenschutz in den letzten Jahrzehnten und ist Bestandteil der gezielten Abwehrstrategie gegenüber den aktuellen Bedrohungslagen. Die Fahrzeuge sind in die tägliche Arbeit der Schnelleinsatzgruppen und im Sanitätsdienst eingebunden. Mit an Bord sind alle medizinischen Komponenten für lebensrettende Maßnahmen; bei einem großen Schadensereignis mit einer Vielzahl von Verletzten gewährleistet diese Flotte effiziente Hilfe und den schnellstmöglichen Abtransport in umliegende Krankenhäuser.

### Gezielter Ausbau

Im Rahmen eines Festaktes wurden die Krankentransportwagen von den bayerischen Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Bayerisches Rotes Kreuz,

Johanniter-Unfallhilfe und Maltesser Hilfsdienst offiziell in Empfang genommen. „Wir verstehen die Beschaffung der Fahrzeuge bewusst nicht nur als „gute Tat“ gegenüber den bedachten Hilfsorganisationen, sondern als gezielten Ausbau der Leistungsfähigkeit und Stärkung unserer gesamten bayerischen Gefahrenabwehr,“ betonte Innenminister Joachim Herrmann im Beisein der Spitzen der bayerischen Hilfsorganisationen und führender Repräsentanten von Feuerwehr, THW, Bundeswehr und Polizei vor den über 240 Teilnehmern.

Bayern verfügt in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr über mehr als 470.000 Einsatzkräfte.



Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei der Übergabe von 46 Krankentransportwagen in Eichstätt.

Davon ist der überwiegende Teil, nämlich rund 440.000 Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtlich tätig.

### Hohe Ehrenamtsquote als integrative Kraft

Innenminister Herrmann bekräftigte zum Abschluss der Veranstaltung: „Kein anderes Land der Bundesrepublik kann eine ähnlich hohe Ehrenamtsquote vorweisen, kein anderes Land kann diese integrative Kraft für die Gesellschaft erreichen. Das gehört zur Identität und zum Zusammengehörigkeitsgefühl in Bayern. Mitmenschliche Solidarität und ehrenamtlicher Einsatz für die Allgemeinheit müssen weiterhin einen festen Platz in unserer Gesellschaft einnehmen. Dies zu erhalten und möglichst auszubauen, sehe ich als eine unserer wichtigsten Aufgaben an. Dafür werde ich mich persönlich auch in Zukunft mit aller Kraft einsetzen.“

Smart Center München:

## Feuerwehr-Unimog U20 und smart fortwo für die öffentliche Hand

Am 8. April von 9 bis 18 Uhr präsentiert das smart Center München (Landsberger Straße 382) die Feuerwehrpremiere für den Unimog U 20 sowie den smart fortwo für die öffentliche Hand.

Besucher können dort die smart und Unimog Spezialfahrzeuge erleben, – jeweils angepasst auf ihre Mobilitätsanforderungen. Das smart Center München stellt die praktischen und umweltbewussten Spezialfahrzeuge aus der Nähe vor. Ob mit Blaulicht im Polizeieinsatz, signalrot im Dienst der Feuerwehr, ob als gelb-schwarz kariertes Followme an Flughäfen, als wendiges Abfallsammelfahrzeug in orange oder als Fahrzeug für das Ordnungsamts - smart bietet mit dem

### Förderfähiges Fahrzeug

Die Henne-Unimog GmbH, Heimstetten feiert außerdem die Feuerwehrpremiere mit dem Unimog U 20. Der kompakte, geländegängige und wendige Feuerwehr-Unimog U 20 erfüllt DIN 14530-18 und ist damit förderfähig durch Landesmittel je nach Bundesland für Freiwillige Feuerwehren.

## Beuthauser auf der bauma

Die Unternehmensgruppe aus Passau ist auf der bauma 2010 wieder mit einem eigenem Stand vertreten.

Die Spezialisten im Handel, in der Vermietung und beim Service von hochwertigen Investitionsgütern mit großem Angebot besonders auch im Bereich der Kommunaltechnik (Unimog, Liebherr, Linde u.a.) finden sich dort auf dem Freigelände im Block 803A.

ermöglicht damit eine einfache Befüllung von Großcontainern. Der bei Richter eingesetzte Container fasst 36 Kubikmeter und wird von einem Tandem-Hakenlift-Fahrgestell „agroliner“ der Firma Kröger aufgenommen und von dem Unimog an seinen Bestimmungsort gebracht. Der komplette Zug kann somit 54 Kubikmeter Häckselgut oder ein Gesamtfassungsvermögen von 17 t pro Fuhre bewältigen. Pro

Hackschnitzeln beim Großhacker eingesetzt, wenn der Hacker auf beengten Baustellen und in schwierigem Gelände nicht direkt mit dem Lkw angefahren werden kann.

Da punktet der Unimog durch seine Kompaktheit und Wendigkeit und eignet sich durch permanenten Allradantrieb und Differenzialsperrern ideal für den Einsatz im schwierigen Terrain. Das Ergebnis dieser wirtschaftlichen und fahr-



Der U 500 kann im Soloeinsatz Äste und Baumstämme verarbeiten und das Häckselgut direkt in den Container blasen.

Jahr dürften es gut und gern ca. 50.000 Kubikmeter Häckselgut sein, die von der Firma Richter transportiert werden.

### Wendig und kompakt

Der Hochkipper auf dem Mercedes-Benz Unimog U 500 wird außerdem zum Abfahren von

zeugseitig zuverlässigen Gesamtlösung kann sich sehen lassen und ist von Kundenvertrauen geprägt: Ende August dieses Jahres wurde vom Generalvertreter Henne-Unimog GmbH in Wiedemar der zweite Mercedes-Benz Unimog U 500 für die speziellen Einsätze der Dieter Richter Holzschnitzelproduktion ausgeliefert.

Unimog U 500:

## Neuartiges Konzept für den Hackschnitzel-Transport

Die Holzwaren- und Spielzeugherstellung aus dem natürlichen Werkstoff Holz ist seit Jahrhunderten eine wichtige Erwerbsquelle im Erzgebirge. Für die Firma Dieter Richter Hackschnitzelproduktion in Adorf bei Chemnitz hat der Holzreichtum des Landes eine andere Erwerbsquelle erschlossen: Das Unternehmen ist heute ein starker Partner für Baumpflege, Baumfäll- und Rodungsarbeiten sowie die Erzeugung von Holz-Hackschnitzeln, die mit zunehmender Tendenz vor allem an regionale Heizkraftwerke geliefert werden.

Das Erzgebirge erstreckt sich von der Elbe bis fast an die Grenze Nordbayerns. Die Staatsgrenze zwischen Deutschland (Sachsen) und Tschechien (Böhmen) verläuft nördlich der Kammlinie. Ein insgesamt 6.000 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem sich auf deutscher Seite die Firma Dieter Richter Hackschnitzelproduktion als viel ge-

fragter Spezialist etabliert hat.

### Gezielte Investition

Die Aufgabenstellungen reichen vom Häckselgeschäft über Graben- und Bankettmahd, Stubbenfräsen bis hin zum Winterdienst. Auch gelegentliche Unterhaltsarbeiten mit dem 2-Wege-Unimog gehören zu den

Einsatzgebieten von Richter. Das erfordert einen entsprechenden Maschinenpark, in den das Unternehmen seit der Firmengründung im Jahr 1990 permanent und gezielt investiert hat. Heute sind neben Lastwagen und Traktoren insgesamt neun Mercedes Benz Unimog das Rückgrat des Spezialfuhrparks bei Richter. Die Fahrzeuge werden je nach Einsatz mit Holz-häckslern, ferngesteuerter Heckseilwinde, Stubbenfräse zum Entfernen von Baumstümpfen, Auslegermähergerät, Erdbohrer oder Arbeitsbühne (bis 12 m Höhe) versehen. Die Chemnitzer Firma hat ein neuartiges Konzept zur Herstellung und Trans-

port von Hackschnitzeln entwickelt, mit dem die Arbeitsabläufe beträchtlich optimiert werden konnten.

### Keine Zwischenschritte mehr nötig

Im Mittelpunkt steht ein Unimog U 500 mit einer Nutzlast von 5,2 t. Die Vorteile dieser Fahrzeug-Geräte-Konfiguration liegen auf der Hand: Die Zapfwelle mit einer Leistung von bis zu 150 kW treibt den frontseitig angebaute leistungsstarke Schliesing-Fronthäcksler für Stämme bis 26 cm Durchmesser an. Das Häckselgut kann über das Fahrerhaus hinweg direkt in den eigens vom Chemnitzer Unternehmen Huber Fahrzeugbau entwickelten Hochkipperbehälter mit 18 Kubikmeter Fassungsvermögen geblasen werden. Jede Art von Zwischenschritt für Beladungsvorgänge entfällt damit.

Der Behälter kann anschließend hochentleert werden und

Eine Marke der Daimler AG



## Der Unimog. Einer für alles.

Mehr Wirtschaftlichkeit im Ganzjahreseinsatz.

Ob mähen, räumen, streuen, fräsen, reinigen oder transportieren, ob im Sommer oder im Winter: Der Mercedes-Benz Unimog ist 365 Tage im Jahr flexibel einsetzbar. Mit bis zu vier An- und Aufbauräumen und Schnellwechselsystem sind Anbaugeräte schnell und einfach ausgetauscht. Dabei ist der Unimog äußerst verbrauchsgünstig unterwegs. Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: [www.mercedes-benz.de/unimog](http://www.mercedes-benz.de/unimog)

Besuchen Sie Beuthauser-Bassewitz auf der BAUMA vom 19.04. – 25.04.2010 Stand 803A/2 Freigelände.

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: [verkauf.unimog@bassewitz.de](mailto:verkauf.unimog@bassewitz.de), Internet: [www.bassewitz.de](http://www.bassewitz.de)

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: [henne-unimog.hst@daimler.com](mailto:henne-unimog.hst@daimler.com), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Str. 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Str. 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

bauma 2010 in München:

## Weltpremieren und Superlativen

Vom 19. bis 25. April 2010 lädt die bauma, die Weltleitmesse für Baumaschinen, Baustoffmaschinen, Bergbaumaschinen, Baufahrzeuge und Baugeräte auf das Münchner Messegelände ein. Mit einer neuen Höchstmarke von 555.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche und mehr als 3.000 Ausstellern aus aller Welt wird die bevorstehende bauma größer und mächtiger denn je sein.

Unter den angekündigten Exponaten sind viele Weltpremieren und Schwerstexponate, die es in der Fülle nur alle drei Jahre in München zu bestaunen gibt. Erwartet werden rund 6.000 LKWs, um Standbauten und Ausstellungsstücke pünktlich anzuliefern. Dabei sind manche Riesensexponate bei der Anlieferung in Teile zerlegt. Sie werden stückweise auf das Gelände transportiert und dann vor Ort erst montiert.

### Einzigartige Aufbauphase

Wie bauma-Projektleiter Georg Moller erläutert, „freuen wir uns trotz des logistischen Aufwands, der speziell auf unser Technikteam und unsere Verkehrskoordination zukommt, auf diese einzigartige Aufbauphase zur bauma“. Mit jedem Tag fülle sich das Gelände mehr und mehr. Dabei sind vor allem die Schwerstexponate bereits seit Wochen auf Reisen, teils mit Schiffen oder der Bahn, bevor Sie nun das letzte Stück zum Messegelände auf einem LKW transportiert werden.

Maßstäbe im schweren Baustelleneinsatz - mit Robustheit, Geländegängigkeit und Vielseitigkeit, mit beeindruckender Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit - setzt der neue Actros Dreiseitenkipper von Mercedes-Benz, der damit nahtlos an die Actros-Erfolgsgeschichte anknüpft. Vom optimierten Pendel-einstieg über das neu gestaltete Kombiinstrument und die direktere Lenkung bis hin zum optional erhältlichen Regen- und Lichtsensor: Der Actros wird auf der Messe zeigen, was ein Fahrerhaus dazu beitragen kann, den Anforderungen im schweren Einsatz noch besser gerecht zu werden.

Mit seinen sparsamen, zuverlässigen und durchzugsstarken

BlueTec®-Motoren und perfekt auf die jeweilige Transportaufgabe abgestimmten Antriebsstrangkonfigurationen lässt der Actros auch bei der Wirtschaftlichkeit keine Wünsche offen.

### Innovative Lösungen

Wie lässt sich der Schadstoffausstoß von Baggern, Straßenwalzen und Flurförderzeugen nachhaltig senken? Diese Frage steht im Mittelpunkt der diesjährigen Fachmesse. Ab 2011 treten stufenweise neue Emissionsgesetzregelungen für mobile

Maschinen in Europa und den USA in Kraft, die von Motoren- und Maschinenherstellern Maßnahmen zur erheblichen Reduzierung umwelt- und gesundheitsschädlicher Partikel sowie von Stickoxiden fordern. Gleichzeitig folgt auch die Baubranche, getrieben von wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten, dem Trend zu mehr Energieeffizienz und umweltfreundlichen Antrieben. Die bauma wird hier eine Fülle innovativer Lösungen für die unterschiedlichsten Anwendungsgebiete präsentieren.

[www.der-flexible-Raum.de](http://www.der-flexible-Raum.de)

Container · Raummodule · Hallensysteme

Ieski Sxg 15 H mit Technikfeatures der Profiklasse:

## Der Rasentraktor für die ambitionierte Grünpflege

Neue Anbauoptionen für den Kehr- und Winterdienst

Der Sxg 15 Rasentraktor startet in die Grünpflege-Saison 2010. Neben seiner Domäne als Qualitäts-Mähtraktor bieten zahlreiche Anbauoptionen eine Grundlage zur ganzjährigen Nutzung und damit Amortisation.

Der genügsame dieselbetriebene Mähtraktor mit 11 kw/15 PS Leistung bedient sich hierbei vielfach technischer Features aus der Profi-Klasse. Sein dementsprechend austariertes Leistungsprofil erfüllt sowohl semi-professionelle als auch privat ambitionierte Anforderungen in der Flächenpflege.

### Hydrostatantrieb

Der Traktor verfügt über einen stufenlosen Hydrostatantrieb. Mit zwei ergonomischen Handhebeln bestimmt der Fahrer die Motordrehzahl und schaltet den Mähwerksantrieb zu oder ab. Der Wechsel von Vorwärts- auf Rückwärtsfahrt erfolgt kupplungsfrei durch einfachen Pedalwechsel.

Bereits in der flüchtigen Ansicht wird seine technische Verwandtschaft zu den vielfach ausgezeichneten Modellvertretern der Ieski Sxg 19/22 Baureihe deutlich. Ein Blick unter das azurblau lackierte Chassis bestätigt die visuelle Wirkung. Der Mähwerksantrieb für das gegenläufig arbeitende 2-Messer-Mähwerk mit 102 cm Arbeitsbreite erfolgt über Gelenkwelle und Winkelgetriebe. Einen Keilriemen gibt es nicht. Davon profitiert der qualitätsorientierte Anwender durch extreme Haltbarkeit bei minimalem Wartungsaufwand.

### Hebelsteuerung

Abgerundet wird seine Ausstattung mit einer Reihe nützlicher

Die Humanisierung des Arbeitsumfelds und die Verbesserung der Sicherheit sind Themen, die sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen Bereiche der Baubranche ziehen. Für sichere und effiziente Abbrucharbeiten in beengten und gefährlichen Arbeitsbereichen hat eine finnische Firma einen ferngesteuerten, elektrischen Abbruch-Roboter konstruiert.

Die Computer gestützte Fernsteuerung funktioniert bis in Entfernungen von 300 Metern. In sicherem Abstand ist der Bediener vor herabfallendem Schutt oder gefährlichen Stäuben geschützt. Das Roboterfahrzeug kann mit unterschiedlichen Anbaugeräten, wie Hämmern, Brechern, Scheidem, Greifern oder Schaufeln ausgerüstet werden. Angetrieben wird die Maschine von einem Elektromotor, was den emissionsfreien Betrieb in Innenbereichen ermöglicht. **DK**

als auch angenehmer Details. Er verfügt serienmäßig über Arbeitsscheinwerfer, Sitz-Sicherheitsschalter, Betriebsstundenzähler, einen nahezu unverstopfbaren Auswurfkanal (26 x 37 cm) und die bequeme Entleerungsmöglichkeit des 380 Liter fassenden Grasfangbehälters über eine Hebelsteuerung vom Fahrersitz.

### Bedarfsgerechte Nutzbarkeit

Mit seinen überzeugenden Resultaten in der Grünpflege steht der Sxg 15 noch längst nicht am Ende seiner Einsatzmöglichkeiten. Er ist vielseitig und bedarfsgerecht nutzbar; Zum Kehren von Laub und Unrat oder zum Schneeräumen an herausfordernden Wintertagen. Und daher optional mit Prallblech, Frontkehrmaschine, Schneeschild, einem Schmutzsammelbehälter

## Hilfe für Helfer - eine Geste der Solidarität

Initiative des Landesfeuerwehrverbandes Bayern für verunglückte Feuerwehrmänner und -frauen

Ein 125-jähriges Gründungsjubiläum ist für eine Freiwillige Feuerwehr eine herausragende Veranstaltung. Der ganze Ort ist auf den Beinen, Paten- und Gastvereine feiern mit, Ehrungen und Gedenken finden statt und viele Gäste aus nah und fern werden - wie es in Bayern der Brauch ist - zum gemütlichen Beisammensein erwartet. Gefeierte wird ein Fest, bei dem jeder glücklich ist.

So wird es sicherlich auch in Wintershof (Landkreis Eichstätt) sein, wo die Freiwillige Feuerwehr vom 03.06 bis zum 06.06.2010 ihr 125-jähriges Gründungsjubiläum im angemessenen Rahmen begeht.

Und doch hat sich die Wintershofer Wehr mit ihren Patenverein, der Freiwilligen Feuerwehr aus Pollenfeld, darüber hinaus etwas Besonderes einfallen lassen. Beide Wehren waren sich schnell einig, kein teures Patengeschenk auszutauschen. Vielmehr sammeln sie für das Spendenkonto „Hilfe für Helfer“ des Landesfeuerwehrverbandes Bayern 500 Euro - was für eine tolle Geste. Der

Erlös des Sonderkontos kommt verunfallten und geschädigten Feuerwehrdienstleistenden und deren Familien zu Gute.

Als positives Zeichen der Solidarität für verunfallte Kolleginnen und Kollegen übergaben die Vorstände und Kommandanten der Feuerwehren aus Wintershof und Pollenfeld stellvertretend für ihre Mannschaften bereits im Vorfeld im Beisein des Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes, Alfons Weinzierl, (im Bild vierter von links) und der stv. Eichstätter Landrätin Tanja Schorer-Dremel einen symbolischen Scheck an Innenminister Joachim Herrmann. **□**



Der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes, Alfons Weinzierl, (viertel von links) und die stv. Eichstätter Landrätin Tanja Schorer-Dremel (Mitte) bei der Übergabe eines symbolischen Schecks an Innenminister Joachim Herrmann (vierter von rechts). **□**

oder Kastenstreuer aufrüstbar. Die Montage aller Anbaugeräte erfolgt so simpel wie fix über ein robustes Schnellwechselsy-

15 und erfüllen mit der Grundmaschine und entsprechenden Anbaugeräten ihre Verkehrssicherungspflichten im Rahmen



Der Ieski Sxg 15 H Rasentraktor. Foto: Ieski-Maschinen GmbH

stem. Alles in allem Faktoren, mit denen er auch wachsendes Interesse bei Privatanwendern erntet.

### Servo-Version

Eigentümer- oder Siedlungsgemeinschaften investieren zum Beispiel zusammen in einen Sxg

der Unterhaltung von Privatstraßen oder gemeinschaftlich genutzten Grünflächen.

Die Servo-Version (Sxg 15 H Servo) bietet dem Nutzer darüber hinaus auf Knopfdruck die Möglichkeit der elektrohydraulischen Entleerung des Mähguts. **Weitere Informationen unter: [www.ieski.de/sxg15](http://www.ieski.de/sxg15)** **□**

Fendt Vario –  
Stufenlos von  
70 bis 360 PS



Mähen und Pflegen

Gehölze und Forst

Bau und Transport

Winterdienst

## Für jeden Einsatz...



## ... Fendt Vario.

Gold für den 200 Vario V/F/P auf der demopark 2009.

Egal in welchem Einsatzbereich - der Fendt Vario mit stufenlosem Getriebe bietet höchste Vielseitigkeit und Effizienz über das ganze Jahr. Und das macht die 365-Tage-Maschine so wirtschaftlich.

Für den kommunalen Einsatz ist der mit Gold prämierte 200 Vario V/F/P Ihr idealer Partner, der durch seine exzellente Arbeitsqualität begeistert.

Mehr über das Fendt Vario-Programm auf [www.fendt-isu.com](http://www.fendt-isu.com).

Besuchen Sie Fendt auf der bauma am 19. - 25. 4. in München Halle B4, Stand 303

**FENDT**

AGCO GmbH - Fendt-Marketing - 87616 Marktobberdorf  
Telefax 08342 / 77684 - [www.fendt-isu.com](http://www.fendt-isu.com)

smart urban stage:

## Die Zukunft der Stadt

smart startet internationale Plattform zur Zukunft urbanen Lebens

Der smart fortwo gehört zum Bild moderner Städte und prägt ihren Wandel mit. Neue Technologien und ökologische Rahmenbedingungen beeinflussen die Zukunft des urbanen Raumes und damit auch unser Leben in der Stadt. Dies greift die Automobilmарke smart auf und lädt unter dem Thema „Zukunft der Stadt“ zum Austausch und Dialog in sechs europäischen Metropolen ein. Auf der temporären Ausstellungs-Plattform „smart urban stage“ zeigt smart zukunftsweisende Projekte. Zu den Stationen der „smart urban stage“ zählen in den nächsten zwölf Monaten die Metropolen Berlin, Rom, Zürich, Paris, Madrid und London. **□**

## Straßeninstandhaltung:

# Nachhaltige Sanierung von Schäden in Asphaltdecken

Gerätetechnik und Material von Grün

Der strenge Winter hat unsere Straßen stark geschädigt. Risse, Netzrisse, Frostaufbrüche und Schlaglöcher sind überall zu finden. In den vergangenen Jahren unterlassene oder mangelhaft ausgeführte Reparaturen rächen sich und haben zu massiven Schäden geführt. Leider fehlen in der Regel die Mittel um eine Komplettsanierung und nachhaltige Reparaturen vorzunehmen. Initiativen von Bauhöfen und Straßenmeistereien sind daher gefragt.

Die Grün GmbH Spezialmaschinenfabrik, ansässig in Wilsdorf-Niederdielfen hat innovative Entwicklungen betrieben und bietet passende, komplette Problemlösungen in bezahlbarem Rahmen an.

## Warmverfahren

Als nachhaltig bei Reparaturen hat sich im Warmverfahren das

sogenannte Rückformen des Asphalt bewährt. Als Rückformen wird das Bearbeiten der Asphaltdecke durch schonendes Aufheizen, Auflockern, Mischen und Wiedereinbau bezeichnet. Dieses Verfahren ist seit vielen Jahren im Bereich der Sanierung von offenen Nähten bewährt und wird bis dato zumeist mit Großgeräten bei entsprechend großen Baulosen eingesetzt. Kleinflächige Repara-

turen waren wirtschaftlich nicht durchführbar.

## Eigenreparaturen

Die Fa. Grün hat mit dem mit Propangas betriebenen Mini-Heißluft-Replaster erstmals ein wirtschaftliches Heizgerät für den kommunalen Bereich entwickelt. Das Gerät ist leicht, unkompliziert, leicht zu bedienen und von daher sehr gut für Bauhöfe und Straßenmeistereien und deren Eigenreparaturen geeignet. Der Replaster heizt die Asphaltfläche innerhalb kurzer Zeit soweit auf, dass die nachfolgenden Arbeitsschritte begonnen werden kön-

nen. Durch die spezielle Brenntechnik und die Möglichkeit, die Temperatur der Asphaltfläche zu kontrollieren wird eine Beschädigung des Asphalts vermieden. Alternativ werden Infrarot-Replaster angeboten, die optional mit einer Temperatursteuerung ausgestattet werden können. Nach dem Aufheizen wird der Asphalt aufgelockert und schadhafte Material sowie Schmutz entfernt. Bei Netzrisssanierungen wird das systemerprobte Ergänzungsmischgut Red Heat zugegeben und untergemischt. Bei Schlaglöchersanierungen wird bereits während der Aufwärmphase der zu verfüllende Reparaturspalt in einem speziell dafür entwickelten Propangas-Kocher aufgewärmt und in die aufgeheizte Schadhafte verfüllt.

## Verdichtung

Nach nochmaligem kurzem Aufheizen erfolgt die Verdichtung des Asphalts mit einer leichten Rüttelplatte unter Zugabe von Wasser. Verfahrensbedingt ist keine spezielle Nahtbehandlung erforderlich. Die sanierte Schadstelle fügt sich in den angrenzenden Belag optimal ein.

Weiterhin wird für die Sanierung von Rissen in Asphaltdecken sinnvolle Gerätetechnik angeboten. Mit den leichten, handlichen Scheibenrissfräsen werden die Risse im Trockenschnittverfahren mit Diamantfräskreisläufen und wahlweise mit Fahrtrieb aufgeweitet. Der entstehende Staub wird durch eine Absaugung aufgenommen.

Der Heißluftplanzenbrenner arbeitet mit Propanflüssiggas und Druckluft, die durch einen Kompressor zugeführt wird. Aus der Öffnung des Heißlufttrichters tritt nur Heißluft zum Anschmelzen



Ein Spezialgerät zur Asphaltanierung von Grün. □

und Trocknen aus, so dass die Bitumenanteile im Straßenbelag nicht verbrannt werden. Das Reinigen des Risses geschieht durch die Ausblasdüse im Heißlufttrichter. Somit werden optimale Voraussetzungen für die Haltbarkeit des Fugenvergusses geschaffen. Langzeitversuche haben ergeben, dass sich am besten Heißvergussmassen eignen. Diese Massen, in der Regel auf Bitumenbasis, sind mit Füllstoffen und Elastomeren angereichert, die die Haltbarkeit und die Dehnfähigkeit des Materials gewährleisten.

## Heißvergussmasse

Die Massen sind sehr temperaturempfindlich und dürfen bei der Verarbeitung nicht überhitzt werden. Für die Aufbereitung der Heißvergussmasse stellt Grün auch im Kleingerätebereich leistungsstarke Produkte her.

Der Aufschmelzkocher VK 50 und die Fugenvergusseinheit VG50 sind mit einem Flammenschutzschild ausgerüstet, um zu vermeiden, dass die sehr heiße

Propanflamme direkt unter den Kesselboden schlägt und Bestandteile der Vergussmasse verbrennt und damit die Dehnfähigkeit zerstört. Aus der Vergusseinheit VG 50 wird der Riss mittels eines Ziehschuhs direkt überlappend vergossen. Wahlweise kann das Gerät mit einer Nachstreueinheit zum Abstreuen des Vergusses ausgerüstet werden, damit eine bessere Griffbarkeit der Versiegelung erreicht wird.

## Hochwertige Verarbeitung

Eine qualitativ hochwertigere Verarbeitung wird dadurch erzielt, dass die Massen in einem indirekt beheizten Kocher mittels Wärmeübertragungsöl aufgeschmolzen werden. Zur Ausstattung gehört ein thermostatisch regulierter Propanbrenner, um Überhitzungen absolut zu vermeiden. Der Verguss erfolgt mittels einem Fugenvergusswagen 10 l mit Ziehschuh. Querrisse werden mit versiegelt.

Weitere Informationen unter: [www.gruen-gmbh.de](http://www.gruen-gmbh.de) □

## Das Mobidat WorkPad von Mobiworx:

# Mobile Komplettlösung für den Betriebsdienst

Mobiworx auch auf der bauma 2010 vertreten

Bauhöfe, Straßenmeistereien, Verwaltungen sowie Unternehmen aus der Bau- und Landwirtschaft erhalten mit dem WorkPad mehr Transparenz über ihre Einsätze und Touren und sparen Zeit und Geld.

Das Gerät verfügt über die Möglichkeit, Strecken und Flächen punktgenau zu erfassen. Dabei wird die Wertigkeit des gerade identifizierten Objektes dokumentiert. Durch eine mobile, fahrzeugunabhängige Auftragsbearbeitung kann das MOBIDAT WorkPad vielfältig eingesetzt werden - sei es im Straßenbetriebsdienst, beispielsweise bei der Spielplatzkontrolle oder der Schadenserfassung.

Ein Auftrag kann im Internetportal [www.mobidat.com](http://www.mobidat.com) erstellt werden. Das WorkPad empfängt diesen via Webservice. Das Portal erlaubt eine unmittelbare Verwertung der Daten in Auftragsbearbeitung, Touren- oder Einsatzplanung. Damit ist eine Einzelerfassung ebenso präzise möglich wie die Dokumenta-

tion, Kosten-Leistungsrechnung, Rechnungslegung oder



Das neue Mobidat-Gerät für den mobilen Einsatz: Das Mobidat WorkPad. Foto: Mobiworx

auch geo-bezogene Analysen.

Mobiworx bietet Interessenten u.a. auch auf der bauma 2010 die Möglichkeit, das Mobidat WorkPad einmal genauer kennenzulernen (Halle B3, Stand 630). □

## Mercedes-Benz auf der bauma:

# Lückenloses Programm und Maßgeschneiderte Lösungen

„Trucks you can trust“ lautet das Motto, unter dem der gut 1.000 Quadratmeter große Stand von Mercedes-Benz in Halle B4 auf der Bauma 2010 in München steht.

Das Motto bezieht sich sowohl auf die bekannt zuverlässige, wirtschaftliche und langlebige Technik von Mercedes-Benz als auch auf die umfassende Betreuung des Kunden in allen Belangen um den Lkw herum.

Dieses große Servicepaket fängt bei kompetenter Beratung

vor dem Kauf an, setzt sich über die verschiedensten Dienstleistungen wie Finanzierung oder Miete, FleetBoard-Telematik, Fahrerschulungen (auch komplett gemäß Berufskraftfahrer-Qualifizierungsgesetz) oder das neue Angebot TruckWorks (Komplettservice inklusive Anhänger und

Aufbauten) fort – und reicht hin bis zur Vermarktung gebrauchter Lkw durch TruckStore.

Sieben Exponate aus vier Baureihen dokumentieren die branchenspezifische technische Kompetenz, die Mercedes-Benz als führender Lkw-Hersteller im Baufahrzeugbereich für jedes Segment der Baubranche bietet. Zu sehen sind auf der bauma-Stand von Mercedes-Benz maßgeschneiderte Lösungen für Straßenbau, Erdbewegung und den Betontransport sowie für Baustellenentsorgung, Landschaftsbau und den Schwerlasttransport. Ein Exponat der neuen Offroad-Baureihe Zetros demonstriert, welche zivilen Einsatzbereiche diese neuen Haubenfahrzeuge darüber hinaus erschließen.

## Betonmischer-Axor

Für die Baureihe Axor zum Beispiel steht auf der weltweit größten Bau-Messe als Weltpremiere eine neue gewichtsoptimierte vierachsige Betonmischer-variante des Axor (mit Einzelbereifung auf der dritten Achse), die beim Gewicht des Chassis circa 500 Kilogramm unter dem Gewicht eines entsprechenden vierachsigen Actros-Chassis bleibt. Das macht den Transport von acht Kubikmetern Beton bei 32 Tonnen Gesamtgewicht möglich.

Insgesamt werden die vier Baureihen Actros, Axor, Atego und Zetros dem Publikum auf der Messe vorgestellt. □

## Straßenschäden ein Riesenproblem



Nicht immer kann aus wirtschaftlichen Gründen komplett saniert werden.

Nachhaltige Reparaturen sind dringend erforderlich. Initiativen von Bauhöfen und Straßenmeistereien sind gefragt.

Die Grün GmbH Spezialmaschinenfabrik hat innovative Entwicklungen betrieben und bietet passende Problemlösungen für nachhaltige Reparaturen in bezahlbarem Rahmen an:

- Sanierung von Netzrisse und Frostaufbrüchen im Replasterverfahren
- Sanierung von Schlaglöchern durch Verfüllen mit Reparaturspalt im Replasterverfahren
- Rissanierung in Asphaltdecken

Vom 19. – 25. April 2010 findet die **Bauma 2010** statt. Wir stellen die Problemlösungen auf der Bauma, im Freigelände F 13 – Stand 1309/1 vor und laden Sie herzlich ein unseren Stand zu besuchen.

Vorführungen finden täglich um 14.00 Uhr statt.



[www.gruen-gmbh.de](http://www.gruen-gmbh.de)

# GRÜN

GRÜN GmbH Spezialmaschinenfabrik  
Siegener Straße 81-83,  
57234 Wilsdorf-Niederdielfen  
Tel: 0271/3988-0 ; Fax: 0271/3988-159  
Email: [info@gruen-gmbh.de](mailto:info@gruen-gmbh.de)

PLANEN    ERFASSEN    ÜBERMITTELN    AUSWERTEN

**STARTEN SIE DURCH MIT EFFIZIENTER DATENERFASSUNG.**

Profitieren Sie von der nutzbringenden Internetanwendung. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

**Merkmale von MOBIDAT®:**

- Störungsfreier Dauerbetrieb
- Einfachste Anwendung
- Kundenspezifische Auswertung
- Weiterverarbeitung der Daten
- Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- Günstige Datenübermittlung

**MOBIWORX**®    Telefon: 0 80 35/96 463 - 0  
Telematik GmbH    [www.mobiworx.de](http://www.mobiworx.de)

Bezirk Schwaben:

## Notwendige Medienfachberatung

Neu beim Bezirk Schwaben wird nun auch Medienfachberatung für Kinder und Jugendliche angeboten. An den neuen Medienformen gibt es heute kein Vorbei mehr - jedoch müssen junge Menschen auch fit gemacht werden für einen verantwortungsvollen Umgang mit Handy, Internet & Co.

Ein Aufgabenschwerpunkt der Medienfachberatung Schwaben ist die Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren, die ihre Erfahrungen wiederum in die medienpädagogische Praxis mit Jugendlichen einbringen können. So fand im Rahmen der Jugendwerkwoche im Augsburgener Haus St. Ulrich ein Einführungsworkshop in die aktive Videarbeit statt. Zielgruppe waren Hauptamtliche der katholischen Jugendarbeit.

### Vertiefter Einblick

In verschiedenen Schritten erarbeiteten sich die Teilnehmer Hintergründwissen zur filmischen Bildgestaltung und entwickelten eine kurze Geschichte, die sie dann, in verschiedene Einstellungen zerlegt, mit der Videokamera verfilmt. In Kooperation mit dem Landratsamt Augsburg fand zudem im Bruder-Klaus-Heim in Violau eine Multiplikatorenschulung für Jugendpfleger des Landkreises Augsburg statt.

Die Teilnehmer erhielten Einblick in kreative Darstellungsformen der digitalen Fotografie und in die Gestaltung von Handyvideoclips. Neben dem kritischen Blick auf mögliche Gefahren im Umgang mit Medien stand insbesondere die aktive und kreative Arbeit mit diesen im Vordergrund der Workshops.

„Kinder und Jugendliche wachsen in einer Medienwelt auf“, Barbara Hörmann, Medienfachberaterin des Bezirks Schwaben, weist auf die enormen technischen Möglichkeiten hin, die junge Leute heute im Umgang mit modernen Medien haben – tägliche Begleiter sind das Handy, Internet und MP3-Player. Die

### Verband kommunaler Unternehmen:

## Breitband-Versorgung gehört zur Daseinsvorsorge

Stadtwerke engagieren sich stärker beim Glasfaserausbau

Berlin (ots) - Immer mehr kommunalwirtschaftliche Unternehmen engagieren sich bei der Glasfaserverlegung, die von der Regierung im Koalitionsvertrag zum Bestandteil der Daseinsvorsorge erklärt wurde.

Laut Breitbandstrategie der Bundesregierung soll der Ausbau der Glasfasernetze bis 2014 flächendeckend erfolgen. „Am umfassenden Ausbau der glasfaserbasierten Breitbandversorgung führt kein Weg vorbei“, sagte Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU).

Ohne kommunale Ver- und Entsorgungsunternehmen sei der Ausbau der Glasfaser aber nicht zu schaffen. Das zeige besonders die Breitbandversorgung im ländlichen Raum. Hier bestehen noch viele Versorgungslücken. Kommunale Unternehmen wollen dazu beitragen, diese Lücken zu schließen. „Breitbandversorgung gehört mittlerweile zur Daseinsvorsorge. Es darf keine weißen Flecken mehr geben. Kommunale Unternehmen setzen sich dafür ein, da sie durch ihre Verankerung vor Ort daran interessiert sind, die lokalen Standortbedingungen zu stärken“, betonte Reck. Kommunale Unternehmen können Glasfasern mit anderen Versorgungsinfrastrukturen wie Wasser, Abwasser oder Energienetzen günstig und

33-Jährige sieht es als ihre Aufgabe an, Kinder und Jugendliche zu befähigen, mit Medien kritisch, kreativ und selbstbestimmt umzugehen. Dazu hat sie nun für 2010 ein umfangreiches Angebot in Abstimmung mit dem Bezirk Schwaben und dem Bezirksjugendring Schwaben erarbeitet, das sie im Rahmen ihres Werkvertrages heuer erfüllen wird. Dazu zählen unter anderem Basisworkshops mit Jugendmediengruppen, Multiplikatorenschulungen im Bereich Handy, Foto- oder Radiobereich, die Beratung von Jugendlichen, Multiplikatoren und Eltern, Informationen zum Thema Web 2.0, und vieles mehr.

### Terminangebote

Einer breiten Öffentlichkeit wird sich Barbara Hörmann am Samstag, 17. April im Rahmen des „Jugendtags“ am Stand des Bezirks Schwaben auf der Augsburger Frühjahrsausstellung (Messegelände) vorstellen. Ein Terminangebot für Bezirksräte und Gäste des Bezirksjugendrings ist zudem das Jugendforum des Bezirks am 1. Oktober 2010, das bei der Mediengruppe Pressedruck stattfinden wird.

Thema sind hier ebenfalls die neuen Medienwelten – ein Vertreter der Augsburger Allgemeinen wird über „Cross-Media“, die Verknüpfung der Berichterstattung über mehrere Medienwege, berichten, Barbara Hörmann wird die Medienfachberatung Schwaben vorstellen. Das Programm im Rahmen des Werkvertrages, das vom Bezirk Schwaben in Auftrag gegeben wurde, ist damit randvoll – für weitere Anfragen wird eine Bedarfsliste geführt. □

### Notebooks für den Blattmacher-Nachwuchs

Um Schülerzeitungsredakteuren die Arbeit zu erleichtern und die Blattmacherkultur an Schulen in der Region zu unterstützen, hat forum schule, die Bildungsinitiative der Lechwerke, 30 Notebooks verlost. Die Rechner waren bei den Lechwerken im Einsatz, sind also gebraucht, aber gut erhalten. Das Betriebssystem Linux und das Textverarbeitungsprogramm OpenOffice sind bereits vorinstalliert, so dass die Blattmacher gleich mit dem Schreiben starten können. Als Zugabe gibt es Notebooktaschen und Portereplicatoren.

Voraussetzung für die Teilnahme an der Verlosung: Die Nachwuchsjournalisten mussten einen kreativen und für Jugendliche ansprechenden Bericht über das Bildungsportal [www.lew-forum-schule.de](http://www.lew-forum-schule.de) verfassen. □

## Neuer Vorlesemechanismus auf www.bayern.de

Staatskanzleichef Schneider: „Weitere Barrieren abgebaut, Benutzerfreundlichkeit weiter verbessert“

Einen neuen Service bieten die Internetseiten der Bayerischen Staatsregierung [www.bayern.de](http://www.bayern.de). Jeder Nutzer kann sich ausgewählte Texte vorlesen lassen oder als Audio-Datei speichern und sich später anhören. Staatskanzleichef Siegfried Schneider begrüßte den Abbau von Barrieren auf der Homepage.

Schneider: „Das neue Instrument erleichtert den Informationszugang für Menschen mit Sehbehinderungen oder geringerer Lesefähigkeit wesentlich. Auch für Nicht-Muttersprachler kann der Vorlesedienst hilfreich sein und die sprachliche Integration unterstützen.“ Zugleich hob der Minister den zusätzlichen Service für die mobile Nutzung hervor. Schneider: „Der schnelle Zugriff auf das Internet von unterwegs liegt voll im Trend. Jetzt müssen die Nutzerinnen und Nutzer sich nicht mühsam Inhalte in zu kleine Sichtfenster laden, sondern können sie einfach anhören, zu jeder Zeit an jedem Ort.“ Auch die meisten Ministerien nutzen das von der Staatskanzlei koordinierte Angebot im Probebetrieb.

### Größere Übersichtlichkeit

Mit einer neuen Gestaltung der Startseite werden Nutzerfreundlichkeit und Übersichtlichkeit weiter erhöht. Die neuesten Videobereiche, Top-Themen und Foto-Blicke auch hinter die Kulissen stehen auf der Startseite ohne langes Scrollen bereit. Die Startseite ist zugleich Wegweiser zu den weiteren Internet-Angeboten der Bayerischen Staatsregierung, wie das Serviceportal für Verwaltungsdienstleistungen [www.verwaltung.bayern.de](http://www.verwaltung.bayern.de), den Youtube-Videokanal der Staatsregierung [www.youtube.com/bayern](http://www.youtube.com/bayern), das Jugendportal [www.jupo.bayern.de](http://www.jupo.bayern.de), die Dialog-Plattform [www.direktzu.de/seehofer](http://www.direktzu.de/seehofer) und die Abo-Services.

Wer sich intensiver über die Politik in Bayern und den Freistaat selbst informieren will, findet über die kompakte Menüleiste den optimalen Einstieg. □

## Konsolidierung im Fokus des Public Sector

Neben der Eröffnungsbilanz, die für den Start in die Doppik erstellt werden muss und des zu erstellenden ersten kaufmännischen Jahresabschlusses ist der kommunale Gesamtabschluss die dritte große Herausforderung für die Städte und Gemeinden. Mit dem Programm Konsolidierung von DATEV wird diese Herausforderung gemeistert.

Mit der Umstellung auf die Doppik sind Kommunen verpflichtet, einen Jahresabschluss zu erstellen. Bei diesem Einzelabschluss sind allerdings meist öffentliche Aufgaben aus der Kernverwaltung ausgegliedert und finden deshalb keine Berücksichtigung, was für die Steuerung der Kommune erhebliche Informationsdefizite bedeutet.

### Rechtliche Notwendigkeit

Generell schreibt das neue doppelte Haushaltsrecht vor, dass Kommunen, die auf die Doppik umgestellt haben, sich früher oder später mit dem Thema kommunaler Gesamtabschluss befassen müssen. Nötig sind demnach eine konsolidierte Ergebnisrechnung, eine konsolidierte Bilanz, eine Kapitalflussrechnung, eine Eigenkapitalübersicht und ein Konsolidierungsbericht bzw. ein Gesamtlagebericht und Gesamtanhang. In den ersten Bundesländern ist der konsolidierte Abschluss bereits vom 31.12.2010 an vorgeschrieben, wie etwa in Nordrhein-Westfalen gemäß § 116 der Gemeindeordnung (GO) NRW.

### Chancen und Ziele des Gesamtabschlusses

Anders als beim Einzelabschluss vermittelt der Gesamtabschluss ein umfassendes Bild über das kommunale Leistungsspektrum, kommunale Vermögen, bestehende Verbindlichkeiten, kommunale Finanzierungsspielräume, steuerpolitische Gestaltungsspielräume und die Ergebnislage der Kommunen. Der Gesamtabschluss hat somit die Aufgabe, die Kernverwaltung und die in Betrieben ausgelagerte Aktivität so darzustellen, als ob es sich um eine einzige geschlossene Einheit handeln würde.

Da viele Städte und Gemeinden durch eine Vielzahl von ausgegliederten Unternehmen und Einrichtungen verfügen, bzw. durch Beteiligungen an privaten

Unternehmen über eine konzernartige Struktur, ist ein solcher Gesamtabschluss in den meisten Kommunen nötig - gewissermaßen als eine konsolidierte Konzernbilanz. Für die Kommunen bedeutet das allerdings auch eine neue Herausforderung.

### Komplexer Aufstellungsprozess

Der Aufstellungsprozess ist in jedem Fall ein anspruchsvolles Projekt, sowohl in personeller, zeitlicher als auch in fachlicher Hinsicht. Geht er doch weit hinaus über die schlichte Addition der einzelnen Bilanzen von Kernverwaltung und Tochterorganisationen. Der Aufwand variiert nach Art und Umfang der Beteiligungsverhältnisse, das bedeutet, finanzielle Verflechtungen und Leistungsbeziehungen, die zwischen den Beteiligten bestehen, müssen nach bestimmen, dem Handelsgesetzbuch entlehnten Methoden gegeneinander aufgerechnet werden. Genau darin, nämlich die in den Einzelabschlüssen vorhandenen Innenumsätze aufzufindig zu machen und zu bereinigen, also die Binnenverbräuche aus den Zahlenwerken herauszurechnen, genau darin besteht die eigentliche Herausforderung.

### Praxisnahe Bedingungen

Im Rahmen eines Modellprojekts wird in den teilnehmenden Kommunen unter praxisnahen Bedingungen das DATEV-Programm Konsolidierung eingesetzt, das Steuerberater und Wirtschaftsprüfer für die Anfertigung von Konzernabschlüssen verwenden. Ziel ist es sicherzustellen, dass sich die Software entsprechend des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts des jeweiligen Bundeslandes anwenden lässt. Dazu erstellen im Zuge der Pilotierung DATEV-Spezialisten und erfahrene Nutzer des Programms gemeinsam mit den Fachleuten der jeweiligen Stadt

Google Street View:

## Nicht verbieten, aber regeln

Der Internetdienst „Google Street View“ polarisiert derzeit die Meinungen. Sie reichen von „verbieten“ bis „unproblematisch“. Es werden Rechtsgutachten für beide Positionen vorgelegt. Entscheidend sind klare Regeln, was Google zu beachten hat und eine ausreichende Information der Bürger über ihre Rechte.

Mit Spezialkameras, die auf Autos montiert sind, erfasst Google fotografisch Straßenzüge und stellt die Bilder unter „Google Street View“ im Internet zur Verfügung. Es handelt sich nicht um Livebilder wie bei Webcams, sondern um Fotoaufnahmen. Der Internetnutzer kann am Bildschirm durch die Straßen „wandern“. Der Dienst ist derzeit für 19 Länder online verfügbar, u. a. Frankreich, Italien, Spanien, England und Schweiz.

### Es geht um Datenschutz

In Deutschland wurden bereits zahlreiche Aufnahmen gefertigt, die Bilder sind allerdings noch nicht im Internet verfügbar. Bei der Diskussion um Google Street View geht es in erster Linie um Datenschutz. Personenbezogene Daten sind ein wichtiges Gut.

Allerdings kann Google Street View auch Vorteile zum Beispiel für Tourismus bieten. Letztlich ist Datenschutz eine Abwägung verschiedener Interessen. Unbestritten ist: Personen dürfen auf den Googlebildern nicht zu erkennen sein. Sie müssen so unkenntlich gemacht werden, dass kein Rückschluss auf die Person möglich ist.

### Strittige Fragen

Schwieriger gestaltet sich die Frage bei Sachen, die einen Rückschluss auf Personen zulassen. Kfz-Kennzeichen müssen unkenntlich gemacht wer-

Dr. Florian Herrmann:

## Gesetz zur Vorratsdaten-Speicherung überarbeiten

„Das Thema darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Zwingende Gründe der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung machen es unerträglich, dass die Sicherheitsbehörden derzeit daran gehindert sind, auf Telekommunikationsdaten zuzugreifen“, mahnt Dr. Florian Herrmann, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das die betreffenden Paragraphen im Telekommunikationsgesetz und der Strafprozessordnung für verfassungswidrig erklärt hat, müsse nun schnell gehandelt werden. Ein Dringlichkeitsantrag der CSU, der den umgehenden Handlungsbedarf verdeutlichen sollte, konnte nicht in den Landtag eingebracht werden, weil die FDP-Fraktion ihre Zustimmung verweigerte.

Wichtige Schwerpunkte der Novellierung sind anspruchsvolle und normenklare Regelungen hinsichtlich der Datensicherheit, der

oder Gemeinde konsolidierte Abschlüsse für bereits abgeschlossene Haushaltsjahre, die sowohl Mutterkommune als auch Tochterbetriebe und alle relevanten Beteiligungen umfassen.

DATEV leistet dabei insbesondere die Beratung, Schulung und das Coaching rund um die Anwendung des Programms. Anhand der Ergebnisse wird die Software dann bedarfsweise angepasst, dass Kommunen den konsolidierten Abschluss weitest möglich einfach anfertigen können.

Weiteres zum Modellprojekt und der Pilotierung unter [www.datev.de](http://www.datev.de). □

den. Strittig bleibt die Darstellung von Häusern, vor allem mit lesbaren Hausnummern. Allerdings stehen solche Informationen mittlerweile in vielen öffentlichen Verzeichnissen (z. B. Telefonbuch) zur Verfügung.

Google hat sich in einer Selbstverpflichtung mit den deutschen Datenschutzbehörden verständigt. Eigentümer eines Gebäudes, aber auch Mieter, können bereits im Vorfeld der Aufnahmen einen Widerspruch bei Google einreichen. Die Kommune kann dies jedoch nicht pauschal für alle Gebäude in ihrem Gebiet erledigen.

### Vorgaben konkretisieren

Zuweilen wird das Argument vorgebracht, dass Google eine Sondernutzungserlaubnis nach dem Straßenrecht bräuchte und die Kommunen damit einen Schlüssel zum Verbot der Aufnahmen hätten. Nach bisherigen Erkenntnissen bewegen sich die Aufnahmefahrzeuge im üblichen Rahmen des Straßenverkehrs. Damit ist von Gemeingebrauch auszugehen.

Fazit: Die Vorgaben für Google sind noch zu konkretisieren: Was genau muss verpixelt werden? Die Bürger müssen noch besser über ihre Datenschutzrechte informiert werden. Ein grundsätzliches Verbot von Google Street View oder Vorgaben, die dem gleichkommen, scheint nicht praktikabel.

Kontakt: [richard.stelzer@bay-staedtetag.de](mailto:richard.stelzer@bay-staedtetag.de) □

Datenverwendung, der Transparenz und des Rechtsschutzes. „Die Daten dürfen nur verwendet werden, wenn sie überragend wichtigen Aufgaben des Rechtsgüterschutzes dienen. Also nur bei der Strafverfolgung mit begründetem Verdacht auf eine schwere Straftat oder zur Gefahrenabwehr“, betont Herrmann.

Die Auswertung der Verbindungsdaten ist für Strafverfolgungsbehörden insbesondere im Bereich der organisierten Kriminalität ein wichtiges Instrument, um die Struktur und Straftaten international operierender Tätergruppen aufzuklären.

### Schutz für den Bürger

„Aber die Vorratsdatenspeicherung dient auch zum direkten Schutz für die Bürgerinnen und Bürger. So können die Daten zum Beispiel in der Vermisstenuche zum Einsatz kommen. Durch die Handylokalisierung können Lawinenopfer oder verunglückte Bergsteiger viel schneller gefunden werden“, erklärt Herrmann. „Das Bundesverfassungsgericht hat die Voraussetzungen klar definiert. Nun muss der Bundesgesetzgeber unverzüglich aktiv werden“, fordert Herrmann abschließend. □

Referenzprojekt Stadt Regensburg:

## Effizienzpaket mit NetApp Lösungen spart Kosten durch Leasing

Die Stadt Regensburg ist Hauptstadt des bayerischen Regierungsbezirks Oberpfalz und zählt mit 150.000 Einwohnern zu den größten Städten des Freistaats. Ihr mittelalterliches Stadtbild macht Regensburg zu einem beliebten Anziehungspunkt für Touristen aus aller Welt. Die Stadt an der Donau verfügt über eine wichtige Universität und ein bedeutendes Klinikum für zahlreiche medizinische Fachrichtungen. Durch die Ansiedlung großer Unternehmen aus Branchen wie der Automobil- und Chip-Industrie entwickelte sich Regensburg zu einem Wirtschaftsmagneten in Ostbayern.

### DIE HERAUSFORDERUNG Optimiertes Storage-Management für ausfallsichere Verwaltungsprozesse

Die Regensburger Kommunalverwaltung besteht aus mehr als 40 Ämtern, die weit über 200 verschiedene Software-Systeme einsetzen. Ein zentrales Rechenzentrum verwaltet sämtliche Applikationen und hostet die Daten aller Behörden und einiger Tochtergesellschaften.

„Jeder CIO sollte heute darauf achten, dass er seine IT-Landschaft vereinfacht und mit effizienten Technologien Kosten spart. Diesen Anspruch konnten wir als eine der ersten bayerischen Großstädte mithilfe von NetApp sehr erfolgreich umsetzen.“  
Dr. Thomas Kranert, Leiter des Amtes für Informations- und Kommunikationstechnik der Stadt Regensburg.

Die Stadtverwaltung ist mit kontinuierlich starkem Datenwachstum konfrontiert. Zu den Dienststellen, die am meisten digitale Daten produzieren, zählen die Finanzverwaltung, die Kfz-Zulassungsstelle sowie das Einwohnermeldeamt. Allein auf die digitalen Passbilder entfallen rund 40GB Speicherplatz.

Auch andere Applikationen wie das Finanzinformationssystem OK.Fis der AKDB (Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern), Geoinformationssysteme (GIS) und CAD-Systeme tragen ihren Teil zum Datenwachstum bei. Das Stadtgebiet von Regensburg ist elektronisch kartiert. Die Pläne werden zusammen mit zahlreichen Sachdaten wie Angaben zu Kanälen, Straßen oder Bebauungen im GIS verwaltet. Nicht nur die Fachämter nutzen diese Daten, auch die Bürger können sich per Internet virtuell durch die Straßen Regensburgs klicken. In CAD-Programmen erstellte und bearbeitete Bebauungspläne werden auch den Bürgern online zur Einsichtnahme bereitgestellt. Die von Architekten und Ingenieurbüros elektronisch übermittelten Pläne müssen digital archiviert werden. Papierdokumente und -pläne werden verstärkt digitalisiert.



Steinerne Brücke und Dom: Zwei Wahrzeichen der alten Reichsstadt Regensburg, die immer wieder mit Innovationen von sich reden macht.

Da 95% der Server mit VMware ESX virtualisiert sind, sollte sich die neue Speicherlösung nahtlos in die virtuelle Serverinfrastruktur integrieren lassen, aber auch den physischen Servern als zuverlässiger Storage-Pool dienen. Das Rechenzentrum setzt parallel Windows, Linux und Unix ein, so dass der Storage über Netzwerkprotokolle wie CIFS, NFS und iSCSI kommunizieren muss. Wichtig war auch, dass sich die Oracle-Datenbanken im Filesystem direkt auf dem Storage-System speichern und verwalten lassen. Eine weitere Anforderung war die rechts- und revisionssichere Archivierung auf Festplatten.

bankten. Neben einigen SQL-Server und MySQL-Datenbanken bilden über 70 Oracle-Datenbanken den Schwerpunkt. Insgesamt hostet das Rechenzentrum als zentraler Dienstleister der Stadt Regensburg für Informations- und Kommunikationstechnik 30 TB Daten netto. Damit die 1.700 internen Anwender jederzeit Zugriff haben, bedarf es einer zuverlässigen, ausfallsicheren und hochverfügbaren Speicherarchitektur. „Wir müssen die IT-Prozesse für den reibungslosen Verwaltungsbetrieb der Stadt sicherstellen. Käme es zu Störungen oder Ausfällen, wäre nicht nur die Kommunalverwaltung betroffen. Auch die Einwohner, Unternehmen und andere Behörden würden die verzögerten Abläufe spüren und müssten mit Wartezeiten rechnen“, erklärt Dr. Thomas Kranert, Leiter des Amtes für Informations- und Kommunikationstechnik der Stadt Regensburg.

Die Konsolidierung der Windows-Daten auf Netzwerkspeicher von NetApp vollzog das kommunale Rechenzentrum bereits zur Euro-Einführung im Jahr 2000. Aufgrund des permanenten Datenwachstums wurden im Dreijahresabstand jeweils leistungsfähigere NetApp Systeme migriert. Ende 2008 kam es zu einem größeren Schritt: Das Rechenzentrum wollte weitere Applikationsdaten konsolidieren, die Administration noch effizienter gestalten und neue Möglichkeiten des Storage-Managements nutzen.

neut auf diese Technologie zu setzen. Bereits 2000 hatten die IT-Verantwortlichen eine Marktanalyse durchgeführt und mit NetApp und EMC zwei Hersteller identifiziert, die den hohen technischen Anforderungen entsprachen. „Wir hatten damals Leistungsumfang und Preise genau verglichen. Die Entscheidung fiel auf NetApp, da die Lösung das bessere Preis-Leistungs-Verhältnis bot“, so der IT-Leiter.

Beim erneuten NetApp Upgrade wurde ein FAS960 Cluster durch einen FAS3070 Cluster ersetzt. Aus einer NearStore R200 wurde eine FAS3040, die ebenfalls wieder an einem zweiten

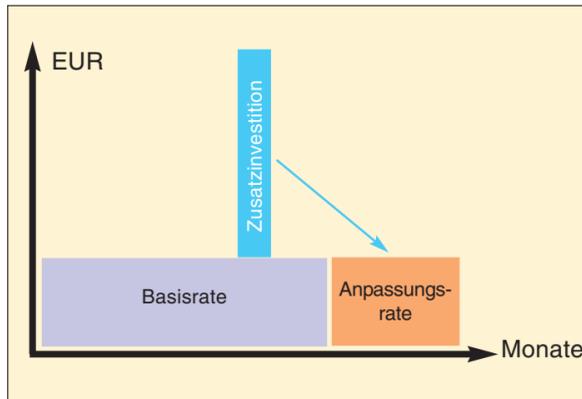


Abb. 1: Technologie-Leasing. Erweiterungs- und Austauschoptionen werden zu einem Prozentsatz des ursprünglichen Anschaffungswerts bei Vertragsbeginn fixiert. Der Vorteil für Kunden wie die Stadt Regensburg liegt in der Möglichkeit der Erweiterung und des Austauschs im Rahmen des Vertrags. Storage-Investitionen werden so planbar und rufen keine Kosten-sprünge hervor. Grundsätzlich bestehen zwei Möglichkeiten: Wird Ratenkonformität gewählt, bleiben die Raten nach der Zusatzinvestition gleich, so dass Budgetplanungen und Cashflow weiterhin wie geplant belastet werden. Wird Laufzeitkonformität gewählt, wird die monatliche Rate auf die restliche Laufzeit des Grundvertrages kalkuliert und erhöht sich entsprechend für die Restlaufzeit des vereinbarten Grundvertrags.

Standort implementiert wurde. Zwischen den Systemen werden Daten und die für das Tagesgeschäft nötigen virtuellen Maschinen mit NetApp SnapMirror asynchron repliziert. Auf diese Weise lassen sich im K-Fall mit geringem administrativem Aufwand die Kerndienste der Kommunalverwaltung bereitstellen.

Die Stadt Regensburg nutzt eine Reihe von Datenmanagement-Lösungen von NetApp: SnapManager für SQL und Snap Manager für Exchange automatisieren Backup-, Restore- und Recovery-Prozesse bei den jeweiligen Datenbanken und vereinfachen das Datenmanagement. Mit Single Mail Box Recovery lassen sich einzelne Postfächer, eMails und Dateianhänge sämtlicher Mailboxen gezielt wiederherstellen. Snap Drive für Windows automatisiert die Speicherzuweisung und optimiert die Erstellung fehlerfreier und konsistenter Snapshot-Kopien. SnapRestore stellt sekundenschnell und automatisch Daten aus den Snapshots wieder her. SnapLock Enterprise schließlich unterstützt die rechts- und revisionssichere Datenarchivierung. Finanziert wurde die neue Lösung über ein Leasing-Modell, das NetApp Financial Solutions (NAFS) erarbeitet hatte.

Dr. Kranert erläutert: „Aufgrund des schnellen technologischen Wandels und des starken Datenwachstums ist bei uns ein dreijähriger Investitionszyklus für Storage unumgänglich. Für diesen kurzen Abschreibungszeitraum hat sich Leasing als die

### DIE HIGHLIGHTS

**Branche:** Öffentliche Verwaltung  
**Herausforderung:** Optimiertes Storage-Management für zahlreiche datenintensive Applikationen und ausfallsichere Verwaltungsprozesse

**Lösung:**  
NetApp Unified Storage und Datenreplizierung an einen zweiten Standort

**Vorteile:**

- Zu 100% verfügbarer, ausfallsicherer Verwaltungsbetrieb
- Hohe Performance für datenintensive Applikationen
- Bürger profitieren von reibungslosem eGovernment
- Effizientes Management stark wachsender Datenmengen
- Einfache und transparente Verwaltung der Storage-Landschaft
- Storage-Effizienz spart bis zu 60% Speicherplatz
- Einsparung und Kostenkontrolle durch Leasing

für uns günstigere Variante gegenüber einem Kauf erwiesen. Dabei stand uns mit NetApp Financial Solutions ein kompetenter Partner zur Seite.“

Für eine reibungslose Implementierung der NetApp Lösung

der Nutzung von eGovernment-Funktionen: Die Bürger können etwa ihr Wunschkennzeichen online reservieren, Beschlüsse des Stadtrats oder auch Bebauungspläne einsehen. „Die Bürger honorieren es, wenn der Zugriff auf diese Daten und interaktive eGovernment-Anwendungen dank des performanten Storage reibungslos funktionieren – und zwar auch am Wochenende“, so Dr. Kranert. Die nächste Sicherheitsstufe, der Ausbau des zweiten Standorts zu einem vollumfänglichen Disaster Recovery-Rechenzentrum ist in der Planung. Das NetApp Portfolio bietet mit Hochverfügbarkeitslösungen wie MetroCluster auch dafür passende Optionen.

### Effizientes Management stark wachsender Datenmengen

Auch das rapide anwachsende Datenvolumen kann die Stadt Regensburg nun sicher, effizient und vor allem kostensparend managen. Hierfür stellt NetApp

„Die Bürger honorieren es, wenn der Zugriff auf Daten und interaktive eGovernment-Anwendungen dank performantem Storage reibungslos funktioniert – und zwar auch am Wochenende.“  
Dr. Thomas Kranert, Leiter des Amtes für Informations- und Kommunikationstechnik der Stadt Regensburg.

ausgefeilte Technologien bereit: Mittels Snapshot-Funktion lassen sich die Backup-Prozesse optimieren und damit mögliche Datenverluste auf ein Minimum reduzieren. Anstatt aufwändiger Bandsicherungen werden nun sekundenschnell und automatisiert bis zu zehn Snapshots täglich erstellt. So lassen sich im Ernstfall Daten rasch wiederherstellen. „Die Storage-Lösung unterstützt uns dabei, vom Tape-Backup und den aufwändigen Daten-Restores komplett wegzukommen und den gesamten Datensicherungsprozess über Snapshots abzuwickeln. Zudem können Anwender versehentlich gelöschte Dateien problemlos selber wiederherstellen, was Zeit spart und die Administratoren entlastet.“

Besonders vorteilhaft ist die

Multiprotokollfähigkeit. Dank des Betriebssystems Data ON-TAP kann die IT-Verwaltung der Stadt Regensburg sämtliche Protokolle auf der gleichen Plattform fahren und spart dadurch Aufwand und Ressourcen. Überdies lassen sich die zahlreichen Oracle-Datenbanken effizient im Filesystem direkt auf dem Storage verwalten. Eine optimale Auslastung der Speicherkapazitäten ermöglichen Storage-Effizienztechniken wie Deduplizierung, Thin Provisioning und den doppelten Plattenschutz mit RAID DP. „Diese Technologien beherrscht NetApp wie kein anderer Anbieter. Allein durch Deduplizierung konnten wir 30% Speicherplatz einsparen und für andere Bereiche nutzen. Und mit der RAID DP Funktion konnten wir doppelte Festplattenausfälle problemlos abfangen und damit die Ausfallsicherheit signifikant erhöhen – und das zu vertretbaren Kosten“, so Dr. Kranert.

Weitere Kosten spart die Stadt durch die Nutzung von Festplatten als rechts- und revisions-sicheres Medium für die Archivierung. „Mit der zertifizierten NetApp SnapLock Technologie können wir die Daten an dem Speicherort, an dem sie sowieso schon liegen, auch langfristig aufbewahren. So benötigen wir für die Archivierung keine Alternativsysteme mit Bändern oder Kassetten und entlasten damit unsere IT-Gesamtbetriebskosten“, so der IT-Leiter. Dabei lässt sich die NetApp Architektur besonders einfach und transparent verwalten. Beispielsweise kann die intuitiv zu bedienende Benutzeroberfläche von jedem Arbeitsplatz aus komfortabel über den Browser gestartet werden.

### Kosten im Griff durch Leasing

Aufgrund der kurzen Abschreibungsdauer von drei Jahren erwies sich ein Leasing-Modell als die günstigere Variante zur Finanzierung der NetApp Lösung. So sparte die Stadt Regensburg ihre Finanzierungskosten bei der Anschaffung und profitiert von gleichmäßig auf konstante Leasingraten verteilten Kosten. Dabei ließen sich durch Leasing sogar noch höhere Gewinnmargen erzielen, wäre die Investition steuerlich absetzbar. Obwohl die Stadt Regensburg als öffentliche Kommune von diesem Vorteil nicht profitiert, war die Leasing-Finanzierung aufgrund der bestehenden Konstellation trotzdem preisgünstiger als ein Kauf.

„Ob öffentliche Verwaltung oder Unternehmen: Jeder CIO sollte heute drauf achten, dass er seine IT-Landschaft vereinfacht und mit effizienten Technologien Kosten spart. Diesen Anspruch konnten wir als eine der ersten bayerischen Großstädte mithilfe von NetApp sehr erfolgreich umsetzen. Wir spielen bei der Storage-Optimierung eine Vorreiterrolle, andere bayerische Kommunen sind unserem Beispiel gefolgt“, so das Fazit von Dr. Kranert.

### LÖSUNGSKOMPONENTEN

**NetApp PRODUKTE**  
NetApp FAS3070 Cluster  
NetApp FAS3040  
NetApp NearStore on FAS  
NetApp FlexClone  
NetApp MultiStore  
NetApp SnapMirror  
NetApp SnapRestore  
NetApp SnapDrive  
NetApp SnapLock  
NetApp SnapMover  
NetApp SnapManager für Exchange  
NetApp Single Mail Box Recovery  
NetApp SnapManager für SQL  
**Protokolle**  
CIFS

NFS  
iSCSI  
**Umgebung**  
IBM AIX  
Linux  
Microsoft Windows  
VMware  
Microsoft SQL Server  
Microsoft Exchange 2007  
Oracle  
Cisco  
Bakbone NetVault  
Optimal Systems  
**Implementierungspartner**  
Stemmer GmbH  
www.stemmer.de  
**Leasing-Beratung**  
NetApp Financial Solutions (NAFS)

## 15. Münchner Fortbildungsseminar Geoinformationssysteme:

## Wachsende Komplexität

Einmal mehr sehr gut angenommen wurde das Münchner Fortbildungsseminar Geoinformationssysteme, das bereits zum 15. Mal stattfand. Die Technische Universität München (TUM) sowie der Runder Tisch GIS e.V. hatten zu der viertägigen Veranstaltung eingeladen.

Die GIS-Welt verändert sich stetig. Diese Veränderungen sind charakterisiert durch eine fortschreitende Internationalisierung, neu hinzukommende Anwendungsbereiche sowie eine wachsende Komplexität. Dementsprechend vielfältig präsentierte sich auch das Programm des Fortbildungsseminars, wodurch die Veranstalter den differenzierter gewordenen Ansprüchen der Teilnehmer noch besser gerecht werden konnten. Im Rahmen von Intensiv-Schulungskursen, Seminaren und Workshops, einem Vortragsprogramm und einer Podiumsdiskussion konnten sich die zahlreichen Seminarteilnehmer zukunftsweisenden Themenbereichen wie INSPIRE/GMES, GeoWeb und 3D-Innovationen ausführlich widmen.

### INSPIRE im Fokus

Mit der Verabschiedung von Geodateninfrastruktur-Gesetzen auf Bundes- und Länderebene hat die INSPIRE Umsetzungsphase in Deutschland begonnen. Es empfiehlt sich, bereits jetzt bei IT-Entscheidungen die sich immer klarer abzeichnenden Anforderungen aus der INSPIRE Richtlinie und den Durchführungsbestimmungen zu berücksichtigen. Daher stand INSPIRE dieses Jahr im Fokus des Münchner Fortbildungsseminars. Auf dem Programm standen zwei Intensivschulungen zu den Themen „INSPIRE Grundlagen“ sowie „INSPIRE Dienste und Praxisanwendungen“. Für Spezialisten wurde rund um das Thema Datenmodellierung der Workshop „Semantische Datenmodellierung im Kontext von INSPIRE“ angeboten.

Der erste Tag des Vortragsprogramms stand unter dem Motto „Neue Marktpotentiale durch die Europäischen Initiativen INSPIRE und GMES“. Zu diesem Thema fand auch eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion statt.

### Informationssystem am Start

Noch in diesem Jahr soll das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem ALKIS in Bayern an den Start gehen. Damit gewinnt es zunehmend an Bedeutung. Der Bedarf an Informationen wird weiter stei-

gen, denn ALKIS ist keine Option auf freiwilliger Basis. Alle bisherigen Nutzer von DFK und ALB müssen zukünftig auf ALKIS umsteigen.

### ALKIS-Einführung

Um frühzeitig zu informieren, Lösungen für einen geordneten Umstieg aufzuzeigen und nicht zuletzt um die Mehrwerte und Chancen zu vermitteln, die ALKIS bietet, fand der Workshop „ALKIS-Einführung von der Praxis für die Praxis“ statt. Dort kamen Referenten aus den Kommunen, Systemanbietern und die Bayerische Vermessungsverwaltung zu Wort. Sie vermittelten Basiswissen, entwarfen Szenarien für einen geordneten Umstieg, zeigten die Chancen der neuen Nutzungsmöglichkeiten auf, berichteten über den aktuellen Stand der ALKIS-Einführung und von den Erfahrungen der Kommunen aus benachbarten Bundesländern, die den Umstieg bereits vollzogen haben.

Der Workshop richtete sich an alle Nutzer von DFK und ALB, insbesondere an Verantwortliche für Geoinformationssysteme und Geobasisdaten aus der öffentlichen Verwaltung sowie an Vertreter von Stadtwerken und der Energieversorger-Branche.

### Geodatenbanken

Nicht zuletzt durch die globale Vernetzung und den offensichtlich verstärkten Bedarf an der Nutzung von Geodaten erlangen Geodatenbanken eine immer größere Bedeutung. Neue Anwendungsbereiche sind beispielsweise mobile Applikationen, 3D-Stadtmodellierung, geologische 3D-Untergundmodellierung oder die Verwaltung von 3D-Laserscanning-Daten. Im ersten Teil einer Intensivschulung wurde der Stand der Technik gängiger Geodatenbanksysteme dargestellt. Dabei wurde insbesondere auf die Modellierung und das Management von Geodaten eingegangen. Anschließend gab es eine Einführung in 3D-Geodatenbanken.

### Strategie und Ausrichtung

Im zweiten Teil des Kurses wurden die Produkte Oracle Spatial, Microsoft SQL Server

und PostGIS näher betrachtet. Erläutert wurde zum Beispiel, wie die Unterstützung für Geodaten in der Oracle-Datenbank umgesetzt ist und wie die Inte-

## Bürger geben Auskunft

### Studie gibt Aufschluss über Erwartungen und Zufriedenheit der Bürger mit öffentlichen Diensten

**Kompetente und freundliche Beratung, eine schnelle Bearbeitung ihrer Anliegen, räumliche Nähe, zeitliche Flexibilität sowie eine verstärkte Nutzung innovativer Technologien: so sieht die Wunschliste der Bürger im Hinblick auf die Servicequalität von Kommunalverwaltungen und Sozialversicherungen aus. Die neue Studie „Bürgererwartungen im Fokus“, die IBM in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Evaluation und Methoden (ZEM) der Universität Bonn erstellt hat, liefert neue Erkenntnisse, was Bürger von ihren öffentlichen Verwaltungen erwarten, wie zufrieden sie mit deren Leistungen sind und wie sie zum Einsatz neuer Technologien stehen.**

Die Studie dokumentiert erhebliche Unterschiede in der Beurteilung von Servicequalität und der Akzeptanz alternativer Zugänge: Je jünger die Bürger, desto kritischer die Einschätzung, außerdem zeigen jüngere Großstädter die größte Bereitschaft, alternative Zugänge zu nutzen und dafür gegebenenfalls auch zu bezahlen.

### Erkenntnisse

Die neue Untersuchung liefert statistisch belastbare Erkenntnisse darüber, wie Bürger ihre kommunale Verwaltung und die Sozialversicherungen (Rentenversicherung, gesetzliche Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherung und Pflegeversicherung) als Dienstleister wahrnehmen und wie hoch ihre Bereitschaft ist, beispielsweise auch digitale Zugangswege zu nutzen.

„Wir möchten mit dieser Studie nicht nur die allgemeine Stimmungslage in der Bevölkerung zu diesen Themen ausloten, sondern auch einen Beitrag dazu leisten, durch fundiertes Zahlenmaterial die Qualität der Entscheidungsgrundlagen für den Öffentlichen Dienst und die Sozialversicherungen weiter zu verbessern“, betont Michael A. Maier, Leiter des IBM Geschäftsbereichs Öffentlicher Dienst.

Die Studie untersuchte im Einzelnen folgende Themen: Das Image von Öffentlichem Dienst und Sozialversicherungen, Kundenorientierung, Akzeptanz alternativer Zugänge, Einstellungen zum Datenschutz und wünschenswerte Verbesserungen.

Grundsätzlich gilt: Städte und Gemeinden haben in Deutschland ein durchweg positives Image bei ihren Einwohnern: 95 Prozent der Bürger sind mit ihrem Wohnort zufrieden und rund 75

Prozent haben ein positives Bild von ihrer Kommunalverwaltung. Die Sozialversicherungen liegen mit 65 Prozent leicht dahinter, sind aber immer noch durchaus geschätzt. Positive Ergebnisse auch beim Thema Kundenzufriedenheit: Im Ranking weist nur die Hausbank (Platz 1) ein besseres Ergebnis auf, kommunale Verwaltung und die Sozialversicherung folgen in dichtem Abstand. Damit liegt der Öffentliche Dienst aus Sicht der Bürger eindeutig vor den großen privatwirtschaftlich geführten Dienstleistungsunternehmen.

### Differenziertes Bild

Bei der Frage nach der Kundenorientierung von Verwaltung und Sozialversicherungen ergibt sich jedoch ein durchaus differenziertes Bild: Rund 73 Prozent der Bürger insgesamt sind mit der Kundenorientierung der Verwaltung zufrieden oder eher zufrieden, bei der Sozialversicherung sind es rund 70 Prozent. Dabei ist allerdings auffällig, dass diese Werte bei älteren Bevölkerungsschichten (55 Jahre und älter) sehr viel höher ausfallen als bei den Jüngeren. Problematisch ist vor allem das Abschneiden bei den sogenannten Leistungsträgern im Alter von 25 bis 54 Jahren: In dieser wichtigen Gruppe ist nur etwa ein Drittel wirklich zufrieden mit der Kundenorientierung ihrer Verwaltung.

Bei der Frage nach alternativen Zugangswegen zeigen sich Großstadtbürger und die Altersklasse der 25-34-Jährigen am geschlossenensten und sind auch eher bereit, für zusätzliche Serviceleistungen zu bezahlen. Bei der Frage nach der Nutzungsbereitschaft von Internetportalen würden mehr als 60 Prozent der unter 50-jährigen einen solchen Zugang in

### komuna.RIS – Ratsinformationssystem:

## Schnell und einfach informieren

**Das Internet ist eine ideale Basis für die schnelle und gezielte Information von Bürgern und Mandatsträgern. Das komuna.RIS Ratsinformationssystem garantiert Sicherheit und einfache Umsetzung in der Praxis.**

Das Internet hat sich als Alltagsmedium durchgesetzt. Was liegt näher, als es auch als Informationsmedium in der Gremienarbeit für Mandatsträger und Bürger einzusetzen? Vor allem, wenn das Internet die Möglichkeit bietet, die bisherigen Aufgaben schneller, einfacher und sicherer zu erledigen. Und dabei Bürger und Räte auch noch besser zu informieren.

Das komuna.RIS Ratsinformationssystem ist optionaler Bestandteil der Komplettlösung komuna.RIS und bietet den Vorteil eines einheitlichen Verfahrens für Dokumentenmanagement, Archivierung und Sitzungsdiens. Damit sorgt es zusätzlich für die Entlastung der Verwaltung und bietet den Mandatsträgern einen zeitgemäßen Service bei der Bereitstellung der Sitzungsunterlagen.

### Transparenz und Sicherheit

Das Ratsinformationssystem schafft mehr Transparenz in der Kommunalpolitik für Mandatsträger und Bürger. Natürlich verbunden mit höchsten Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit. Die Bürger werden über die aktuellen öffentlichen Tagesordnungspunkte und Sitzungstermine informiert, während den Ratsmitgliedern auch die nichtöffentlichen Sitzungsinhalte zur Verfügung stehen. Im Idealfall erhalten die Ratsmitglieder nur noch die Einladung in Schriftform, alle weiteren Informationen bis hin zu den Anla-

gen werden über das Ratsinformationssystem im geschützten Bereich zur Verfügung gestellt. Das aufwändige Drucken von Beschlussvorlagen und weiterer sitzungsrelevanter Dokumente entfällt. Die Mandatsträger werden mit einem automatisch generierten Email benachrichtigt, wenn neue oder weitere Daten für sie bereitstehen.

### Einfach publizieren

Die Veröffentlichung wird im komuna.RIS Modul Sitzungsdiens gesteuert und auf direktem Weg publiziert. Das manuelle Einpflegen der Sitzungsinformationen auf der Homepage ist nicht mehr notwendig. Die Verwaltung entscheidet individuell, welche Informationen wann und welchem Nutzer zur Verfügung gestellt werden. Möglich ist damit auch die Anbindung von Außenstellen, die keine Netzwerk-Verbindung zum Rathaus haben.

### Zahlreiche Vorteile

Gewollte Informationen werden ausgewählten Nutzern über das Internet zugänglich gemacht. Das Hosting erfolgt über die komuna.de, bei minimalem Aufwand für die Verwaltung.

Interessenten können sich von den vielen Vorteilen wie Sitzungskalender, Sitzungsarchiv, Volltextsuche, etc. auf [www.komuna.de](http://www.komuna.de) überzeugen. Dort finden sie unter Leistungen – komuna.RIS eine Demo-Anwendung. Weitere Informationen unter Tel.: 0871 / 9738 0.

Anspruch nehmen. Mit zunehmendem Alter sinkt diese Bereitschaft, doch immerhin noch 35 Prozent der über 65-jährigen würden digitale Services auch nutzen.

### Erwartungen

Ingesamt gibt es eindeutige Erwartungen an die kommunalen Verwaltungen und Sozialversicherungsträger: Kompetente und freundliche Beratung, eine schnelle Bearbeitung ihrer Anliegen, räumliche Nähe, zeitliche Flexibilität, verstärkte Nutzung innovativer Technologien und einen verantwortungsvollen Umgang mit ihren persönlichen Daten stehen in dieser Reihenfolge auf ihrer Wunschliste. Ebenfalls wichtig - allerdings in geringe-

rem Maße – ist die Verkürzung der Wartezeiten vor Ort, die bessere Verständlichkeit und Vollständigkeit von Informationen sowie eine bessere örtliche Erreichbarkeit der Ansprechpartner. Die Ergebnisse zeigen bei insgesamt durchaus positiven Werten, dass es noch Potenzial für Verbesserungen gibt und Verwaltungen weitere Anstrengungen unternehmen müssen, um aus Sicht ihrer Kunden noch kundenfreundlicher zu werden.

Für die Studie wurden repräsentativ für die Grundgesamtheit der Bürger in Deutschland von IBM und dem Zentrum für Evaluation und Methoden (ZEM) der Universität Bonn in computergestützten Telefoninterviews 1002 Bürger ab 25 Jahren befragt.



## eGovernment für Praxis und Zukunft

Die komuna Lösungen

Wir laden Sie herzlich ein.  
komuna Kunden Forum vom 28.06.–01.07. in Altdorf  
Infos und Anmeldung: [www.komuna.de](http://www.komuna.de)



**„Wie können unsere Schüler ohne Gefahr das Internet nutzen?“**



**Keine Sorge. OctoGate managt das für Sie.**



powered by **HSM**

DIE HOCHSICHERHEITS-FIREWALL MIT JUGENDSCHUTZFILTER FÜR SCHULEN, KINDERGÄRTEN, JUGENDEINRICHTUNGEN  
[WWW.OCTOGATE.DE](http://WWW.OCTOGATE.DE)

## Doppik-Pioniere ziehen positives Fazit

„Klassentreffen“ des Doppik-Verbundprojekts auf Einladung von AKDB und arf GmbH

„Die Einführung der Doppik war eine Frischzellen-Kur für unsere Verwaltung.“ So lautet das Fazit von Wolfgang Rast, dem Ersten Bürgermeister der Marktgemeinde Igensdorf im oberfränkischen Landkreis Forchheim – zwei Jahre nach der Umstellung auf die doppelte Buchführung im Verbund mit den Kommunen Brunthal, Cadolzburg, Dorfen, Eichstätt, Kronach und Stegaurach.

Nun hat die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern, AKDB, gemeinsam mit den Verantwortlichen des Beratungsunternehmens arf GmbH alle Teilnehmer des bayernweit ersten Verbundprojekts zu einem „Klassentreffen“ in das Altmühltal in Oberbayern eingeladen. Dort konnten die Teilnehmer erste Erfahrungen aus der doppischen Praxis untereinander austauschen und Anregungen zum Verfahren OK.FIS aufnehmen. Der Kundenservice der AKDB klärte auf dieser Veranstaltung alle offenen Fragen der Teilnehmer und wagte darüber hinaus einen Ausblick in die Zukunft. Nach der Umstellung des Rechnungswesens wollen sich die

Kommunen aus dem Verbund jetzt verstärkt der ganzheitlichen Steuerung mit Hilfe der neuen Tools OK.FIS KLR und OK.FIS CAP widmen.

Nach Ansicht der Verbund-Kommunen hat sich die Doppik-Einführung schon jetzt in mehrfacher Hinsicht gelohnt. Dies konnte man den Äußerungen aller Projektbeteiligten entnehmen: Kämmerer Andreas Haßelbacher aus der Gemeinde Brunthal im Landkreis München beispielsweise stellte fest, dass sich die Mitglieder des örtlichen Gemeinderates schon „intensivere Gedanken über die tatsächlichen Folgen von Investitionen machen“. In den Teilbereichen der Verwaltung werde die eigene fachliche Ver-

antwortung noch stärker wahrgenommen, so Haßelbacher. Auch die anderen Teilnehmer zogen eine positive Zwischenbilanz. Ein „anderes, modernes Denken“ bei den Mitarbeitern beobachtete Wolfgang Günther von der Stadtverwaltung Kronach. Maria Bauer, Kämmerin in der Stadt Dorfen, berichtete: „Nur die Doppik machte eine transparente Darstellung der Veränderung unseres Vermögens möglich.“

Bayerische Vermessungsverwaltung:

### Informationen zur Geodateninfrastruktur

„Geodateninfrastruktur Bayern“ lautete das Thema einer Informationsveranstaltung zu Geodaten und -diensten der Bayerischen Vermessungsverwaltung an der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Forsten und Landwirtschaft in Landshut.

Präsident Georg Wirth eröffnete die Veranstaltung und betonte in seiner Begrüßungsansprache die Wichtigkeit der Nutzung der Geobasisdaten und -dienste in den Aufgabengebieten der FÜAK.

Georg Perchermeier, Leiter der Regionalabteilung Ost des Landesamts für Vermessung und Geoinformation (LVG), erläuterte in seiner Ansprache die Aufgabe der Bayerischen Vermessungsverwaltung, Geobasisdaten und Dienste für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der bestehenden Ressortvereinbarung zwischen der Bayerischen Vermessungsverwaltung (BVV) und dem Bayerischen Landwirtschaftsministerium können die Mitarbeiter der FÜAK nahezu alle Daten und Dienste der BVV nutzen.

Die Mitarbeiter der FÜAK wurden in verschiedenen Vorträgen über den Aufbau und die Aufgaben der Geoinfrastruktur informiert. Außerdem bekamen sie neben den Produkten, Diensten und Projekten der BVV konkrete Anwendungsbeispiele aufgezeigt. Den Abschluss bildete eine Live-Präsentation der vielfältigen Funktionen des BayernViewer-plus.

Neben den bereits im kostenfreien BayernViewer enthaltenen topographischen Kartenwerken im Maßstab 1:10 000 bis 1:500 000 und den Luftbildern (Orthophotos) bietet der BayernViewer-plus die Möglichkeit, weitere Funktionalitäten



Die Teilnehmer des bayernweit ersten Doppik-Verbundprojekts trafen sich im oberbayerischen Altmühltal zum Erfahrungsaustausch. Die Zwischenbilanz aller Beteiligten fiel durchwegs positiv aus: „Nur die Doppik macht eine transparente Darstellung der Veränderung unseres Vermögens möglich.“

### Deutschland ringt um elektronischen Personalausweis

Ab dem 1. November wird der alte Personalausweis durch einen kleinen Computer im Scheckkartenformat ersetzt. Der neue elektronische Personalausweis wird alle Daten, die bisher auf die alten Ausweise gedruckt sind, in einem Ausweis-Chip speichern.

Zusätzlich enthält er eine Biometriefunktion zur Identitätsfeststellung. So wird auf jedem Ausweis ein digitales Foto gespeichert, wie bereits beim aktuellen Reisepass. Zudem können zwei Fingerabdrücke auf freiwilliger Basis in dem Dokument hinterlegt werden. So soll der Ausweis helfen, die Kontrollen an Grenzen und im Inland zu erleichtern.

Zudem soll sich der Ausweisinhaber im Internet elektronisch gegenüber Behörden ausweisen können. So kann beispielsweise ein Auto direkt im Internet zugelassen werden. Der Identitätsnachweis kann aber auch gegenüber privatwirtschaftlichen Dienstleistungsanbietern, beispielsweise bei Online-Shopping, Online-Banking oder beim Online-Kauf von Tickets eingesetzt werden. Gleichzeitig erhält der Ausweisinhaber über ein Zertifikat die Bestätigung, dass die von ihm aufgerufene Website auch dazu berechtigt ist, seine Daten abzufragen.

Um diese Funktionen zu nutzen, muss der entsprechende Rechner mit einem Lesegerät ausgestattet sein, auf das der Pass aufgelegt wird. Bei einem Einkauf im Internet soll der Bürger dann entscheiden können, welche seiner Daten weitergegeben werden. Darüber hinaus muss er die Übertragung seiner Daten mit einer sechsstelligen PIN explizit bestätigen.

Der IT-Sicherheitsverband TeleTrusT Deutschland drängt auf die Einführung des elektronischen Personalausweises. Dieser schütze die Daten der Bürger und verbessere gleichzeitig die Online-Sicherheit durch entsprechende Authentifizierungsverfahren erheblich. „Was die aktuelle Situation betrifft, ist der Sicherheitslevel für unsere moderne Informationsgesellschaft einfach nicht mehr hoch genug“, so TeleTrusT-Geschäftsführer Holger Mühlbauer im Gespräch mit presstext.

#### Zwei-Faktor-Authentisierung

Denn die meisten User würden im Internet mit unsicheren Passwörtern operieren bzw. nur ein Passwort für sämtliche Internetdienste verwenden. Dazu komme, dass Passwörter oftmals unverschlüsselt oder gar im Klartext per E-Mail oder Web-Kommunikation über das Internet übertragen werden. „Mit dem neuen Personalausweis bekommen die Bürger eine neue Authentisierungsfunktion, die für die sichere Anmeldung bei Online-Diensten genutzt werden kann. Das Plus an Sicherheit basiert auf der Zwei-Faktor-Authentisierung, die Passwort-Wissen mit dem tatsächlichen Besitz des Ausweises kombiniert“, erklärt Mühlbauer. Der Bürger ist vor einem unberechtigten Zugriff auf die im Personalausweis gespeicherten Daten geschützt“, zeigt sich Mühlbauer überzeugt.

#### 13. Gunzenhausener IuK-Tage:

### E-Government gewinnt an Fahrt

Bereits zum 13. Mal finden am 14. und 15. April die Gunzenhausener IuK-Tage statt. Sie haben sich zu einem festen und wichtigen Treffpunkt für IT-Leiter der öffentlichen Verwaltung etabliert. Veranstaltet werden die IuK-Tage von der Bayerischen Akademie für Verwaltungs-Management gemeinsam mit den vier kommunalen Spitzenverbänden in Bayern.

Themenschwerpunkte sind unter anderem: E-Government, Elektronisches Personenstandsregister, der neue elektronische Personalausweis, Sachstand und Ausblick zur EU-Dienstleistungsrichtlinie, IT-Sicherheit sowie Datenschutz und IT-Recht.

Spätestens zum 1. Januar 2014 müssen alle Personenstandsregister elektronisch geführt werden. Was auf die einzelnen Behörden zukommt und welche Lösungen angedacht sind, wird die Tagung ebenso behandeln wie die Frage, welche neuen Regelungen zur elektronischen Archivierung von Standesamtsunterlagen von Bedeutung sind.

Die Identifizierung von Personen im Internet galt bislang als größtes Problem. Mit dem neuen Personalausweis steht den Bürgern ein Internet-Ausweis zur Verfügung, mit dem sie sich bei elektronischen Rechtsgeschäften eindeutig ausweisen können. Die Stadt Hagen wird über ihre Erfahrungen im Testverfahren berichten.

Wie die aktuelle IT-Umsetzung in Bayern zur EU-Dienstleistungsrichtlinie aussieht, wird ebenso Thema sein wie die Frage, welche Dienstleistungsportale und elektronische Verfahrensentwicklungen vorgesehen sind. Darüber hinaus wird es bei den Gunzenhausener IuK-Tagen darum gehen, welche IT-Sicherheitsanforderungen und Standards mindestens einzuhalten sind und welche häufigsten Fehler man in der Praxis antrifft.

Die Informationsgesellschaft bringt immer neue Kommunikationsmöglichkeiten wie Foren, Blogs oder Facebooks hervor. Welche Rolle spielt der Datenschutz? Welche Schutzmaßnahmen sind zwingend zu treffen, wann ist der Persönlichkeitsschutz verletzt und wo gibt es vielleicht Spielräume? Zum Abschluss der Tagung wird ein IT-Rechtsexperte umfassend und praxisnah über aktuelle Fragen rund um das Online-Recht Auskunft geben. DK

Es gibt einen sicheren Weg bei der Umstellung auf die

DOPPIK

führen Sie am besten mit DATEV ein. Schließlich sind wir nicht nur führend beim Rechnungswesen, sondern auch der Spezialist für ein zukunftsweisendes kommunales Finanzmanagement.

Wir begleiten Sie in allen Phasen der Umstellung auf die doppelte Buchführung: Mit leistungsstarker Software, einem umfassenden Projektmanagement und individuellen Serviceangeboten. Und auch anschließend im laufenden Betrieb stehen wir Ihnen beratend zur Seite. Informieren Sie sich unter der Telefonnummer 0800 0114348.

[www.datev.de/kommunal](http://www.datev.de/kommunal)



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Von Arbeitslosigkeit bedrohte Erwerbstätige:

## ARGE muss Kosten der Beratung bezahlen

Urteil des Landessozialgerichts in NRW

Wer wegen Schulden seine Arbeit zu verlieren droht, kann nach dem SGB II gegen die zuständige ARGE einen Anspruch auf Übernahme der Kosten für eine Schuldnerberatung haben. Das hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in einem am 13.07.2009 mitgeteilten Urteil entschieden.

Zwar habe die Neufassung des früheren Bundessozialhilfegesetzes und des darin enthaltenen Anspruchs auf vorbeugende Schuldnerberatung zu Regelungslücken und Ungereimtheiten geführt, dies dürfe aber nicht zu Lasten der Betroffenen gehen und dazu führen, dass Erwerbstätigen ein Anspruch auf Kostenerstattung für die dringend benötigte vorbeugende Schuldnerberatung generell verwehrt werde. Die Revision zum Bundessozialgericht wurde zugelassen (Urteil vom 25.05.2009, Az.: L 20 SO 54/07, nicht rechtskräftig).

### Der Sachverhalt

Die Essener Richter gaben einer 42-Jährigen aus Siegen Recht, deren inzwischen verstorbener Vater sie durch Immobiliengeschäfte in ihrem Namen mit erheblichen Schulden belastet

hatte. Sie hatte unter dem Druck der Schulden (Lohnpfändungen, drohender Verlust des Girokontos) und einer anstrengenden Akkordarbeit vorbeugend die Hilfe einer Schuldnerberatung in Anspruch genommen. Die Kosten in Höhe von 225 Euro für die fünfstündige Beratung hatte sie zunächst vom Träger der Sozialhilfe und später auch von der ARGE erstattet verlangt.

### SGB II soll auch vor Verlust der Erwerbstätigkeit schützen

Den Anspruch der Klägerin gegen den Sozialhilfeträger lehnten die Essener Richter zwar ab, weil die erwerbsfähige Klägerin keine Sozialhilfeleistungen verlangen könne. Sie sahen aber eine mögliche Zahlungspflicht der ARGE für die vorbeugende Schuldnerberatung und verwie-

sen diesbezüglich auf das SGB II und dessen Grundgedanken und Ziele. Das SGB II sehe auch die Gewährung von Hilfen an noch Erwerbstätige durch die ARGE vor, um schon den Verlust der Erwerbstätigkeit und das Eintreten von Hilfebedürftigkeit - insbesondere in Form fehlender Eigensicherung des Lebensunterhalts - zu vermeiden.

### Neuprüfung des Anspruchs

Der Anwendungsbereich der Vorschrift des § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 SGB II (seit 1.1.2009: § 16a SGB II) über die Gewährung von Schuldnerberatung sei daher nicht auf bereits Hilfebedürftige im Sinne des SGB II beschränkt, so das LSG weiter. Dieser sei vielmehr auch auf Menschen, denen Hilfebedürftigkeit nur drohe, entsprechend anzuwenden. Denn der Gesetzgeber habe die vorbeugende Schuldnerberatung weiterhin für geboten gehalten und sie in § 11 Abs. 5 Satz 3 des SGB XII - für Sozialhilfeempfänger auch ausdrücklich geregelt. Dieser Rechtsgedanke sei wegen der vergleichbaren Interessenlage auf das SGB II und damit auf den Anspruch der Klägerin nach § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 SGB II zu übertragen. Mit dem Urteil verpflichteten die Essener Richter die zuständige ARGE, den Anspruch der Klägerin neu zu prüfen. □

Bundesverwaltungsgericht:

## Bürgerkriegsgefahren können Abschiebungsschutz begründen

Bürgerkriegsgefahren im Herkunftsland können dazu führen, dass einer Person Abschiebungsschutz zu gewähren ist. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 14.07.2009 entschieden, dass in Ausnahmefällen bei besonders hoher Gefährdichte auch allgemeine Gefahren im Rahmen eines bewaffneten Konflikts eine ernsthafte individuelle Bedrohung im Sinne von Art. 15 Buchst. c der Qualifikationsrichtlinie (2004/83/EG) sein können, wonach Schutz vor Abschiebung zu gewähren ist (Az.: 10 C 9.08 und 10 C 13.08).

Die Richtlinie sieht für Personen, die nicht die Voraussetzungen für die Flüchtlingsanerkennung nach der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllen, aber bei Rückkehr in ihr Herkunftsland anderweitig von einem ernsthaften Schaden bedroht wären, einen eigenen subsidiären Schutzstatus vor. Als Schaden gilt danach unter anderem eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts (Art. 15 Buchst. c der Richtlinie, jetzt umgesetzt in § 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG).

### Irakkonflikt

Die Kläger in den zwei Ausgangsverfahren sind irakische Staatsangehörige, die im Jahr 1999 beziehungsweise 2001 nach Deutschland gekommen und wegen Verfolgung durch das Regime Saddams Husseins als Flüchtlinge anerkannt worden waren. Nach dem Sturz dieses Regimes 2003 widerrief das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Anerkennungen und stellte fest, dass in Bezug auf den Irak auch keine ausländerrechtlichen Abschiebungsverbote bestehen. Die dagegen gerichteten Klagen hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-

Württemberg im Berufungsverfahren abgewiesen. Zu den hier allein noch streitigen - ausländerrechtlichen Abschiebungsverbote, insbesondere zu dem nach § 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG, hat er ausgeführt, zwar gebe es in Teilen des Irak bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen. Die Kläger seien hiervon jedoch nicht individuell bedroht, weil bei ihnen keine gefahrerhöhenden persönlichen Umstände vorlägen. Sie seien vielmehr nur den allgemeinen, für die gesamte Bevölkerung bestehenden Gefahren ausgesetzt. Das BVerwG hat die Berufungsentscheidungen aufgehoben und die Verfahren zur weiteren Aufklärung an den VGH zurückverwiesen.

### Auch allgemeine Gefahren können individuelle Bedrohung sein

Das BVerwG hatte bereits im Juni 2008 entschieden, dass in Ausnahmefällen bei besonders hoher Gefährdichte auch allgemeine Gefahren im Rahmen eines bewaffneten Konflikts eine ernsthafte individuelle Bedrohung im Sinne von Art. 15 Buchst. c der Qualifikationsrichtlinie darstellen können, ohne dass individuelle gefahrerhöhende Umstände vorliegen müssten. Diese Auffassung habe auch der EuGH in einem Urteil vom Fe-

bruar 2009 zu Art. 15 Buchst. c der Qualifikationsrichtlinie geteilt (NVwZ 2009, 705), so das BVerwG. Danach könne bei allgemeinen Gefahren eine ernsthafte individuelle Bedrohung ausnahmsweise auch dann als gegeben angesehen werden, wenn der den bestehenden bewaffneten Konflikt kennzeichnende Grad willkürlicher Gewalt ein so hohes Niveau erreiche, dass eine Zivilperson allein durch die Anwesenheit in dem betroffenen Gebiet tatsächlich Gefahr laufe, einer solchen Bedrohung ausgesetzt zu sein. Da der VGH dies nicht geprüft habe, seien seine Entscheidungen aufzuheben gewesen.

### VGH muss Vorliegen eines innerstaatlichen Konflikts prüfen

Bei der Prüfung, ob die Kläger durch willkürliche Gewalt im Rahmen bewaffneter Auseinandersetzungen im Irak ernsthaft individuell bedroht seien, müsse jetzt der VGH zunächst untersuchen, ob und in welchen Gebieten des Irak ein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt herrsche. Bestehe ein solcher Konflikt nicht landesweit, komme eine individuelle Bedrohung in der Regel nur in Betracht, wenn der Konflikt sich auf die Herkunftsregion der Kläger erstreckte, in die sie typischerweise zurückkehrten, so das BVerwG. Sei für die maßgebliche Region eine individuelle Bedrohung entweder wegen gefahrerhöhender individueller Umstände oder - ausnahmsweise - wegen eines besonders hohen Niveaus allgemeiner Gefahren im Rahmen des bewaffneten Konflikts anzunehmen, sei weiter zu prüfen, ob die Kläger in anderen Teilen des Irak, in denen derartige Gefahren nicht bestünden, internen Schutz finden könnten. □

## Keine wirksame Grenze beim Höchstalter für Verbeamtung

Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz

Das Land Rheinland-Pfalz kann den Antrag zweier Lehrerinnen auf Übernahme in das Beamtenverhältnis nicht mit der Begründung ablehnen, sie überschritten die Höchstaltersgrenze von 40 Jahren für eine Einstellung. Dies ergibt sich aus zwei Urteilen des Verwaltungsgerichts Koblenz vom 01.09.2009. Zum einen fehle nach den am 25.11.2009 bekannt gewordenen Entscheidungen in Rheinland-Pfalz eine gesetzliche Grundlage, zum anderen lägen dort Höchstaltersgrenze und Ausnahmen unzulässigerweise allein im Ermessen der Verwaltung (Az.: 6 K 1357/08.KO und 6 K 465/09.KO).

Die 1964 und 1967 geborenen Klägerinnen sind Lehrerinnen in Rheinland-Pfalz in einem Anstellungsverhältnis. Ihre Anträge im Jahr 2007 beziehungsweise 2008 auf Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe lehnte das beklagte Land ab. Bei einer Überschreitung der Altersgrenze von 40 Jahren komme eine Einstellung nur in Betracht, wenn die Überschreitung allein durch Kindererziehungszeiten bedingt sei. Dies sei jedoch bei den Klägerinnen nicht der Fall. Diese erhoben nach erfolglosem Widerspruchsverfahren Klage vor dem Verwaltungsgericht.

### Anspruch auf erneute Entscheidung

Die Klagen hatten zum Teil Erfolg. Zwar hätten die Klägerinnen keinen Anspruch auf Übernahme in das Beamtenverhältnis, entschieden die Richter des VG. Es bestehe aber ein Anspruch auf erneute Entscheidung über ihren jeweiligen Antrag. Der Beklagte könne diesen nämlich nicht unter Verweis auf die Altersgrenze von 40 Jahren ablehnen.

### Gesetzliche Regelung fehlt

Grundsätzlich könnte zwar der Anspruch auf gleichen Zugang zu einem öffentlichen Amt durch eine Altersgrenze eingeschränkt werden. Zweck einer solchen Altersgrenze sei es, in Anbetracht der Dauerhaftigkeit des Beamtenverhältnisses ein angemessenes Verhältnis von der Leistung des Beamten im aktiven Dienst einerseits und seinen Ansprüchen auf Versorgung während des Ruhestandes andererseits sicherzustellen. Die Festlegung der Höchstaltersgrenze müsse jedoch durch gesetzliche

Regelung erfolgen. Hieran fehle es derzeit in Rheinland-Pfalz.

### Verwaltung darf nicht alleiniges Ermessen haben

Die konkrete Höchstaltersgrenze und die Ausnahmen hierzu seien nur in Verwaltungsvorschriften geregelt. Zudem existierten

## Anspruch auf Erstattung der Kosten einer Fraktion

Streit um Rechte nach Kommunalverfassungsrecht

Eine Gemeinderatsfraktion hatte Probleme mit anderen Fraktionen im Rat und wandte sich deshalb an einen Rechtsanwalt mit der Bitte um Beratung. Dieser Rechtsanwalt stellte der Fraktion dann für seine Tätigkeit 200 in Rechnung. Deshalb machte die Fraktion gegenüber der Gemeinde einen Kostenerstattungsanspruch geltend.

Grundsätzlich können nämlich kommunale Funktionsträger von der Gemeinde die Erstattung solcher Kosten verlangen, die ihnen gerichtlich oder außergerichtlich im Rahmen eines Streits um die sich ihnen nach dem Kommunalverfassungsrecht zugewiesenen Rechte entstanden sind. Bei der Auseinandersetzung muß es aber um die Verteidigung innerorganisatorischer Kompetenzen gehen.

### Notwendige Kosten

Die Kostenerstattung ist beschränkt auf diejenigen Kosten, die dem Grunde und der Höhe nach notwendig sind, um die eigenständige Wahrnehmung im Interesse der Gemeinde zugewiesener Aufgaben oder Kompetenzen zu verteidigen. Demgegenüber reicht eine bloße Meinungsverschiedenheit von Funktionsträgern über Inhalt oder Umfang ihrer Aufgaben oder Kom-

Abreden zwischen dem Finanz- und Bildungsministerium, die die Ausnahmen von der Höchstaltersgrenze in der Verwaltungsvorschrift erweiterten.

### Mangelfach

So werde eine Lehrkraft auch jenseits der Höchstaltersgrenze eingestellt, wenn sie ein Mangelfach unterrichte und zudem die Gefahr des Abwanderns in ein benachbartes Bundesland bestehe, das dieser Lehrkraft eine Verbeamtung anbiete. Damit liege aber die Bestimmung der Höchstaltersgrenze und ihrer Ausnahmen unzulässigerweise allein im Ermessen der Verwaltung. □

## Anspruch auf Erstattung der Kosten einer Fraktion

Streit um Rechte nach Kommunalverfassungsrecht

Eine Gemeinderatsfraktion hatte Probleme mit anderen Fraktionen im Rat und wandte sich deshalb an einen Rechtsanwalt mit der Bitte um Beratung. Dieser Rechtsanwalt stellte der Fraktion dann für seine Tätigkeit 200 in Rechnung. Deshalb machte die Fraktion gegenüber der Gemeinde einen Kostenerstattungsanspruch geltend.

Grundsätzlich können nämlich kommunale Funktionsträger von der Gemeinde die Erstattung solcher Kosten verlangen, die ihnen gerichtlich oder außergerichtlich im Rahmen eines Streits um die sich ihnen nach dem Kommunalverfassungsrecht zugewiesenen Rechte entstanden sind. Bei der Auseinandersetzung muß es aber um die Verteidigung innerorganisatorischer Kompetenzen gehen.

### Meinungsbildungsprozess noch nicht abgeschlossen

Bestehen etwa zwischen den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, Gruppen oder einzelnen Ratsmitgliedern Unstimmigkeiten über die ihnen jeweils zustehenden Aufgaben und Kompetenzen, ohne dass das zuständige Gemeindeorgan hierüber bereits entschieden hat, werden zwar auch organschaftliche Aufgaben und Kompetenzen berührt. In diesem frühen Stadium steht jedoch die politische Meinungsbildung über das Bestehen, den Inhalt und Umfang der betroffenen Aufgaben und Kompetenzen,

## Vertragsbeziehungen zu einem Versorgungsunternehmen im Kreistag

Ablehnung einer öffentlichen Sitzung

Als es um die Beteiligung eines Landkreises an einem großen Versorgungsunternehmen ging, verlangte ein Kreistagsmitglied die Erörterung der Angelegenheit in einer öffentlichen Sitzung, was aber abgelehnt wurde. So hat sich das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen im Beschluß vom 16.7.2009 - 15 B 945/09 - mit der Angelegenheit befasst.

Für das Gericht lag es auf der Hand, dass unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohlinteresses ein Ausschluss der Öffentlichkeit für den Tagesordnungspunkt geboten war. Bei dem Tagesordnungspunkt ging es im Kern um die kommunalrechtliche Ermächtigung von Vertretern des Kreistages in Gesellschaften und der mittelbaren Beteiligung des Kreises an dem Großunternehmen.

### Möglichkeiten ausschöpfen

In der Sitzung sollte insbesondere das bisherige Verhandlungs-

ergebnis bewertet und daraus die verfahrensmäßige Konsequenz gezogen werden. Es kam nicht nur in Betracht, das vorgefundene Verhandlungsergebnis zu billigen oder abzulehnen. Bei einer öffentlichen Erörterung hätten rechtlich nicht die Möglichkeiten des Kreistages ausgeschöpft werden können. Es wäre inhaltlich zu einer Bescheidung seiner Kompetenzen gekommen. Er musste verschiedene Möglichkeiten haben, den Tagesordnungspunkt zu verhandeln. Nach der Sitzungsvorlage konnte der Kreistag der beabsichtigten Beteiligung an dem Versorgungs-

im Vordergrund. Hingegen ist es noch völlig ungewiß, ob die von einem Beteiligten möglicherweise befürchtete Verletzung organschaftlicher Befugnisse überhaupt eintreten wird. Dies läßt sich erst erkennen, wenn der Meinungsbildungsprozeß mit einer Entscheidung abgeschlossen ist.

### Spekulation

Die nur erwartete oder auch befürchtete Rechtsverletzung gehört in den Bereich der mehr oder weniger fundierten Spekulation. Selbst Äußerungen des Vorsitzenden einer Ratsfraktion, die ein bestimmtes Abstimmungsverhalten ankündigen, geben nicht ohne weiteres sicheren Aufschluß über das tatsächliche Ab-

stimmungsverhalten ihrer Mitglieder. Nichts anderes gilt im Grundsatz, wenn sich der Bürgermeister äußert.

### Abwarten zumutbar

Deshalb kann einem Funktionsträger in aller Regel zugemutet werden, die Entscheidung des zuständigen Gemeindeorgans abzuwarten, die aus seiner Sicht seine organschaftlichen Befugnisse betrifft und verletzt. Kostenverursachende Maßnahmen zur Wahrung organschaftlicher Befugnisse sind daher in diesem Stadium grundsätzlich nicht notwendig.

Diese Auffassung hat das Oberverwaltungsgericht Münster im Urteil vom 24.4.2009 - 15 A 981/06 - vertreten. -tt-

unternehmen zustimmen; er konnte aber auch die beabsichtigte Beteiligung endgültig ablehnen; er konnte sie vorläufig mit der Maßgabe bestimmter Vertragsnachbesserungen ablehnen; er konnte in Bezug auf den abzuschließenden Vertrag Weisungen beschließen.

### Schwächung der Verhandlungsposition

Alle genannten Möglichkeiten mit Ausnahme endgültiger Zustimmung oder endgültiger Ablehnung hätten den Verhandlungsprozeß für die Vertreter des Kreises in den Gesellschaften offen gehalten. Wäre die Sitzung öffentlich gewesen, hätte aus dem Verlauf der Beratung und dem Abstimmungsergebnis die Haltung des Kreises zu weiteren Verhandlungen erschlossen werden können. Dies hätte die Verhandlungsposition der Unternehmen, in die Vertreter des Kreistages entsandt wurden, schwächen können, so dass die von dem dahinterstehenden Kreis verfolgten Interessen gefährdet gewesen wären. Die öffentliche Beratung dieses Verhandlungsgegenstandes lief somit dem Gemeinwohl zuwider.

### Öffentlichkeitsausschluss im Gemeinwohlinteresse

Nur durch den Ausschluss der Öffentlichkeit wurde sichergestellt, dass die Meinungsbildung ohne Sorge um zukünftige weitere Verhandlungen durch die Offenlegung des Meinungsgegenstandes auch in der Richtung erfolgen konnte, keine abschließende Entscheidung zu treffen. Dr. O.

Wegen ihrer Rolle in der Landesbank-Misere:

## Genossenschaftsverband übt Kritik an der Sparkassenorganisation

Für Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken war 2009 „ein wirklich gutes Jahr“  
Keine Kreditklemme

Das „wirklich gute Geschäftsjahr 2009“ für die 307 bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken und ihre guten Aussichten auch fürs laufende Jahr markierten den einen Schwerpunkt in der Bilanzpressekonferenz des Genossenschaftsverbandes Bayern. Für den anderen sorgte Verbandspräsident Stephan Götzl mit seiner Kritik an den Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Stützungsmaßnahmen im Bereich der privaten Geschäftsbanken und auch der öffentlich-rechtlichen Institute. Dabei ging er insbesondere mit der Rolle der Sparkassen in der bayerischen Landesbank-Misere unerwartet harsch in Gericht. Die geschäftspolitischen Äußerungen fanden größeres Interesse als die durchaus guten Geschäftszahlen.

Als den Wettbewerb verzerrend nannte Götzl zum Beispiel, wenn Banken stille Einlagen des Staates erhalten und dafür keinen Cent zahlen müssen, weil sie weiterhin immense Verluste schreiben. Mit Blick auf die Übernahme der Dresdner Bank durch die Commerzbank sagte der Verbandspräsident: „Da werden Zukäufe und Umstrukturierungen mit dem Geld des Steuerzahlers beglichen. Das verzerrt nicht nur heute den Wettbewerb, sondern verteilt auch die Startchancen in den Wettbewerb von morgen ungleich.“

Die Notmaßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems und der ganzen Wirtschaft seien zweifellos richtig gewesen. Wichtig sei jetzt aber, dass für die Zukunft verhindert werde, dass der Staat von systemischen Banken erpresst werden könne. Deshalb müssten Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen systemischen Banken im Notfall auch geordnet abgewickelt werden könnten. Marktwirtschaft könne ohne das Korrektiv einer Insolvenz nicht funktionieren. Damit es aber soweit gar nicht erst komme, seien die Planungen, die es jetzt rund um einen Banken-Rettungsfonds gibt, durchaus positiv zu sehen. Systemrelevante Großbanken müssten in einen solchen Fonds einbezogen werden, nicht aber Regionalbanken wie die Volks- und Raiffeisenbanken, die seit bald 70 Jahren über ein eigenes, effektives Bankensicherungsmodell verfügen.

Was die Rolle der Sparkassen in der bayerischen Landesbank-Misere angeht, mahnte Götzl, dass den Sparkassen etwas mehr Deutlichkeit im öffentlichen Auftritt gut täte. Schließlich habe es ihnen die Politik sehr einfach gemacht, sich ihrer Verantwortung bei der Landesbank zu entziehen. Der Steuerzahler stehe plötzlich alleine da. Über Jahre habe die Sparkassenorganisation die Auslandsaktivitäten der Landesbank aktiv befördert und davon wirtschaftlich profitiert. Es hinterlasse schon einen seltsamen Eindruck, wenn man sich dann Knall auf Fall zurückziehe, die Abwicklung des Engagements der Allgemeinheit überlasse und mit der eigenen Vergangenheit nichts mehr zu tun haben wolle.

Und das, obwohl die Sparkassenorganisation nicht nur 50-Prozent-Eigentümer, sondern darüber hinaus Garantiegeber für einen großen Teil der Verbindlichkeiten der Bank gewesen sei. Im Rahmen der auslaufenden Gewährträgerhaftung hätte der bayerische Sparkassenverband, so Götzl, noch für Verbindlichkeiten in erheblichem Umfang haften müssen. Im Jahr 2009 seien das noch knapp 46 Milliarden Euro gewesen.

Die Argumentation der Sparkassen, dass auch kein privater Aktionär zum Nachschuss von Kapital verpflichtet sei, weshalb man das von den Sparkassen auch nicht verlangen könne, ziehe aber nicht. Die Gewährträgerhaftung habe der Landesbank eine sehr gute Bonität und den Sparkassen über Jahre schöne Gewinne beschert. Deshalb mache die Gewährträgerhaftung die öffentlich-rechtlichen Sparkassen auch zu mehr als nur zu aktionärsähnli-

chen Anteilsbesitzern. Der Genossenschaftspräsident machte sich erneut für die Haus- und Regionalbanken mit ihrer Nähe zum Kunden stark. Er kritisierte die Großbanken, die angeblich von der Krise deshalb so stark betroffen seien, weil ihr Heimat-



Stephan Götzl.

markt zu unprofitabel sei und sie deshalb zu riskanten Geschäften ins Ausland gedrängt würden. Obwohl die Volks- und Raiffeisenbanken fast gänzlich ohne eigene Auslandsaktivitäten auskämen, weil sie sich gegebenenfalls dazu der Spezialisten im eigenen Finanzverband bedienten, seien sie in der langfristigen Betrachtung sogar profitabler als die Großbanken, denen das flächendeckende Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft oft zu mühsam und kleinteilig sei. Ihnen erscheine vielmehr das internationale Investmentbanking lukrativer, das allerdings hochriskant sei.

Für viele sei das Kasino schon wieder offen. Wem aber der Aufwand für ein eigenes, dichtes Filialnetz zu groß und damit der Heimatmarkt unattraktiv sei, der müsse nach marktwirtschaftlicher Logik eben aus dem Markt ausscheiden. Das forderten die großen Geschäftsbanken schließlich auch von Firmen der Realwirtschaft. Mit dem Gejammer über Mängel im deutschen Bankensystem wollten die Großbanken eher von eigenen Fehlern ablenken.

### Solide Beratung

Eine Lanze brach Götzl für den Verbraucherschutz. Auch wenn es immer noch Luft nach oben gebe, sei der absolute Großteil der Beratung bei den Volks- und Raiffeisenbanken seriös, solide und im Interesse des Kunden. Bei den Produktinformationsblättern strebe man zusammen mit den Sparkassen eine Standardisierung an. Wichtig sei, dass alle Beteiligten – Politik, Wirtschaft und Kunden – an einem Strang zögen. Deshalb fordere er einen Masterplan für den Verbraucherschutz, also ein koordiniertes Vorgehen aller am Verbraucherschutz beteiligten Bundesministerien. Außerdem brauche man eine Fokussierung auf die Bereiche im Finanzmarkt, in denen die Kunden nach wie vor dubiosen Machenschaften ungeschützt ausgesetzt seien. Dazu zähle an erster Stelle der graue Markt. Nötig sei aber auch ein Verbot für risikobehaftete Produk-

te. Das heiße: Keine Hedgefonds mehr für Private und auch keine Credit Default Swaps (CDS) ohne konkretes Basisgeschäft mehr. CDS dürften nur der Versicherung von Krediten dienen. Für die rein privatwirtschaftlich organisierten Kreditgenossenschaften, so Götzl, habe der Verbraucherschutz seit jeher einen hohen Stellenwert.

Wie gut sich die bayerischen Kreditgenossenschaften im Wettbewerb behauptet haben, zeigen die guten bis sogar sehr guten Geschäftszahlen fürs Berichtsjahr 2009. Das Betriebsergebnis vor Bewertung und Steuern hat von 0,76 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) im Jahr 2008 auf 1,07 Prozent zugelegt, was 1,25 Milliarden Euro entspricht. Das Ergebnis nach Bewertung und Steuern erreicht mit 0,78 Prozent der DBS über 900 Millionen Euro. Da die Volks- und Raiffeisenbanken „keine völlig überzogenen Gehalts- und Bonuszahlungen gewähren“, konnten sie ihre gute Eigenkapitalquote weiter stärken, was natürlich die Kreditvergabe erleichtert, Götzl: „Für unsere Kunden gibt es keine Kreditklemme.“

Die gute Ertragslage hat mehrere Ursachen. Da ist zunächst die Bilanzsumme, die um 4,7 Prozent auf 119,6 Milliarden Euro gewachsen ist. Dabei haben die Kundeneinlagen um 3,1 Prozent auf 93,2 Milliarden Euro zugenommen. Einschließlich außerbilanzieller Anlagen betreuten Bayerns Kreditgenossenschaften 144,6 Milliarden Euro an Kundengeldern. Die Ausleihungen nahmen um 4,3 Prozent bzw. 2,7 Milliarden auf 64,5 Milliarden Euro zu. Das war das höchste Kreditwachstum seit 1966. Bei den Firmenkunden stieg das Kreditvolumen sogar um 5,3 Prozent auf 29,3 Milliarden Euro. Sehr erfreulich verlief das Geschäft mit LfA-Förderkrediten. Sowohl bei der Anzahl als auch beim Volumen waren die Genossenschaftsbanken „deutlich Marktführer in Bayern“. „Und auch in diesem Jahr können die Kunden dank unserer soliden Eigenkapitalbasis von einer kontinuierlichen Kreditversorgung ausgehen“, sagte Götzl.

### Höheres Ergebnis

Aber nicht nur Wachstum, sondern auch Verbesserungen auf der Kostenseite haben das Ergebnis gesteigert. So wurden die Betriebskosten von 2,15 auf 2,06 Prozent der DBS gedrückt. Und die Aufwand/Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio) konnte um 8,3 Prozentpunkte auf 66,9 Prozent gesenkt werden. Da man bereits 2008 alle Belastungen aus der Finanzkrise offengelegt und die nötigen Abschreibungen selbst gestemmt hatte und sich zugleich die Lage auf den Kapitalmärkte größtenteils beruhigt hat, konnten die Volks- und Raiffeisenbanken sogar „von Zuschreibungen in nicht unwesentlicher Höhe“ profitieren, „denn wir waren übervorsichtig gewesen und hatten zuviel abgeschrieben“.

Eine aktuelle Konjunkturumfrage des Verbandes zeigt, dass man für das laufende Jahr von einer guten Entwicklung ausgehen kann. 96 Prozent der Mitgliedsbanken gehen von einer mindestens zufriedenstellenden Entwicklung aus. 49 Prozent sind sogar sehr zufrieden. 87 Prozent rechnen mit weiter zunehmenden Ausleihungen. In einer Ergebnisvorschau rechnet der Verband für 2010 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung und Steuern von 1,09 (2009: 1,07) Prozent, einer

Zinsspanne von 2,44 (2,42) Prozent, Betriebskosten von 2,05 (2,06) Prozent und einer Aufwand/Ertrags-Relation von 66,1 (66,9) Prozent. Auf Grund dieser guten Aussichten wollen drei Viertel der Kreditgenossenschaften in Bayern ihre Beschäftigtenzahl konstant halten, 9 Prozent sogar

erhöhen. Götzl: „Wir bleiben bei unserer auf Stabilität ausgerichteten Geschäftspolitik.“

Mit dem Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband (RWGV) hat der Bayerische Genossenschaftsverband (GBV) eine umfassende Kooperation begonnen, um sich zukunftsorientiert

aufzustellen. Sie umfasst alle Felder der Verbandsarbeit, von der Prüfung über die Beratung in rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen bis hin zu Bildung und Interessenvertretung. Anzeichen für eine Erweiterung der Kooperation gebe es bereits. **dhg.**

Vorwürfe zurückgewiesen:

## Landesbank-Debakel trifft Bayerns Sparkassen hart

Faltermeier: 2009 bescherte dennoch ein solides und stabiles Ergebnis

Die bayerischen Sparkassen sind nicht bereit, die Kritik des Genossenschaftsverbandes Bayern an ihrer Haltung in der Landesbank-Misere einfach hinzunehmen. Der Präsident des Genossenschaftsverbandes, Stephan Götzl, hatte ihnen vorgeworfen, sich aus ihrer Verantwortung gestohlen zu haben, weil sie sich nicht an der Rettung der BayernLB beteiligt hätten (siehe Bericht links). Dem hielt der Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, Rudolf Faltermeier, in der Jahrespressekonferenz seines Verbandes entgegen, die Sparkassen hätten mit Blick auf ihre Kunden durchaus verantwortungsvoll gehandelt, als ihr Verband sich im Dezember 2008 nicht an der Bereitstellung von 10 Milliarden Euro zur Rettung der maroden bayerischen Landesbank beteiligt, sondern die finanzielle Stützaktion allein dem Freistaat überlassen habe. Dadurch sei der ursprünglich hälftige Anteil der Sparkassen an der BayernLB auf 4,18 Prozent „verwässert“ worden.

Welche Auswirkungen das Debakel der BayernLB für die 73 Sparkassen im Freistaat hat, wird erst jetzt allmählich klar. Die Auswirkungen der verlustreichen Geschäfte der Landesbank bedeuten, bezogen auf die Anschaffungskosten der Sparkassen für ihren ehemaligen Anteil an der BayernLB, einen Wertverlust von rund 1 Milliarde Euro, „die es zu verkräften gilt“. 2008 wurden auf den Buchwert von knapp 1,4 Milliarden Euro bereits 520 Millionen Euro abgeschrieben. 2009 sind weitere 420 Millionen Euro Abschreibungen hinzugekommen. Zum Ausgleich hat der Verband stille Reserven aus den Beteiligungen an der Bayerischen Versicherungskammer und an der Deka Bank in Höhe von 400 Millionen Euro gehoben, sodass der Verlust aus der Beteiligung an der Landesbank 2009 nicht so stark auf das Ergebnis durchschlug.

Nach dem seinerzeitigen Verkehrswert der Landesbank dürfte der Wertverlust sogar „im großen einstelligen Milliarden-Bereich liegen“, wovon die Hälfte auf die Sparkassen entfällt. Jetzt ist die Beteiligung des Verbandes an der BayernLB nur noch 370 Millionen Euro wert. Das sei zwar schmerzhaft, aber für Bayerns Sparkassen nicht existenziell, betonte Faltermeier, der als Vize derzeit noch den Sparkassenverband allein repräsentiert, bis Mitte April der neu gewählte Präsident Theo Zellner sein Amt antritt.

Doch mit all dem ist es noch nicht genug. Zusätzliche Risiken beinhalten die stillen Einlagen der Sparkassen bei der BayernLB von 840 Millionen Euro. Nicht nur,

dass es darauf keine Zinsen gibt, die Institute müssen für 2009 darauf 10 Millionen Euro abschreiben. Für weitere 116 Millionen Euro an vorübergehenden Wertminderungen haben sie das Wahlrecht, ob sie abschreiben wollen oder nicht. Nichtsdestotrotz, so Faltermeier, bleibe die Landesbank für die Sparkassen ein Zentralinstitut.



Rudolf Faltermeier.

Trotz des Landesbank-Debakels legen Bayerns Sparkassen nach Faltermeiers Darstellung ein solides und stabiles Ergebnis mit einem Jahresüberschuss von 330 (2008: 173) Millionen Euro vor. Die Bilanzsumme nahm um 0,6 Prozent auf 166,7 Milliarden Euro zu, was im Wesentlichen dem Kundengeschäft zu verdanken sei. Die Einlagen stiegen erneut an, und zwar um 1,2 Prozent auf knapp 130 Milliarden Euro. Bevorzugt wurden Sicht- und Spareinlagen. Der Wertpapierver-

kauf nahm um 30 Prozent auf 1 Milliarde Euro zu. Erneut zulegen konnte auch das Kreditgeschäft, und zwar um 2,3 Prozent auf nahezu 99 Milliarden Euro. Stark zugenommen haben mittelfristige Kredite. Für ein Krisenjahr sei das eine sehr hohe Steigerungsrate, sagte Faltermeier. Unverändert geht etwa die Hälfte an die Kommunen. Zugenommen haben die Wohnungsbaukredite.

Bei den Sparkassen habe es keine Kreditklemme gegeben und es werde keine geben. An der Kreditvergabepraxis der Sparkassen habe sich nichts geändert. 2009 haben die Institute 170 Millionen Euro an Existenzgründern ausgegeben und mit 1800 abgeschlossenen Finanzierungen jede zweite Existenzgründung im Freistaat begleitet, wodurch ca. 5000 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden. Ergänzt wurden diese Kredite durch den neuen Eigenkapitalfonds der deutschen Sparkassen. Aus ihm werden über die jeweiligen Beteiligungsgesellschaften in diesem Jahr bundesweit 550 Millionen Euro neues Eigenkapital für Unternehmen zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden über die Sparkassen 2009 knapp 27.000 Förderdarlehen der KfW Bankengruppe, der LfA Förderbank Bayern sowie der Landwirtschaftlichen Rentenbank im Gesamtvolumen von 3,3 (2,3) Milliarden Euro ausgereicht.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung fiel mit 1,75 Milliarden Euro um rund 400 Millionen Euro besser als im Jahr zuvor aus. Dazu trug ein höherer Zinsüberschuss von 3,72 (3,365) Milliarden Euro bei, was 2,24 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) entspricht. Nicht eindeutig wirkte sich das Bewertungsergebnis aus. Im Wertpapierbereich gab es Zuschreibungen von 131 Millionen Euro, wogegen im Kreditbereich Abschreibungen von 231 Millionen Euro nötig wurden. Es sei aber nicht zum befürchteten deutlichen Anstieg von Kreditausfällen gekommen. Wertberichtigungsbedarf ergab sich ferner bei den Anteilen der Sparkassen am Stammkapital (Fortsetzung auf Seite 16)



Alles aus einer Hand  
Kompetenz für Städte, Kommunen und Bauherren



Standortentwicklung und Städtebau



Energie und Kommunale Entwicklung



Wohnungs- und Eigenheimbau

Bayerische Landessiedlung GmbH  
Franziskanerstraße 14  
81669 München  
Tel. (0 89) 23 87-0  
info@bils-bayern.de  
www.bils-bayern.de

Informationen:  
[www.bils-bayern.de](http://www.bils-bayern.de)

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Bayerns Förderbank zieht erfolgreich Bilanz:

## LfA zeigt in der Krise ihre Stärke

Minister Zeil sieht die Wirtschaft auf moderatem Erholungskurs

„Auch wenn wir noch nicht über den Berg sind, weil die konjunkturelle Situation noch labil ist“, sieht Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil die Wirtschaft des Freistaates auf moderatem Erholungskurs. Dennoch werde das Jahr 2010 für Bayerns Wirtschaft ein herausforderndes Jahr, stellte er als Vorsitzender des Verwaltungsrates der LfA Förderbank Bayern in der Bilanzpressekonferenz des Instituts fest. Die größten Unsicherheiten für die künftige Entwicklung lägen im Bankensektor und in den drohenden Engpässen bei der Kreditfinanzierung. LfA-Vorstandsvorsitzender Michael Schneider dämpfte etwaige Befürchtungen mit der Feststellung, die LfA sei und bleibe eine gesunde Bank mit hoher Leistungsfähigkeit, die auch weiterhin dem Mittelstand als stabilisierendes Element der deutschen Wirtschaft mit ihren Förderleistungen und ihrer Risikoübernahme durch Bürgschaften und Haftungserleichterungen zur Seite stehen werde.

2009 war für die LfA ein Jahr außergewöhnlicher Herausforderungen. Die schlimmste Krise seit Bestehen der Bundesrepublik habe vielen mittelständischen Unternehmen existenzielle Probleme bereitet durch massive Auftragseinbrüche, unvorhergesehene Liquiditätslücken, unsichere Zukunftsaussichten und die Probleme der Kreditwirtschaft selbst. In dieser Krise sei es die wichtigste Aufgabe als Förderbank gewesen, die Maßnahmen des bayerischen Mittelstandsschirms umzusetzen. Mit diesem Schirm soll dem Mittelstand der Zugang zu neuen Krediten offen gehalten und für faire Konditionen gesorgt werden, um an sich gesunden Unternehmen das Überleben zu sichern.

### Stabile Beine

Die erbrachten Anstrengungen, so Schneider, zeigten Wirkung. Allein im Kernfördergeschäft für kleine und mittlere Unternehmen hat die LfA mit 1,4 Milliarden Euro über 100 Millionen Euro mehr zugesagt als im Jahr zuvor. Mit Risikoübernahmen und Förderkrediten wurde insgesamt fast 5.500 Unternehmen in Bayern geholfen, ihre Finanzierung auf stabile Beine zu stellen. So wurden laut Schneider 90.000 Arbeitsplätze gesichert. 95 Prozent der Förderung gingen an kleine und mittlere Unternehmen. Für die Jahre 2009 und 2010 hatte die bayerische Staatsregierung das Bürgschaftsangebot der LfA durch ein Rückbürgschaftskontingent um insgesamt 200 Millionen Euro ausgeweitet. Außerdem gab es eine Rückgarantie des Bundes aus dem Konjunkturpaket II. Dazu Zeil: „Die LfA ist dadurch gut gerüstet, zusätzliche Risiken zu schultern und den Mittelstand wirkungsvoll zu unterstützen. Sie kann den Hausbanken einen Großteil des Risikos abnehmen und so wesentlich dazu beitragen, deren Bereitschaft zur Kreditvergabe zu erhöhen.“ Und Schließlich hat die LfA zum 1. Februar 2010 ihr Förderangebot unter dem Dach des Schirms erweitert, indem sie jetzt auch Haftungsfreistellungen für Betriebsmittelkredite anbietet.

### Schnelle Hilfe

Mit 360 Millionen Euro hat die LfA über den Schirm im vergangenen Jahr mehr als doppelt so viele Risiken abgesichert wie im Jahr zuvor. Mit dieser Hilfe haben rund 2.000 Unternehmen neue Kredite bekommen, was zusätzliche Kredite in einer Gesamthöhe von 500 Millionen Euro mobilisierte. 81 Prozent aller Bürgschaftsanträge wurden positiv und meist innerhalb von zwei Wochen entschieden. Schneider: „Wer schnell hilft, hilft doppelt.“ Trotz der in der Krise gedämpften Investitionsneigung blieb die Nachfrage nach Förder-

kredit auf einem hohen Niveau von über 1 Milliarde Euro. Das waren zwar vom Volumen her 7 Prozent weniger als im Jahr zuvor, aber nach der Anzahl der etwa 5.000 geförderten Unternehmen um 4 Prozent mehr. Allein mit den Förderkrediten mit ihren attraktiven Zinsen und langen Laufzeiten, so Schneider, konnten 63.000 Arbeitsplätze gesichert und 5.400 neue geschaffen werden. Sehr erfreulich findet die LfA die deutliche Zunahme bei Technokrediten für grundlegende Innovationsvorhaben sowie das immer noch hohe Niveau an Investivkrediten. In beiden Bereichen zusammen wurden 464 (Vorjahr 459) Millionen Euro zugesagt. Das zeige, dass der Mittelstand trotz Krise zuversichtlich in die Zukunft schaue und in seine Wettbewerbsfähigkeit investiere.

Ergänzend zu diesem Kernfördergeschäft fördert die LfA die Wirtschaft auch über Global- und Konsortialdarlehen. Die Globaldarlehen, die von den Geschäftsbanken in maßgeschneiderte Einzeldarlehen zerlegt werden, erreichten 400 Millionen Euro. Die Konsortialdarlehen, mit denen sich die LfA in Einzelfällen an größeren Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft sowie an Infrastrukturmaßnahmen beteiligt, beliefen sich auf 225 Millionen Euro.

### Kredite für kommunale Infrastruktur

An Kommunen vergibt die LfA zusammen mit dem Schwessterunternehmen KfW Kredite, allerdings keine Betriebsmittelkredite, sondern nur Kredite für Investitionen. Wegen der Krise gab es im Berichtsjahr einen leichten Rückgang auf etwa 20 Millionen Euro, was dann aber etwa 60 bis 80 Millionen Investitionen beflügelte, etwa in den Straßenbau und sonstige Infrastrukturmaßnahmen, wie Vorstandsmitglied Dr. Otto Beierl erläuterte. Schneider ist sicher, dass die Nachfrage der Kommunen in den nächsten Jahren wieder zunimmt.

Beigetragen zum Erfolg hat die dritte Säule des LfA-Förderangebots, nämlich die Beratung, der das Kundencenter in München und die Repräsentanz in Nürnberg dienen. Insgesamt führten die Mitarbeiter mehr als 6.000 persönliche, intensive Beratungsgespräche durch. Hinzu kamen 30.000 telefonische Beratungen. Darüber hinaus betreuten die Berater der sogenannten Task Force 800 Unternehmen, mehr als doppelt so viele wie im Jahr zuvor.

Die Erfolge der LfA zeigen sich auch in den betriebswirtschaftlichen Kennzahlen. Die Bilanzsumme stieg um 3 Prozent auf 19,5 Milliarden Euro, die Kernkapitalquote erreichte sehr gute 15,5 Prozent. Wegen der stark gestiegenen Risikoübernahmen übertraf das Geschäfts-

volumen mit 20,5 Milliarden Euro erstmals die Marke von 20 Milliarden Euro. Der Zinsüberschuss legte deutlich auf 142 (103) Millionen Euro zu. Das ermöglichte die Erhöhung der Risikovorsorge von 40 auf 72,5 Millionen Euro, was wegen der höheren Risiken im Kreditbereich nötig ist. Einschließlich eines Gewinnvortrages erreichte der Jahresüberschuss 38,1 (31,1) Millionen Euro, wovon 25 Prozent in die gesetzliche Rücklagen wandern und 75 Prozent an den Freistaat. Der allerdings

### Kreissparkasse München Starnberg zieht Bilanz:

## 2009 bisher bestes Geschäftsjahr

Rekordzahlen dank vieler neuer Kunden Gegen Bankenabgabe

Das Jahr 2009 war für die Kreissparkasse München Starnberg das beste Geschäftsjahr seit ihrem Bestehen. Dieser Erfolg resultiert nicht nur aus den gewachsenen Geschäftsvolumina, sondern auch aus der besonderen Qualität der Zuwächse. Natürlich hat auch eine Rolle gespielt, „dass wir in einem besonderen Geschäftsgebiet arbeiten“, wie der Vorstandsvorsitzende Anton Hummer in der Bilanzpressekonferenz bemerkte.

Die Landkreise München und Starnberg sind, was Lohnniveau, Kaufkraft und niedrige Arbeitslosenquote betrifft, überaus attraktiv und ziehen Unternehmen und qualifizierte Arbeitskräfte an. Dennoch hat eine Umfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages ergeben, dass auch diese bevorzugte Region noch von einem stabilen, selbst tragenden Aufschwung ein gutes Stück entfernt ist. Die Erholung stehe noch auf wackeligen Beinen. Die Städtische Schuldner- und Insolvenzberatung, so Hummer, ist sich sicher, dass die Krise verspätet und massiv auch bei uns eintrifft.

### Existenzgründungen

Wie zuverlässig solche Prognosen sind, muss sich noch erweisen. Nach Erkenntnissen der Sparkassen-Finanzgruppe, deren Institute zu drei Vierteln aller deutschen Unternehmen Verbindungen unterhalten und 43 Prozent aller Kredite an Unternehmen und Selbständige vergeben, geht es vier von fünf Unternehmen auch in der Wirtschaftskrise ganz gut. 20 Prozent der befragten Unternehmen hingegen geht es schlecht. Immerhin hat 2009 die Kreissparkasse 76 Existenzgründungen mit 139 neuen Arbeitsplätzen begleiten können.

Auch im Berichtsjahr 2009 ist die Kreissparkasse unverändert ihrer Strategie der guten Erreichbarkeit, der Nähe zu den Kunden, der persönlichen Kontakte und des Vertrauens gefolgt und hat so nach dem guten Jahr 2008 bei den Kundeneinlagen noch einmal knapp 10 Prozent auf 6,22 Milliarden Euro zulegen können. Damit stehe man bayernweit unter allen Sparkassen an der Spitze. Ziel sei es jetzt, die gewonnenen Kundengelder, die zunächst meist als täglich fällige Gelder geparkt seien, in eigenen Haus zu halten. Bei einem Teil sei schon die Umschichtung auf längere Laufzeiten gelungen. Selbst Private-Banking-Kunden, also vermögende Kunden, die bis vor einigen Jahren nicht als typische Sparkasse-Klientel galten, schätzten nun mehr und mehr die individuelle Vermö-

stellung davon 10,1 Millionen Euro wieder für Aufgaben der Wirtschaftsförderung zur Verfügung.

### Bestens gerüstet

Schneider sieht die LfA für alle in Betracht kommenden Risiken mit dem bayerischen Mittelstandsschirm bestens gerüstet und ist sich sicher, an sich gesunden Unternehmen mit Bürgschaften und Haftungsfreistellungen auch über eine längere Schwächephase hinweg helfen zu können. Der bayerische Mittelstand werde mit der Doppelstrategie „Bestandssicherung und Innovation“ die Krise überwinden. Zu begrüßen sei, dass die Bereitschaft der Privatbanken, mit der LfA zusammenzuarbeiten, zugenommen hat. Das ist deshalb wichtig, weil mindestens 20 Prozent der Kredite die Hausbanken im eigenen Risiko schultern müssen, „denn nur dann können wir darauf vertrauen, dass die Hausbank auch zum Unternehmen steht.“ dhg

deutliche auf 60 Prozent -, legte das Betriebsergebnis vor Bewertung auf 1,04 Prozent der DBS oder 77 Millionen Euro zu. An Steuern wurden 23 Millionen Euro gezahlt, darunter 10,1 Millionen Euro Gewerbesteuer. Außerdem floss eine knappe Million Euro in Spenden und Sponsoring für soziale und kulturelle Zwecke. Der Überschuss dient zum Teil dazu, das Eigenkapital durch Erhöhung auf 419,3 (360,6) Millionen Euro weiter zu stärken und den Fonds für allgemeine Bankrisiken mit 38 Millionen Euro zu dotieren.

Nicht unerwähnt ließ Hummel, dass die bayerischen Sparkassen als ehemalige hälftige Anteilseigner noch immer mit 4,2 Prozent an der Bayerischen Landesbank beteiligt sind „und sich weiterhin ihrer Verantwortung stellen. So habe die Kreissparkasse eine Ergebnisbelastung bei der BayernLB von 6,7 Millionen Euro allein im Jahr 2009 zu tragen gehabt. Hinzu komme ein Zinsverlust bei den stillen Einlagen von 2 Millionen Euro. Dennoch sei die Kreissparkasse der Meinung, dass die BayernLB mit ihrem Projekt Herkules auf dem richtigen Wege sei. Die Bank sei für die bayerischen Sparkassen nach wie vor ein wichtiger Partner.

Angesichts der guten Situation und der keineswegs schlechten Aussichten ist Stellenabbau bei der Kreissparkasse kein Thema. Beschäftigt werden knapp 1500 Mitarbeiter. 25 Azubis sind schon eingestellt, 25 werden noch ge-

sucht. Für ihre gute Personalarbeit und Lehrlingsausbildung ist das Institut mehrfach ausgezeichnet worden.

### Wettbewerbsverzerrungen

Kritik übt die Kreissparkasse an Wettbewerbsverzerrungen durch Staatshilfen, was einigen Banken die Gewährung besonderer Konditionen auf dem Markt ermögliche. Auch die deutschen Landesbanken hätten von den Bundesländern Hilfen über insgesamt 16,2 Milliarden Euro erhalten, aber die Commerzbank allein habe bei einem damaligen Börsenwert von 6 Milliarden Euro Staatshilfen über 18,6 Milliarden Euro erhalten - ohne irgendwelche Auflagen. Wenn sich heute auf den Finanzmärkten wieder altbekannte Fehlentwicklungen abzeichneten und zunehmend wieder Transaktionen ohne Bezug zur Realwirtschaft getätigt würden, seien Pläne zur Einführung einer Bankenabgabe mehr als kritisch zu sehen. Die Sparkassen jedenfalls verwenden ihre Kundeneinlagen ausschließlich zur Kreditvergabe. Daraus erwirtschafteten sie ihre Zinsspanne und seien daher kaum auf Refinanzierungsgeschäfte angewiesen. Als solide Banken mit einem soliden Geschäftsmodell wollten sie nicht unabhängig von ihrer Risikoneigung und Systemrelevanz pauschal nach Bilanzsumme dafür zahlen, was die tatsächlichen Verursacher der Finanzmarktkrise ausgelöst hätten, stellte Hummel fest. dhg

## Kreissparkasse Augsburg mit Serviceversprechen

Mit sechs Servicegarantien untermauert die Kreissparkasse Augsburg, wie wichtig ihr Vertrauen und Loyalität bei der partnerschaftlichen Kundenbeziehung sind. Kunden dürfen die Versprechen wörtlich nehmen: Sollten diese einmal nicht erfüllt werden, gibt es von der Kreissparkasse eine Entschädigung in Form von 5 Euro.

Ein Beratungstermin innerhalb von drei Werktagen, sehr gute Erreichbarkeit, eine individuell zugeschnittene Beratung, schnelle Entscheidungsfindungen in dringenden Fällen, Bargeld rund um die Uhr an den Geldautomaten der Kreissparkasse sowie ein passendes Konto – all dies sind Kriterien für die Zufriedenheit der Kunden.

„Unsere Kunden sollen wissen, dass wir das Vertrauen und die Loyalität, die sie uns entgegenbringen, nicht selbstverständlich nehmen“, so Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg. „Volle Terminkalender hat heute so gut wie jeder und Flexibilität ist zum wichtigen Faktor in der Kundenbetreuung geworden. Eines unserer Versprechen lautet deshalb, dass niemand

länger als drei Werkzeuge auf einen Beratungstermin warten muss. Dieser Termin kann über unsere mobilen Kundenberater natürlich auch außerhalb der üblichen Geschäftszeiten an einem bevorzugten Ort wahrgenommen werden.“

### 5 Euro Erstattung

Außerdem sichert die Kreissparkasse Augsburg ununterbrochene Bargeldversorgung über ihre Geldautomaten zu. Sollte ein Automat aus technischen Gründen ausnahmsweise nicht funktionieren, erstattet die Kreissparkasse fünf Euro. Und - sollte das gewählte Konto doch nicht zu den Bedürfnissen passen, kann es innerhalb der ersten sechs Monate problemlos gekündigt werden. □

## Landesbank-Debakel...

(Fortsetzung von Seite 15)

Zwecke und Einrichtungen wurden 63,4 Millionen Euro bereitgestellt. Zusätzlich verfügen die 98 bayerischen Sparkassen-Stiftungen über ein Kapital von 199,5 Millionen Euro.

Faltermeier versicherte, dass die Geschäftsstelle vor Ort auch künftig der zentrale Bestandteil des Geschäftsmodells bleibe, auch wenn die Zahl der Beratungszentren auf 47 auf 453 gestiegen ist und die der Selbstbedienungszentren auf 312 auf 345.

Eine Prognose fürs laufende Jahr wollte Faltermeier nicht geben, weil es noch zu früh im Jahr sei. Die bisher vorliegenden Daten zeigten aber, dass 2010 bei einem Anspringen der Konjunktur eine erneute Belebung der Kreditnachfrage zu erwarten sei. Der Sparkassenverband sei zuversichtlich, auch 2010 wieder eine stabile und zufriedenstellende Geschäftsentwicklung zu erreichen, zumal die Sparkassen mit einem Stärke-Index von 49,3 das Marken-Ranking im Bankensektor anführten, gefolgt von den Volks- und Raiffeisenbank. dhg

Die deutschen Sparkassen planen, über ihre Beteiligungsgesellschaften in diesem Jahr 550 Millionen Euro neues Eigenkapital für Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Die Kreissparkasse wird mit 10 Millionen Euro dabei sein und speziell für kleine und mittelständische Unternehmen eine standardisierte Beteiligung von 50.000 bis 250.000 Euro als Genussrechtskapital bereitstellen (Mezzanine-Angebot).

Weil durch die bemerkenswerte Zunahme der Kundengelder die Refinanzierung bei Banken keine große Rolle spielte, wuchs die Bilanzsumme „nur“ um 3,5 Prozent auf knapp 7,6 Milliarden Euro. Deutlicher sind die Ertragszahlen. Da die Zinsspanne auf 2,11 (Vorjahr:2,03) Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) gesteigert und die Kosten gesenkt werden konnten – die Cost-Income-Ratio (Aufwand/Ertrag-Relation) sank

Horst Seehofer auf Informationsfahrt durch das Coburger Land:

## Herzlicher Empfang in Rödental

Zum ersten Mal besuchte Horst Seehofer in seiner Eigenschaft als bayerischer Ministerpräsident die Region Coburg. Erstes Ziel der Informationsfahrt war Rödental, die Stadt der Keramik und der Puppen, um an den Feierlichkeiten anlässlich der 75-Jahrfeier der berühmten Hummelfiguren teilzunehmen und sich über die dortige wirtschaftliche Situation zu informieren. Zum Abschluss sprach Seehofer beim 1. Dialog „Strukturwandel“ in Oberfranken in Selb zu den Herausforderungen des demografischen Wandels und den politischen Antworten der Staatsregierung.

Bei einem Empfang im Schloss Rosenau, zu dem Rödental Bürgermeister Gerhard Preß geladen hatte, bedankte sich dieser bei Seehofer zunächst für die „großartige Unterstützung“, die Rödental in den vergangenen Jahrzehnten vom Freistaat erhalten habe. Als Wünsche für die Zukunft bat der Ratshauschef darum, das Fördergefälle nach Thüringen abzubauen; ansonsten seien Neuansiedlungen von Firmen kaum noch möglich. Zudem wies Preß darauf hin, dass durch die gewaltigen Bauarbeiten an der ICE-Strecke zahlreiche Straßen in Rödental sehr in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Hier müsse – auch von Seiten des Staates – Abhilfe geschaffen werden.

Seehofer sagte seine Hilfe zu. Zugleich bezeichnete er die Kommunen als „wichtigste Investoren“. Sie weiterhin zu stärken, sei die „Quelle des Erfolgs“. Seehofer versprach, sich für den Abbau des Fördergefälles in der Grenzregion zwischen Bayern und Thüringen einzusetzen. Es behindere die wirtschaftliche Entwicklung des ehemaligen westdeutschen Zonenrandge-

biets und damit die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern. Auch sagte Seehofer weitere Unterstützung beim Ausbau der DSL-Versorgung im ländlichen Raum zu. Eine schnelle Internetverbindung sei inzwischen ein genauso wichtiger Faktor wie Gesundheit oder Bildung. Darüber hinaus will sich der CSU-Chef eingehend mit dem Verfahren um die Verlängerung der Ausnahme genehmigung für den Verkehrslandeplatz Coburg und den Ausbau der Hochschule Coburg befassen.

### Gegen neue Gebietsreform

Der Ministerpräsident sprach sich gegen eine neue, von der Staatsregierung betriebene Gebietsreform aus. Seehofer erteilte damit Vorschlägen aus SPD-Kreisen eine Absage, die Landkreise Coburg, Kronach und Lichtenfels zum dann größten Landkreis in Bayern zu vereinen. Kommunale Zusammenschlüsse sollten, wenn überhaupt, nur auf der Grundlage von Freiwilligkeit erfolgen, nicht aber staatlich verordnet wer-

den, meinte Horst Seehofer.

Nach dem Empfang in Schloss Rosenau besuchte der Ministerpräsident die Manufaktur Rödental GmbH, in der die weltberühmten Hummel-Figuren hergestellt werden. Die Produktion der Kinderfiguren nach den Zeichnungen der Ordensschwester Maria Innocentia Hummel war nach der Insolvenz der Firma Goebel im Herbst 2008 eingestellt worden. Im Februar 2009 erwarb die Porzellanmanufaktur Hoechst die Betriebsausstattung und die Rechte.

„Glücksfall für Bayern“

„Die Rettung der Traditions-marke ist ein Glücksfall für die Region und für Bayern insgesamt“, erklärte Seehofer. Er verwies darauf, dass die erfolgreiche

Fortführung der Produktion dieser in aller Welt geschätzten Figuren nicht nur die zahlreichen Sammler besonders erfreue, sondern auch die Menschen in der Region mit Stolz erfülle. Seehofer: „Das Aus der Traditions-marke ist abgewendet. Jetzt gilt es die Entwicklung des Unternehmens konsequent weiterzuführen.“

### Ländlicher Raum ist „Chefsache“

Im Rahmen des Kongresses zur Bevölkerungsentwicklung in Selb wies Seehofer darauf hin, „dass der ländliche Raum in Bayern Angelegenheit der gesamten Staatsregierung und Chefsache ist“. Der vom Forum Zukunft Oberfranken organisierte Kongress war Auftakt einer Dialogreihe, die Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen erarbeiten soll. Prognosen zufolge soll die Bevölkerung in vielen nordbayerischen Landkreisen in den nächsten 20 Jahren um bis zu 20 Prozent schrumpfen.

Seehofer zufolge liegen die Ursachen für diese Entwicklung schon Jahrzehnte zurück und lassen sich somit auch nicht von heute auf morgen lösen. Für die betroffenen Regionen sei es wichtig, insbesondere die Hauptschulen wohnortnah zu erhalten. „Müssen die Schüler erst einmal mit dem Bus in die nächste Schule fahren, ist es nur eine

Frage der Zeit, wann die Eltern wegziehen“, beschrieb Seehofer drohende Kettenreaktionen. Er sagte zu, sich auch für eine bessere Finanzausstattung der betroffenen Städte, Gemeinden und Landkreise einzusetzen und finanzielle Anreize für die Ansiedlung von Ärzten zu überprüfen.

Mit einer „breit aufgestellten Politik für den ländlichen Raum“ wolle die Staatsregierung sicherstellen, dass jeder Teil Bayerns auch bei rückläufiger Bevölkerungsentwicklung gute Zukunftsperspektiven hat. „In Bayern gehen wir das Thema offensiv an. Bei uns gilt: agieren statt reagieren und Prävention statt späterer Reparatur“, erklärte der Ministerpräsident. Er setze mit einer „ressort- und fachübergreifenden Politik“ an, um den ländlichen Raum zu stärken.

Der demographische Wandel wird auch Wirkungen auf die Wirtschaft haben. „Die Studie Arbeitslandschaft 2030 der vbw hat ergeben, dass in Bayern bereits bis zum Jahr 2015 520.000 Fachkräfte fehlen werden“, unterstrich Bertram Brossard, Hauptgeschäftsführer der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssten deshalb sämtliche Potenziale ausgeschöpft werden, um die Erwerbstätigenquote in Oberfranken weiter zu steigern. **DK**

## Jugendarbeit ändert sich

Bezirk Unterfranken will bis 2011 neues Kinder- und Jugendprogramm erarbeiten

Der Bezirk Unterfranken will sein Kinder- und Jugendprogramm nach fast 15 Jahren fortschreiben und dabei alle in der Jugendarbeit Tätigen aus Unterfranken einbeziehen. Vertreter regionaler Jugendeinrichtungen diskutierten mit Bezirksräten und dem Fachmann Dr. Mike Seckinger vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) in Würzburg über die neuen Schwerpunkte der bezirklichen Jugendpolitik. Im Juli 2011 soll das neue Programm im Bezirkstag verabschiedet werden.

Zu den größten Herausforderungen für den Bezirk gehört die Frage, wie Jugendarbeit noch organisiert werden kann, wenn die Nachfrage einbricht. In manchen Dörfern schrumpft die Zahl der Jugendlichen kontinuierlich, in

chungen zufolge auch nicht so, dass Kinder und Jugendliche durch die schulischen Angebote der Jugendverbände motiviert werden, sich außerhalb der Schule verbandlich zu engagieren.

Problematisch ist für Seckinger



Lebhaft diskutiert wurde in Würzburg darüber (im Bild: CSU-Fraktionsvorsitzender Dr. Peter Motsch), welche Schwerpunkte der Bezirk Unterfranken künftig bei der Jugendarbeit setzen will. Foto: Pat Christ

20 Jahren wird es in Unterfranken grob geschätzt rund 30.000 Kinder und Jugendliche weniger geben als heute. „Lohnt“ es sich noch, für eine Handvoll Jugendlichen in Dörfern des ländlichen Raumes Angebote aufrechtzuerhalten? Ist dies finanzierbar? Was kann der Bezirk tun? Diese und viele weitere Fragen sollen bis Sommer kommenden Jahres erörtert werden.

### Projekt „Modo Club“

Neu ist der Trend, Jugendarbeit in Schulstrukturen einzubetten. Auch in Unterfranken kooperieren zahlreiche Jugendverbände mit Schulen. Die Kirchliche Jugendarbeit Main-Spessart zum Beispiel bietet im Projekt „Modo Club“ Nachmittagsbetreuung für Karlstadter Förderschüler an. Das „Jugendhaus Pumphaus“ in Kleinostheim (Kreis Aschaffenburg) organisiert Kletterprojekte für Schülerinnen und Schüler, der „Spielraum - Verein für offene Kinder- und Jugendarbeit in Kitzingen“ unterstützt vor allem Kitzinger Schüler mit Migrationshintergrund, die Jugendbildungsstätte Haus Volkensberg in Bad Brückenau offeriert Pennälern Erlebnispädagogik im Hochseilgarten.

Jugendverbände, die sich einbilden, durch Kooperationen mit Schulen zu Geld zu kommen und gleichzeitig ihre Nachwuchsprobleme zu beheben, liegen falsch, warnte Jugendforscher Seckinger. Zwar fließen durch die Kooperation mehr Mittel in die verbandlichen Töpfe. Doch es muss auch viel Geld für die Schulangebote aufgebracht werden. Schließlich ist es Untersu-

ger, dass Jugendverbände trotz ihres inzwischen hohen Engagements an Schulen kaum Einblick bekommen in das, was hinter den Schulkulissen vor sich geht. Kaum ein Jugendverband nimmt an Schul- und Lehrerkonferenzen teil - und wenn, dann ohne Stimmrecht. „Das ist fachlich eine Katastrophe.“

Als falsch entlarvte Seckinger die verbreitete Annahme, Jugendliche würden sich heute kaum noch ehrenamtlich einbinden lassen. Mindestens jeder fünfte Jugendliche ist freiwillig engagiert. Rechnet man die Aktivitäten hinzu, die Jugendliche freiwillig tun, ohne von „Ehrenamt“ zu sprechen, liegt die Zahl bei 40 Prozent. „Erschreckend“ sei allerdings, dass der Anteil der ehrenamtlich engagierten Arbeitslosen und von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sehr gering ist. Vor allem in der Vorkommenschaft von Jugendverbänden sind beide Gruppen nur marginal vertreten.

### Migrationshintergrund

Genau hiergegen kämpft der Bezirksjugendring Unterfranken mit seiner Jugendbildungsstätte seit Jahren an. Laut Einrichtungsleiter Stefan Lutz-Simon hat inzwischen jedes dritte Kind aus Unterfranken einen Migrationshintergrund. Im alten Kinder- und Jugendprogramm nahm das Thema „Integration von Migranten“ noch keinen breiten Raum ein, es wurde lediglich erwähnt, dass sich der Bezirk dafür engagiert, jüngere Aussiedler in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Im neuen Kinder- und Jugendprogramm soll es explizit um die

### Landkreis Main-Spessart:

## Förderbescheid für Regionalmanagement

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel hat einen Förderbescheid über 210.000 Euro für das Regionalmanagement im Landkreis Main-Spessart für die nächsten drei Jahre übergeben. „Mit der Förderung von Regionalmanagement-Initiativen unterstützen wir den Aufbau regionaler Netzwerke und stärken die eigenverantwortliche und zielgerichtete Weiterentwicklung der ländlichen Gebiete. Wichtig ist, dass möglichst alle Akteure vor Ort eingebunden werden. Nur so können wir vorhandene Potenziale erschließen und Ressourcen bündeln“, erklärte Hessel.

Das Regionalmanagement im Landkreis Main-Spessart will als landkreisweite Initiative dazu beitragen, die noch immer spürbaren Folgen der Gebietsreform zu überwinden. Der Landkreis soll als eigenständiger und

Einbindung junger Migranten in die Jugendarbeit gehen.

### Motivationsgründe

Fakt ist, dass sich Jugendliche heute prinzipiell anders einbringen als früher. Sie wollen selbst bestimmen, welche Aufgaben sie übernehmen. Was sie laut einer DJI-Untersuchung am meisten motiviert, sich ehrenamtlich in der Jugendarbeit zu engagieren, ist ein positives Feedback der Kinder und Jugendlichen, für die sie Gruppenstunden anbieten oder Freizeiten organisieren. Falsch ist die Annahme der Erwachsenen, dass die berufliche Verwertbarkeit des Engagements für Jugendliche einen hohen Stellenwert hat. Sie nehmen entsprechende Zertifikate zwar gern entgegen. Diese sind aber nicht der Grund für ihren freiwilligen Einsatz. **Pat Christ**

wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Lebensraum weiterentwickelt werden. Dazu setzt das Regionalmanagement Maßnahmen in den Bereichen Regionalwirtschaft, Tourismus, Bildung, Verkehr, Demographie sowie Energie und Wasser um.

### Gesteigerte Attraktivität

Hessel: „Die vielfältigen Projekte werden die interkommunale Zusammenarbeit optimieren und die Attraktivität des Landkreises weiter steigern. Das Regionalmanagement wird zum Beispiel ein Workshop für Reiseveranstalter anbieten, um die verschiedenen Tourismusakteure, wie Winzer, Museen, Gastronomie, stärker zu vernetzen. Das Projekt ‚Wassererlebnisregion‘ wird alle Aspekte des für den Landkreis wichtigen Themas Wasser aufgreifen und durch den gemeinsamen Auftritt ausgewählter Attraktionen die Region noch besser präsentieren.“

Mit einer Weiterbildungsdatenbank sollten zudem alle Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten im Landkreis transparent vermittelt werden. **DK**

### Regionalmanagement-Tagung in Kelheim:

## Die Schöpfung achten

„Schöpfungsfreundlich handeln – Energiekosten sparen durch aktiven Klimaschutz“ lautete das Thema einer Regionalmanagement-Tagung in Kelheim, zu der der Landkreis sowie die katholische und evangelische Kirche eingeladen hatten.

Die zahlreichen Vertreter der Kirchen- und Pfarrgemeinden, die zur Veranstaltung gekommen waren, folgten dem abwechslungsreichen Programm von Vorträgen und Praxisbeispielen mit großer Aufmerksamkeit. Dabei ging es um die Möglichkeiten kirchlicher Umweltmanagementsysteme wie EMAS-Zertifizierungen, Raumbelegungsplänen, die die Heizkosten senken helfen, Umweltteams, die systematisch Stromsparmöglichkeiten untersuchen und konkret umsetzen bis hin zum „Grünen Gockel“, mit dem bereits weit über 200 Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen in Deutschland erfolgreich arbeiten.

### Vorbildfunktion kirchlicher Einrichtungen

Die Wichtigkeit der Rolle der Kirchen hob Bernd Brinkmann, zuständig für Umweltmanagement und Klimacheck bei der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) hervor, indem er auf die Vorbildfunktion der kirchlichen Einrichtungen einging: „Der Lerneffekt, den die Einführung eines Umweltmanagementsystems mit konkreten Energieeinsparmaßnahmen in kirchlichen Gebäuden nach sich zieht, breitet sich über die Gemeindeglieder auch in die Privathaushalte aus. So leisten die Kirchen einen großen Beitrag für den Klimaschutz.“

### Pilotcharakter

Vor dem Hintergrund, dass es bislang in der Diözese Regensburg noch keine zertifizierten Pfarrgemeinden gibt, unterstrich Hans Gfesser, Geschäftsführer des Bischöflichen Sekretariats der Diözese Regensburg, den

Pilotcharakter dieser Veranstaltung: „Das Bistum Regensburg unterstützt Pfarrgemeinden im Landkreis Kelheim, die sich für die Einführung eines Umweltmanagementsystems entscheiden, finanziell und organisatorisch. Zu Beginn nach Möglichkeit durch Vermittlung eines Kirchlichen Umwelt-Auditoren zur beratenden Begleitung und nach erfolgter Zertifizierung durch einen finanziellen Zuschuss. Ziel ist, dass diese Pfarreien als Vorbilder für das ganze Bistum dienen können und weitere Pfarreien und Einrichtungen dadurch ermutigt werden sich auf den Weg zu nachhaltigem schöpfungsfreundlichen Handeln machen.“

### Gemeinsame ökumenische Ebene

Der gastgebende Monsignore Johannes Hofmann und Dr. Wolfgang Schürger, Beauftragter für Klimaverantwortung der ELKB, rückten beide die gemeinsame ökumenische Ebene ins Licht, die der Einsatz für die Schöpfung mit sich bringt: „Christen sahen im Einsatz für den Klimaschutz die praktische Umsetzung des Auftrags Gottes, des Schöpfers, die Erde zu bebauen und zu bewahren. Auf diese Weise setzten sie sich ein für ein friedliches und zukunftsfähiges Miteinander.“

Kelheims Landrat Dr. Hubert Faltermeier zeigte sich davon überzeugt, dass bei den Anwesenden die Impulse, die der Landkreis gemeinsam mit den Kirchen für den Klimaschutz gibt, auf fruchtbaren Boden fallen. „Wir müssen das Rad nicht immer wieder neu erfinden. Aber wir müssen Erfolgsrezepte kennen, um sie einsetzen zu können.“ **DK**



## MVV-Consulting

Maßgeschneiderte ÖPNV-Konzepte

Wir beraten Sie gern:  
Telefon: 089 / 210 33 - 201  
[www.mvv-consulting.de](http://www.mvv-consulting.de)

Jahrespressekonferenz der Euregio Egrensis:

## Sprachoffensive und Gesundheitswesen

Über die Arbeitsschwerpunkte des vergangenen Jahres berichteten auf ihrer gemeinsamen Jahrespressekonferenz im thüringischen Schleiz die Präsidenten der drei Arbeitsgemeinschaften der Euregio Egrensis. Wie der gegenwärtige Gesamtpräsident der Euregio Egrensis, Landrat Simon Wittmann aus Neustadt a. d. Waldnaab, eingangs betonte, „müssen wir als Politiker die Zukunft gestalten. Die Bewältigung der Vergangenheit gehört vor allem in die Hände von Historikern.“

Wittmann zufolge hängt das Gelingen der gemeinsamen euro-regionalen Zukunft entscheidend von der allseitigen Sprachkompetenz ab. Damit meinte er die Deutsch-tschechische Sprachhürde. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen Deutschland und Tschechien werde 2011 Wirklichkeit.

### „Sprachanimation“

Ganz in diesem Sinne wird, wie die Präsidentin des bayerischen Teils der Euregio Egrensis, Dr. Birgit Seelbinder, erläuterte, die 2005 initiierte und inzwischen sehr erfolgreiche „Sprachoffensive“ zur Verbesserung der tschechischen Sprachfertigkeiten fortgesetzt. Besonders gut sei in Schulen bislang die so genannte „Sprachanimation“ angekommen, die erste Kenntnisse über die Nachbarsprache spielerisch vermittelt. 2009 und Anfang 2010 wurden an 27 Schulen – darunter Realschulen, berufliche Schulen und Gymnasien – ungefähr 2000 Schüler in Oberfranken und in der nördlichen Oberpfalz erreicht.

Im Rahmen der Sprachoffensive sei 2009 ein weiteres, völlig neues und spezielles Fachthema besetzt worden: die Sprachvermittlung im Feuerwehrwesen. Unmittelbar an der Grenze arbe-

it laut Seelbinder immer mehr Feuerwehren nicht nur bei Übungen, sondern auch im Ernstfall mit ihren Kameraden auf der anderen Seite zusammen. Auch hier sei die Sprachhürde „eine Herausforderung, was im Einzelfall aber leider zu einem folgenreichen Problem werden kann“.

### Fachwörterbuch

„Da uns als Euregio daran liegt, immer wieder Themen aufzugreifen, mit denen wir der Region und den Menschen einen ganz konkreten Nutzen durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bieten können“, habe die Arbeitsgemeinschaft damit begonnen, ein praxisgerechtes Fachwörterbuch Deutsch/Tschechisch für das Feuerwehrwesen zu erarbeiten, fuhr Seelbinder fort.

Auf der Grundlage von vorhandenen Werken z. B. aus dem Erzgebirge und aus Niederöster-

reich, sei zusammen mit Feuerwehrexperten aus Oberfranken, der Oberpfalz und Böhmen ein neues Glossar entwickelt worden, das nicht nur Fachbegriffe, sondern auch wichtige Redewendungen und Phrasen (mit Lautschrift) sowie Bilder und Graphiken, die bei einem Einsatz einen raschen Überblick über die Lage in beiden Sprachen ermöglichen, enthält. Dieses Werk befinde sich derzeit bereits im Stadium der graphischen Verarbeitung und soll im II. Quartal erscheinen. „In diesem Zusammenhang haben wir in den letzten Wochen sogar einen Intensivsprachkurs für aktive Feuerwehrleute in der Praxis erprobt und überlegen nun, wie wir die dabei gewonnenen Erkenntnisse auf eine breitere regionale Basis stellen können“, so die Präsidentin.

### Klärungsbedarf

„Ganz im Sinne unserer Zielsetzung, der Region durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit strategische Vorteile zu verschaffen“, sei im vergangenen Jahr auch das neue Arbeitsfeld „Zusammenarbeit im Gesundheitswesen“ aufgegriffen worden. Wie Seelbinder bemerkte, habe sich in letzter Zeit zunehmend gezeigt, „dass auf diesem Feld auf beiden Seiten der Grenze Klärungs- und Handlungsbedarf besteht“ - „man denke nur an offene Fragen bei der Zusammenarbeit von Kliniken oder bei der grenzüberschreitenden Notfallrettung“.

Um eine Grundlage zu schaffen, habe die Euregio 2009 zunächst eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen. Aus den Erkenntnissen dieser Studie heraus

sei dann ein INTERREG-Großprojekt entstanden, dessen Umsetzung derzeit anläuft: Die EU-REGIO EGRENIS als Leadpartner werde in Kürze ein Gutachten zum Ausbau und zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen vergeben, mit den Schwerpunkten Notfallrettung und stationäre Versorgung im bayerisch-böhmischen Grenzraum innerhalb der Euregio. Das Ausschreibungsverfahren habe bereits begonnen.

### Impulse und Empfehlungen

An dieser Thematik besteht laut Seelbinder in der Region größtes Interesse, weshalb sich folgende Partner für eine Zusammenarbeit mit der Euregio gefunden hätten: „Die Stadt Cheb/Eger ist unser offizieller Projektpartner, weitere Partner sind die Kliniken Karlsbad, die Kliniken Nordoberpfalz, das Klinikum Fichtelgebirge, der Landkreis Tirschenreuth und die Stadt Waldsassen. Als Ergebnis dieses Projektes, das bis Frühjahr 2011 angelegt ist, erhoffen wir uns konkrete Impulse und Empfehlungen zur Verbesserung in der medizinischen Versorgung der Grenzregion und der hier lebenden Menschen“, so Seelbinder abschließend.

Der Präsident der böhmischen Euregio Egrensis, František Curka, hob unter anderem die Vielzahl von Aktivitäten bei der Tourismus-Entwicklung in der ganzen Euroregion hervor, angefangen bei der Teilnahme an Fremdenverkehrsmessen über einschlägige Verhandlungen mit Vereinen und Verbänden bis hin zur Organisation des alljährli-

chen Tourismus-Workshops in Cheb. Nach Curkas Worten sind derzeit zwei viel versprechende Projekte in Arbeit: die aktualisierte Ausgabe der Karte „Euregio Mobil“ und die Broschüre „Superlative“, die die Aufmerksamkeit der Besucher auf die Aushängeschilder der Euregio Egrensis lenken wird.

Zutiefst betrübt von den neuen Vorhersagen zur Bevölkerungsentwicklung im Vogtlandkreis zeigte sich Landrat Dr. Tassilo Lenk. Wie der Präsident des sächsisch-thüringischen Teils der Euregio Egrensis ausführte, werde der Bevölkerungsrückgang die Region bis 2020 mit einer bisher unvorstellbaren Gewalt ergreifen und verändern. Er drängte deshalb darauf, eine Demografiekomponente schon jetzt bei den Fördermaßnahmen zu berücksichtigen.

### Sensoren für politische Prozesse

Thüringens Justizminister Dr. Holger Poppenhäger kündigte seinerseits an, mit den Arbeitsgemeinschaften der Euregio Egrensis zusammenzuarbeiten. Sie seien in ganz besonderer Weise Sensoren für das, was bei der Entwicklung politischer Prozesse wichtig ist. Deshalb wolle er von ihren Erfahrungen profitieren. **DK**

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Unterstützer und Förderer des Projektes Meilenstein bei der Auftaktveranstaltung mit Landrat Reinhard Leutner (viertel von rechts), Caritas-Geschäftsführer Richard Reich (rechts), Jugendamtsleiter am Landratsamt Lichtenfels Achim Liesaus (viertel von links), Andrea Zellmer als Projektverantwortliche (fünfte von rechts) sowie Prof. Dr. Günter Dippold, 1. Vorsitzender des Caritasverbandes (dritter von rechts).

### Landkreis Lichtenfels:

## Bayernweit einmaliges Projekt „Meilenstein“ gestartet

Im Landkreis Lichtenfels gibt es seit vielen Jahren ein engmaschiges Netzwerk an Hilfen und unterstützenden Maßnahmen für Jugendliche, die auf die „schiefe Bahn“ geraten sind, das in vorbildlicher Weise kooperiert. Das Jugendgericht, die Polizei und das Sachgebiet Jugend und Familie arbeiten sehr eng zusammen. Weitere wichtige Netzwerkpartner sind insbesondere das Jobcenter Lichtenfels, die Agentur für Arbeit, die Fachkräfte der Bewährungshilfe, aber auch der Kreisjugendring und die Schulen im Landkreis Lichtenfels, die verschiedenste präventive Angebote vorhalten.

Das Projekt Meilenstein ergänzt dieses engmaschige Netzwerk um einen weiteren wichtigen Knoten. Ziel des Projekts ist es, den Jugendlichen und jungen Volljährigen im Landkreis Lichtenfels eine Plattform zu geben, um im Rahmen der richterlichen Weisungen ihre Defizite aufzuarbeiten und auszugleichen, die oftmals ursächlich für die kriminellen Handlungen sind.

### Vier Säulen

Vom Jugendrichter auferlegte abzuleistende Sozialstunden sollen nicht nur „abgesessen“ werden, sondern es soll gerade innerhalb dieses Stundenkontingents angesetzt werden, um Defizite aufzuarbeiten und auszugleichen.

Das Projekt Meilenstein setzt dabei auf vier Säulen auf: Vermittlung der gemeinnützigen Arbeit, Anti-Aggressivitäts-Training und Soziale Trainingsmaß-

nahmen, Einzelbetreuung sowie Nachbetreuung. Der innovative Projektansatz besteht darin, dass für die Jugendlichen und jungen Volljährigen hier ein Gesamtpaket vorliegt, das für jeden Einzelnen im Rahmen der Ableistung der richterlichen Weisungen eine passgenaue Unterstützung bietet. Somit soll erreicht werden, dass die betroffenen jungen Menschen im Landkreis Lichtenfels eine Perspektive erhalten, ihr Leben neu auszurichten und eben gerade nicht den kriminellen Weg einzuschlagen.

### Sechs Jahre Laufzeit

Das Projekt läuft für sechs Jahre und hat ein Kostenvolumen von rund einer halben Million Euro. Finanziell beteiligt sind an diesem Projekt die Oberfrankenstiftung, das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen im Rahmen des

Programms „Förderung von Maßnahmen der Erziehungshilfe gegen Straffälligkeit (Jugendgerichtshilfe) und Gewalt“, der Verein zur Förderung sozialer Maßnahmen e. V., die Friedrich Baur GmbH, die Bürgerstiftung für Jugend und Familie im Landkreis Lichtenfels, die Sparkasse Coburg-Lichtenfels und natürlich der Landkreis Lichtenfels und der Caritasverband für den Landkreis Lichtenfels e. V. als Projektträger.

### Wichtige Funktion

Landrat Reinhard Leutner betonte bei der Auftaktveranstaltung: „Mit der Zielvorgabe, möglichst viele Jugendliche und junge Volljährige im Landkreis Lichtenfels von einer „kriminellen Karriere“ abzuhalten, erfüllt das Projekt Meilenstein eine sehr wichtige gesamtgesellschaftliche Funktion. Vielleicht gelingt es uns dadurch, auch die Zahl der Heimeinweisungen weiter zu senken.“

Der Geschäftsführer des Caritasverbandes für den Landkreis Lichtenfels e. V., Richard Reich: „Mit Meilenstein startet ein bayernweit einmaliges Projekt, für das wir als Caritasverband gerne die Trägerschaft übernommen haben.“

### Künftige Stadthalle in Alzenau:

## „Konzertflügel“ als Wettbewerbssieger

Bei dem europaweit ausgelobten Realisierungswettbewerb für einen auf dem jetzigen stadtkernnahen Gelände eines Industrieunternehmens geplanten Kulturpark im unterfränkischen Alzenau hat die Hamburger Niederlassung des Dortmunder Büros Gerber Architekten den 1. Preis gewonnen.

Hintergrund für den Wettbewerb war die Tatsache, dass der Stadt Alzenau mit Umsiedlung der „Wellpappe“ an zentraler Stelle im Stadtgebiet eine Fläche zur Verfügung stehen wird, die im Zusammenhang mit den angrenzenden Freiflächen zu einer attraktiven Adresse für kulturelle Angebote entwickelt werden soll. Gewünscht wurde eine Stadthalle als multifunktionales Kultur- und Veranstaltungshaus mit ca. 1.000 Sitzplätzen sowie eine Einbindung der Stadt. Musikschule in das Areal.

Der Sieger-Entwurf überzeugte die Jury aus Fachpreisrichtern und Stadträten vor allem wegen seiner ungewöhnlichen, an einen überdimensionalen Konzertflügel erinnernden Formgebung, die den Baukörper der zukünftigen Stadthalle samt Musikschule wie eine „Insel im Grünen“ erscheinen lässt. Geschickt wird der Besucher von Norden und Osten kommend über einen großzügigen Vorplatz an die organische Form mit höhengestaffelter begrünter Dachlandschaft herangeführt. Zwei Eingänge von Norden und Süden werden durch ein zweigeschossiges Foyer miteinander verbunden.

Im Rahmen der Preisvergabe würdigte der Juryvorsitzende, Prof. Carlo Weber aus Stuttgart, die Leistung des Wettbewerbs-Siegers, Synergieeffekte von Stadthalle und Musikschule zu nutzen. Funktionale Zusammenhänge in der Gebäudeorganisation seien geschickt geplant und der Entwurf zeichne sich durch Kompaktheit und einen guten baulichen Wärmeschutz aus. Trotz der Großform können nahezu alle

Räume natürlich belichtet werden.

Die technische Ausstattung sei optimiert und für die Nutzung angemessen. Das raumakustische Konzept lasse zudem vielfältige Nutzungen zu. Und zu guter Letzt halte der Entwurf den vorgegebenen Kostenrahmen ein, nicht zuletzt deshalb, weil alle Parkplätze oberirdisch angeordnet seien.

Acht Büros waren in dem Realisierungswettbewerb gesetzt worden, aus den nach der Ausschreibung eingegangenen 200 Bewerbungen wurden 22 weitere gelost, darunter fünf Anfänger- und kleinere Büros. Abgegeben wurden letztlich 27 Vorschläge. Alle eingereichten Modelle und Pläne wurden anonym vom in Klausur tagenden Preisgericht am Anfang Dezember intensiv in Augenschein genommen. Am Ende vergab die Jury fünf Preise, die Stadt zahlt insgesamt 95.000 Euro an die Gewinner.

### Der Stadtrat entscheidet

In einem nächsten Schritt wird der Stadtrat im Frühjahr über den Entwurf für den Kulturpark entscheiden, eine Realisierung ist nicht vor 2016 geplant. Wegen des im nächsten Jahr anstehenden landschaftsarchitektonischen Wettbewerbs für die „kleine Landesgartenschau“, die im Jahr 2015 im unmittelbaren Umfeld des Stadthallen-Gebietes angesiedelt sein wird, sowie wegen der bevorstehenden naturnahen Umgestaltung des die Stadt durchfließenden Flüsschens Kahl war der Realisierungswettbewerb für die Stadthalle bereits zu diesem frühen Zeitpunkt notwendig geworden.

Das Passauer Land:

## Ferien-Drehscheibe am Mittelpunkt Europas

Passau (obx) – Im Passauer Land zeigt Bayern sich von seiner urlaubsstarken Seite: Geprägt vom endlosen Grün des Bayerischen Walds und der Faszination der Flusslandschaften entlang von Inn und Donau entwickelt sich das Passauer Land immer mehr zur Feriendrehscheibe im Zentrum Europas. Auch 2010 glänzt die gemütliche und ursprüngliche Urlaubsregion Altbayerns mit grenzenloser Angebotsvielfalt für Kultur-, Natur-, Gesundheitsurlauber und attraktiven Erlebnisferien-Pauschalen für Familien.

Seit die innereuropäischen Grenzen offen und die Grenzkontrollen verschwunden sind, profitiert das Passauer Land von seiner exponierten Lage im Dreiländereck Bayern, Österreich und Tschechien sowie der direkten Anbindung an die Verkehrsverbindungen München-Prag sowie Nürnberg-Wien.

### Günstiges Preisniveau

Das Passauer Land ist heute vor allem ein Urlaubswunderland für Kinder und ihre Eltern, mit einem durchgängig erfreulich günstigen Preisniveau. Die Nähe des Bayerischen Walds, dem „grünen Dach Europas“ mit allen seinen Wandermöglichkeiten, den Naturerlebnis-Inseln, der breiten Vielfalt an Tier- oder Freizeitparks, Kindererlebniswelten und die Nähe des Nationalparks Bayerischer Wald begeistern Kinder. Die Vielfalt der Attraktionen und

die niederbayerische Gastlichkeit helfen aber auch den Eltern, selbst ausreichend Zeit zum Durchatmen zu finden.

Weltberühmtes Aushängeschild der Region ist die Drei-Flüsse-Stadt Passau, das bayerische Venedig, mit seinem italienischen Flair, am spektakulären Zusammenfluss von Donau, Inn und Ilz. Die Stadt ist das pulsierende Herz der Region und mittlerweile einer der bedeutendsten Flusskreuzfahrt-Häfen in Europa.

### Gesundheitsurlaub

Der neue große Tourismustrend: Gesundheitsurlaub. Hier punktet das Passauer Land mit den beliebtesten und übernatungsstärksten Thermen Europas mit Bad Füssing an der Spitze und den für ihre Heilkraft weltbekanntesten Thermalwasservorkommen. 18 Golfplätze in einem Radius von nur 50 Kilometer, dazu

Europas größtes Golfresort in Bad Griesbach sind auf dem Kontinent ohne Beispiel.

Kultur wird groß geschrieben in diesem Teil Bayerns. 5000 Kulturveranstaltungen in der Region und in der Drei-Flüsse-Stadt, wie zum Beispiel die Europäischen Wochen (10. Juni bis 18. Juli 2010), prägen das Kulturleben in ganz Niederbayern. Gästen eröffnet dieses vielfältige Kulturangebot auf Großstadtniveau ein echtes Erlebnisplus, mit oft überraschend günstigen Preisen auch bei Konzerten und Auftritten internationaler Stars und Ensembles.

### Touristische Glanzpunkte

Zu den besonderen touristischen Highlights 2010 gehören die Eröffnung des Donausteigs, einer 450 Kilometer langen Wanderroute von Passau nach Grein in Österreich (Eröffnung am 3. Juli 2010) sowie die Bayernausstellung „Steinreich“, die den faszinierenden Werkstoff Stein am Bau und in der Kunst an drei Ausstellungsorten im Granitzentrum Hauzenberg im Bayerischen Wald, im Freilichtmuseum Finsterau und im Domschatzmuseum Passau beleuchtet (11. Mai bis 30. Oktober 2010).

### Jubiläumsergebnisse

Weitere Höhepunkte 2010: die Konzertreihe „Klingendes Denkmal“ mit Live-Konzerten an historischen Stätten und die Jubiläumsergebnisse: 1000 Jahre Goldener Steig, jener historischen grenzüberschreitenden Salzhandelsstraße zwischen Bayern und Böhmen. Daneben gibt es im Passauer Land in diesem Jahr zahlreiche weitere Jubiläumsergebnisse: 650 Jahre Markt Wegscheid, 1000 Jahre Aigen am Inn/Bad Füssing und 1000 Jahre Markt Windorf. Im Juli wird auch in diesem Jahr in Vilshofen die Donau bei einem großen Feuerwerk – zumindest symbolisch – in Flammen stehen. □



Von links: E.ON Bayern-Vorstandsvorsitzender Thomas Barth, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Brigitte Walter, Vorstand der Real I.S. AG, Bayern LB-Vorstand Dr. Edgar Zoller, Wolfgang Heid, Sprecher der Geschäftsführung der Fay Projects GmbH, und Norbert Bolsch, Prokurist des Generalunternehmens Baufirma Züblin (von links). Bild: osr

Regensburg:

## Symbolischer Bauauftakt für neues E.ON-Bürogebäude

Regensburg. (osr) Mit dem symbolischen ersten Spatenstich in der größten Baugrube Regensburgs haben die Frankfurter Immobilienfirma Fay Projects GmbH, die Münchner Real I.S. AG und die E.ON Bayern AG den Bauauftakt für das neue E.ON-Bürogebäude an der Lilienthalstraße begangen. Der Tag markiert den Übergang von der Konzeptphase im Verborgenen zur öffentlich sichtbaren Realisierung. Ab Ende kommenden Jahres sollen in dem Neubau rund tausend E.ON-Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz haben.

„Unser Neubau in Regensburg ist ein Bekenntnis unseres Konzerns und unseres Unternehmens zur Region. Wir sind und bleiben gerne in Regensburg“, erklärte der Vorsitzende des Vorstands der E.ON Bayern AG, Thomas Barth. Das Unternehmen fühle sich hier zuhause und gut aufgehoben. Zudem sei das 72,5-Millionen-Euro-Projekt eine wichtige Stütze, um die energiewirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Mit dem Zusammenziehen aller Regensburger E.ON-Mitarbeiter in ein Gebäude ließen sich viele Arbeitsprozesse weiter optimieren.

### Vertrauensbeweis

„Dass E.ON Bayern in Regensburg eine neue Unternehmenszentrale baut, ist auch ein Vertrauensbeweis“, sagte Oberbürgermeister Hans Schaidinger, der dafür herzlich dankte. Auf dem geschichtsträchtigen Boden des ehemaligen Messerschmittwerks, das für die Stadt schon

einmal wegweisend war, entstehe jetzt ein Arbeitsumfeld mit herausragenden Bedingungen für tausend Mitarbeiter.

### Bemerkenswertes Konzept

Das Projekt sei ein wichtiger Beitrag zur Standortentwicklung in der Stadt Regensburg, meinte Bayern LB-Vorstandsmitglied Dr. Edgar Zoller. Die Stadt sei ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie Strukturwandel funktionieren kann. Regensburg zeige, wie Potenziale für Wachstum und Arbeitsplätze in Ostbayern genutzt werden können, um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. „Bei dem Neubauprojekt für E.ON handelt es sich um ein bemerkenswertes Immobilienkonzept, das wir auf der Finanzierungsseite mit voller Überzeugung begleiten“, erklärte Zoller.

Bauherren des Projekts sind die Fay Projects GmbH und die Real I.S. AG. Generalunternehmer ist die Baufirma Züblin. Wolfgang Heid, Sprecher der Fay-Ge-

schaftsführung, verwies auf die ausgeprägte nachhaltige Komponente des Neubaus, der von der „Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen“ als erstes Projekt in Bayern außerhalb Münchens mit dem Vorzertifikat in Gold ausgezeichnet wurde. „Wir sind sehr stolz, dass wir dieses Gütesiegel erreicht haben. Das war unser erstrebtes und nun erreichtes Ziel“, betonte Heid den Anspruch des Immobilienentwicklers. Damit zähle der Bau auch in ökologischer Hinsicht zu den Vorzeigebauwerken in Ostbayern.

### Wirtschaftliche und energetische Effizienz

Auch Brigitte Walter, Vorstand der Real I.S. AG, verwies auf die positiven Eigenschaften der neuen Immobilie im Hinblick auf die wirtschaftliche und energetische Effizienz. Sie betonte die besondere Rolle der Real I.S.: „Bei diesem Projekt können wir von der Planung über die Verwirklichung bis hin zur langfristigen Bewirtschaftung der Immobilie mit Partnern ein Konzept verwirklichen, das unsere ganzheitliche Verantwortung fordert.“

Walter wies auch auf die Einbringung des Objekts in eine Fondsemission ihres Unternehmens hin: „Über einen geschlossenen Immobilienfonds können sich bevorzugt Kunden der Bayerischen Sparkassenorganisation gerade auch aus der Region an einer solchen Vorzeige-Immobilie beteiligen.“ □

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mit Wirkung vom heutigen Tage, dem 1. April 2010, gebe ich mein Amt als Bürgermeister auf und lege es in die Hände der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zurück. Dieses Büro und das Team sind mir ans Herz gewachsen - ich werde Sie alle vermissen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, genoss die entsetzten Gesichter der Büromannschaft, die er mit seinem gelungenen Aprilscherz hervorgerufen hatte.



auch die Meldung vom 1. April 2009, wonach künftig eine lilafarbene Plakette zu kaufen sein werde, die berechtigte, in Städten über 25.000 Einwohnern Frauenparkplätze zu benutzen - auch in unserer Kfz-Stelle haben sich daraufhin „Aprilaffen“ gemeldet.

Woher kommt die Sitte des In-den-April-Schickens? In Frankreich, wo dem gutgläubigen Empfänger einer falschen Botschaft ein herzhaftes „poisson d'avril“ (Aprilfisch) hinterher gerufen wird, soll es vom Umstand herrühren, dass in früheren Zeiten ab 1. April das Fischen im Süßwasser verboten war und man nur einem gutgläubigen Aprilnarren im April einen Fisch für frisch verkaufen konnte.

Andere Erklärungen spielen mit den natürlichen Schwächen der Menschen: So sollte am 1. April 1530 auf dem Reichstag zu Augsburg ursprünglich das Münzwesen neu geordnet werden. Als der so genannte Münztag ausfiel, verloren einige Spekulanten viel Geld und mussten sich dem Spott der Bürger stellen. Zur Erinnerung an diese Strafe für Gier (Parallelen zur aktuellen Finanzkrise dürfen gezogen werden!) behielt man das Verbaltern einfältiger Geister am 1. April bei. Und dann gibt es noch die Geschichte von dem französischen König, der von einem „heißen Feger“ zu einem Rendezvous in ein Lustschloss gebeten wurde. Als er ankam, begrüßte ihn seine stämmige Gattin samt Hofstaat zu einem Narrenball. Spott und Strafe standen also an der Wiege des Aprilscherzes und Spott haben wir auch verdient, weil wir der Rücktrittsankündigung meines Chefs so lammfromm Glauben schenkten.

Der Bürgermeister hat sich jetzt die neue Ausgabe der Gemeindezeitung vom 1. April geschonappt und sucht den Aprilscherz der Redaktion. Oder stimmt auch diesmal jedes Wort im Blatt, so wie immer? Um seine Begeisterung für den 1. April noch etwas zu befeuern, habe ich ihm das Kalenderblatt mit einem Zitat des an einem 1. April geborenen Otto von Bismarck auf den Schreibtisch gelegt: „Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.“

## Aprilscherz auf hohem Niveau

merksamen Zuhörer stutzig hätte machen können.

Tja, die Veräppelung seiner Mitarbeiter ist dem Bürgermeister auf hohem Niveau gelungen. Nix mit Aprilscherzen à la „Du hast da einen Fleck auf der Krawatte“ oder so. Nein, richtig intelligent. Und es gibt in der Geschichte ja genügend Beispiele für gelungene Scherze, wie der Warnung vor dem Umweltstoff Dihydrogen-Monoxid (H<sub>2</sub>O), einem Hauptbestandteil des sauren Regens, der sich in Krebsstumoren wie Kernkraftwerken finde und beim Einatmen tödlich sei. In unserer hysterischen Epoche, in der viele Zeitgenossen mit masochistischer Freude darauf warten, dass ein Fernsehmagazin oder eine Zeitung ein neues „Gift der Woche“ als Killer der Umwelt und Zerstörer der menschlichen Gesundheit identifiziert, wurde diese Warnung vor dem Wasser (Merke: Wer es einatmet, wird zur Wasserleiche!) so gierig wie dankbar aufgenommen.

Bevor Jamie Oliver die Briten zu der Erkenntnis zwang, dass Mahlzeiten nicht zwingend vorgekocht und mikrowellengeeignet im Supermarkt gekauft, sondern auch frisch zubereitet werden können, hatte die BBC großen Erfolg mit einem Bericht über die Spaghetti-Ernte in der Schweiz. Das Zeug zum Klassiker hat

the sabriul



## Oberbayerische Landräte auf Informationsreise nach Brüssel

Treffen mit dem Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, Europaabgeordneten sowie Kommissionsvertretern

Angeführt vom Vorsitzenden des Bezirksverbands Oberbayern des Bayerischen Landkreistages, Landrat Thomas Karmasin (Bildmitte), besuchten die oberbayerischen Landräte mit Regierungspräsident Christoph Hillenbrand drei Tage lang Brüssel. Im Mittelpunkt standen Gespräche mit dem Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, Gerhard Stahl, den Europaabgeordneten Dr. Angelika Niebler (CSU), Wolfgang Kreissl-Dörfler (SPD), Nadja Hirsch (FDP) und Gerald Häfner (GRÜNE) sowie Vertretern der Europäischen Kommission. Für Kommunen wichtige Themen wie die Verbesserung der Berücksichtigung von Regionen und Kommunen in der EU, die Entwicklungen des EU-Vergabe- und Beihilferechts aber auch die Auswirkungen der Neubildung der Europäischen Kommission auf die Sparkassen standen im Zentrum der Diskussion.

Beim gemeinsamen Abendessen mit Vertretern aus Wirtschaft und EU Institutionen in der Bayerischen Vertretung dankte Landrat Thomas Karmasin der Leiterin der Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union, Heidrun Piwernetz, an ihrem letzten offiziellen Auftritt in dieser Funktion für Ihre Gastfreundschaft und tatkräftige Unterstützung der oberbayerischen Interessen in den letzten Jahren und wünschte ihr für Ihre neuen Aufgaben als Leiterin der Bayerischen Vertretung in Berlin viel Erfolg. □

Sebastian Remelé neuer OB in Schweinfurt:

# Klare Positionierung

**CSU-Stadtrat Sebastian Remelé hat es geschafft: Zum 1. Mai wird er neuer Oberbürgermeister von Schweinfurt und damit Nachfolger von Gudrun Grieser, die nach 18-jähriger Amtszeit auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte.**

Der 40-jährige Jurist erzielte bei der Stichwahl 63,4 Prozent der Stimmen. Auf die 54-jährige Diplom-Theologin Kathi Petersen von der SPD entfielen 36,6 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 42,4 Prozent. Remelé lag bereits im ersten Wahlgang mit 46,4 Prozent der Stimmen klar vor Petersen, die 19,2 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte.

## Großes Erbe

Der neue Rathauschef, aufgewachsen in Schweinfurt am Bergl, zudem Mitglied in Vereinen wie der Kolpingfamilie und dem Bürgerverein sowie Vorstandsmitglied beim Deutschen Familienverband, tritt ein großes Erbe an; schließlich hat keine bayerische Stadt den Strukturwandel so erfolgreich gemeistert wie die ehemalige Reichsstadt. „Schweinfurt wurde unter der Führung von Gudrun Grieser gut aufgestellt. Auf diesem Fundament werde ich aufbauen. Ich werde aber wohl manche Schwerpunkte anders setzen“, betont Remelé selbstbewusst.

## Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik im Mittelpunkt

Sein Hauptaugenmerk wird nach eigenem Bekunden der Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik gelten. Neben dem Ausbau weicher Standortfaktoren, um den in Schweinfurt agierenden Unternehmen ein gutes Umfeld zu schaffen (etwa durch die Flexibilisierung der Öffnungszeiten in den Kindertages-

stätten, die Erschließung des Baugebietes Mönchskutte oder die Fortsetzung der Grieserschen Politik bezüglich Ganztageschulen), setzt Remelé auch auf kürzere Entscheidungswege bei der Ansiedlung neuer oder der Erweiterung bestehender Betriebe.

## Schnellere Lösungen

Stichwort „One-Stop-Agency“: Remelé zufolge sollen die



Sebastian Remelé.

Investoren bei der Stadt nur noch einen kompetenten Ansprechpartner haben, mit dem Sie sowohl Themen der Wirtschaftsförderung als auch des Baurechts und Fragen der Baugenehmigung abklären können. Diese Bündelung von Zuständigkeiten soll zu „schnelleren und individuelleren Lösungen“ führen. Auch möchte der neue Oberbürgermeister versuchen, ein industrielles Forschungsinstitut für den Standort Schwein-

furt zu begeistern. Zudem würde er gerne auch wieder eine Existenzgründeroffensive starten.

## Seniorenpolitik

In punkto Bevölkerungspolitik liegen Remelé besonders Schweinfurts Senioren am Herzen. Zumindest dort, wo das städtische Wohnungsbaunehmen SWG tätig werden kann, soll möglichst viel barrierefreier Wohnraum geschaffen werden. „Die Leute wollen in erster Linie zuhause alt werden“, glaubt Remelé, „und wenn das nicht geht, dann doch wenigstens in ihrem Viertel wohnen bleiben.“ Deshalb gilt sein Einsatz der Schaffung möglichst vieler dezentraler Pflegeeinrichtungen in den Stadtteilen.

## Zentrum Familie

Doch nicht nur die Senioren, auch den Nachwuchs hat der CSU-Politiker im Visier. Städtische Familienpolitik soll künftig schon unmittelbar nach der Geburt in den hiesigen Krankenhäusern beginnen - mit einem Begrüßungspaket, einem regelmäßigen „Familienbrief“ sowie - ein lange gehegtes Anliegen Remelés - mit der Silvana-Familienkarte. „Bisher wurde uns immer gesagt, deren Einführung scheiterte an der EDV; doch nachdem das jetzt auch beim Familienbad in Sennfeld geklappt hat, sollten das unsere Stadtwerke auch hinbringen“, meint der vierfache Familienvater. Eine vernünftige Baupolitik soll nach seinem Wunsch dafür sorgen, dass junge Familien nach Schweinfurt kommen und hier bleiben.

## Innerstädtische Situation verbessern

Auch über die Situation in der Innenstadt hat sich der neue OB seine Gedanken gemacht. Im Rahmen eines „Marktplatzgipfels“ würde er gerne zusammen mit den Betroffenen über eine

Verbesserung der „Guten Stube“ nachdenken und ein Eventkonzept planen. Das im Vorfeld der bevorstehenden Stadtsanierung langsam verödete Geviert Bauerngasse/Kornmarkt soll möglichst schnell aufpoliert werden - mittendrin mit dem Schmuckstück Zeughaus, aus dem ein klassisches Bürgerhaus werden soll. Remelé könnte sich ein Mehrgenerationencafé vorstellen, das auch von Jungen und Älteren betrieben werden könnte, eine Kinderbetreuung, eine Beratungsstelle der Wohlfahrtsverbände sowie einen Raum für interessante Veranstaltungen.

## „Hilfe zur Selbsthilfe“

Darüber hinaus will der Rechtsanwalt die Bildungsangebote der VHS für Sozialhilfebezieher verbessern, um sie schneller wieder in den Arbeitsmarkt zu vermitteln - getreu dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“. Klare Positionen vertritt Remelé in Sachen Kooperation mit dem Landkreis. Mit der Sparkassenfusion und dem neuen Tourismusbüro habe man gezeigt, dass man gut miteinander könne. Doch beispielsweise in Sachen ÖPNV sehe er sich als „Wahrer der Interessen unserer städtischen Bevölkerung“. Deren Bustarife dürften - etwa im Zuge der Einführung eines Regionaltickets - keinesfalls steigen. In Würzburg sei dies aber der Fall gewesen - und gerade daran will sich der angehende Rathauschef messen lassen.

## Klammerfunktion

„Als OB möchte ich auch als Klammer zwischen Verwaltung, Industrie und Gewerkschaften fungieren“, macht Remelé deutlich. Sein Ziel ist es, den mittelständischen Unternehmen und Handwerkern noch bessere Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten. Dabei zählt Schweinfurt bei den Entwicklungsperspektiven laut einer Studie schon zu den Top 20-Regionen in Europa. Während der Durststrecke nach der Wirtschaftskrise will er begonnene Projekte wie die Mainlande und den Neubau der Fachhochschule zu Ende führen, neue Großprojekte aber vorerst zurückstellen. **DK**

## Bürgermeisterwahlen in Lauingen und Zeil am Main

Das Ergebnis war eindeutig: Wolfgang Schenk hat sich bei der Bürgermeisterwahl in Lauingen (Landkreis Dillingen) bereits im ersten Wahldurchgang klar gegen seine beiden Herausforderer durchgesetzt. Der SPD-Kandidat bekam 56,7 Prozent der Stimmen, Albert Kaiser (CSU) erzielte 27,7 Prozent, Alois Jäger von der FDP 15,6 Prozent. 59,2 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Bei seiner ersten Wahl 2004 hatte der 51-jährige Schenk überraschend gegen den damaligen Amtsinhaber Prof. Georg Barfuß gewonnen.

In Zeil am Main im Landkreis Haßberge wurde der Sozialdemokrat Thomas Stadelmann zum neuen Rathauschef bestimmt. Der 47-jährige Personalreferent erreichte in der Stichwahl 60,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der amtierende Bürgermeister Christoph Winkler von der Überparteilichen Zeiler Liste kam auf 39,8 Prozent. Winkler war 18 Jahre amtierender Bürgermeister von Zeil. Die Wahlbeteiligung lag bei 70,5 Prozent. **DK**

## Umweltstaatssekretärin Huml:

# 4,5 Millionen Euro für Landesgartenschau Bamberg

„Die Landesgartenschau in der UNESCO-Weltkulturerbestadt Bamberg verbindet einzigartig Natur, Kultur und Geschichte. Sie leistet einen wichtigen Beitrag für die Stadtentwicklung - weit über 2012 hinaus.“ Mit diesen Worten übergab Umweltstaatssekretärin Melanie Huml den Förderbescheid für die Landesgartenschau 2012 an die Stadt Bamberg.

Vom Umweltministerium gibt es bis zu 3,6 Millionen Euro, zusätzlich bis zu 900.000 Euro von der EU. Gartenschauen verbessern nach den Worten Humls dauerhaft die innerstädtische Lebensqualität: Ungenutzte Industrieflächen werden saniert, neue Grün- und Erholungsflächen entstehen. Huml: „Die Landesgartenschau mit ihren Hauptattraktionen Fischpass und Pyramidenwiesen wird in unserer Weltkulturerbestadt ein weiteres Glanzlicht.“

## Außergewöhnlicher Blickwinkel

Das Gelände der ehemaligen Baumwollspinnerei Erlangen-Bamberg (Erba), auf der Inselfspitze zwischen Regnitz und Main-Donau-Kanal gelegen, bildet das Kerngebiet der Landesgartenschau. Der Fischpass schlängelt sich auf einer Länge von 1.050 Metern in einem großen Bogen durch das Erba-Gelände. Er ermöglicht heimi-

schen Fischen wie Barbe und Nase, Wehre und Schleusen zu umgehen. Die Pyramidenwiesen werden den Besuchern der Landesgartenschau einen außergewöhnlichen Blickwinkel auf die Parkanlage und die historischen Gebäude in der Umgebung ermöglichen. Neben dem Erba-Gelände sind auch der neu bepflanzte Weinberg am Kloster St. Michael und die Gärtnerstadt Teile der Landesgartenschau.

## Zum zweiten Mal in Oberfranken

Bislang wurden in Bayern 14 Landesgartenschauen mit insgesamt über 17 Millionen Besuchern veranstaltet, die erste 1980 in Neu-Ulm. Landesgartenschauen finden alle zwei Jahre statt.

Mit der Landesgartenschau 2012 in Bamberg gibt es nach der Landesgartenschau 2002 in Kronach zum zweiten Mal eine Landesgartenschau in Oberfranken. **DK**

## Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8, die am 15. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

# LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

## Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

## Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH  
 COBURG  
 Querstraße 8 · Abteilung GZ  
 96406 COBURG  
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
 eMail info@fahnen-koch.de

## Ankauf / Briefmarken

**Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache**  
 Briefmarkenauktionshaus Schulz  
 Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

## Aussenmöblierung

**BECK**  
 Möblierung für Aussen  
 • Abfallbehälter  
 • Absperrpfosten  
 • Fahrradständer  
 • Sitzbänke u.a.  
 Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden  
 Telefon 071 95 / 69 33 00 · Fax 071 95 / 69 33 33  
 www.beck-aussenmoeblierung.de

## Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH GMBH  
 COBURG  
 Querstraße 8 · Abteilung GZ  
 96406 COBURG  
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
 eMail info@fahnen-koch.de

## Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH  
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
 Telefon 07151-995160  
 Telefax 07151-995166  
 e-Mail info@hugo-knoedler.de  
 Internet: www.hugo-knoedler.de

## Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

## Geschenke für Neugeborene

**kerler**  
 Alles in Textil ..... bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt!  
 z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.  
 z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt  
 € 360,00 + MwSt. + Film.  
 Kerler GmbH  
 Schwanthaler Straße 100, 80336 München  
 Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587  
 post@kerler.de www.kerler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:  
**Telefon (0 8171) 93 07-13**

## Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
 Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen  
 Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199  
 E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net  
 Entdecke die Welt des Spielens

## Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

## Schacht-Ausrüstungen

Hailo  
 Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme  
 Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger  
 Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

## Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
 Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen  
 Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199  
 E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net  
 Entdecke die Welt des Spielens

## Sportgeräte

www.benz-sport.de ORIGINAL  
**BENZ**  
 SPORT  
 Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

## Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Winterdienststechnik, die begeistert — weltweit! **Gmeiner**  
 Gmeiner GmbH  
 Daimlerstraße 18  
 92533 Wernberg-Köblitz  
 Tel.: +49 (9604) 33267-0  
 info@gmeiner-online.de  
 www.gmeiner-online.de

## Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER  
 ☎ 05326 / 502-0  
 Wartehallen  
 98685 Langelsheim · www.langer-georg.de  
 Ein Gesellschafter der ELANCIA AG